hlz

C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
November 11/2021

DESHALB HÖCHSTENS 20 STUNDEN VOR DER KLASSE

Ich liebe Speisen mit wenig Inzidenzen...
Du meinst Ingredienzen, Mutter....
Ja, Hauptsache die Ingredienz-werte sind niedrig!!

hlz-Notiz

Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel, Bodo Haß

Angehen, Rangehen...

Die TVL-Tarifrunde läuft und die Beschäftigten wollen ein gutes Ergebnis. Auch im zweiten Jahr der Coronapandemie haben die Beschäftigten mit Herzblut und Engagement im Landesdienst, in den Schulen und Hochschulen, in den Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen der Pandemie die Stirn gezeigt. Unter komplizierten Rahmenbedingungen, oft unter der Gefahr, sich selbst zu infizieren, haben sie das Land am Laufen gehalten. Jetzt, in der Länder-Tarifrunde, wollen die Beschäftigten mehr sehen als billigen Applaus! Anders als in der Vergangenheit haben sich die Arbeitgeber bereits in der ersten Verhandlungsrunde sehr hart gezeigt. Man wolle ausschließlich über die lineare Entgelterhöhung verhandeln. Damit wären sämtliche weitergehenden Erwartungen und GEW-Forderungen für die Tarifrunde vom Tisch. Die Gewerkschaften in Hamburg haben daraufhin beschlossen, im Vorfeld der zweiten Verhandlungsrunde mit einem ganztägigen Warnstreik zu beginnen. Damit soll Druck im Arbeitgeberlager aufgebaut werden, diese starre Verweigerungshaltung aufzugeben. Am 27.10.21 hat die GEW-Hamburg die Therapeut_innen an Schulen, die Vorschullehrkräfte und den Unibereich zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Diese drei Berufsfelder stehen in dieser Tarifauseinandersetzung im besonderen Fokus der GEW. Im Vorfeld des Warnstreiks bekamen wir viele Nachfragen, warum einzelne Berufsgruppen nicht aufgerufen wurden. Diese Rückfragen waren gut und zeigten auch, wie stark der Druck in den Schulen ist und dass ihn die Kolleg_innen auf die Straße tragen wollen.

Der Warnstreik mit über 2000 Streikenden, darunter mehreren hundert GEW-Kolleg_innen, war ein voller Erfolg und ein deutliches Zeichen an die Arbeitgeber. Jetzt müssen wir bei weiteren Warnstreiks, zu denen dann alle von der GEW vertretenen Berufsgruppen aufgerufen werden, noch eine deutliche Schippe drauflegen, damit wir die berechtigten Forderungen durchsetzen können:

- 5 Prozent mehr Lohn, aber mindestens 150 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Tarifierung der studentischen Hilfskräfte
- und in Hamburg die deutliche Besserstellung der Vorschullehrkräfte und der schulischen Therapeut_innen.

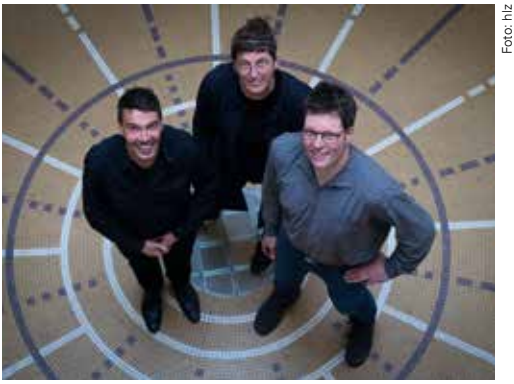


Foto: hlz

Diese Auseinandersetzung wird nicht einfach. Wir freuen uns auf die gemeinsamen Aktionen und Warnstreiks mit euch!

Alle vier Jahre ist es wieder soweit: Die Wahl der Lehrerkammer steht an. Trotz des (schulgesetzlich) festgelegten Namens sind auch Lehrerinnen und pädagogisch-therapeutisches Fachpersonal wählbar und wahlberechtigt. Die Kammer repräsentiert das pädagogische Personal an Schulen gegenüber der BSB. Die GEW stellte in der laufenden Wahlperiode die stärkste Fraktion (zur Zeit 34 Mitglieder von 40). Das soll natürlich auch so bleiben! Deshalb bitten wir euch: Beteiligt euch an der Wahl und gebt eure Stimme der GEW Liste!

Am 20. September 2021 tagte der Gewerkschaftstag, das höchste Gremium der GEW Hamburg. Nach einer langen Zeit von Onlinemeetings, war es schön, mit so vielen Kolleg_innen wieder live diskutieren zu können. Beschlossen wurden u. a. eine Kampagne zur Korrektur des Lehrer_innen-Arbeitszeitmodells, ein Antrag zum Gesundheitsschutz und zur Bildungsgerechtigkeit in Nachcoronazeiten, ein heiß diskutierter Antrag zur Zukunft des Religionsunterrichtes und Anträge zur Altersermäßigung und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Zusätzlich wurden zwei Anträge zur Organisationsentwicklung der GEW Hamburg verabschiedet. Viele dieser Anträge waren mit konkreten Arbeitsaufträgen und der Bildung von Arbeitsgruppen verbunden. Sie werden große Teile der inhaltlichen Arbeit im nächsten Jahr bestimmen und die GEW stark aufstellen.

Foto: hlz

Kesseltemperatur steigt — Seite 8

Die ersten Verhandlungen in Sachen TV-L stehen an. Eine Hamburgensie darf nicht unberücksichtigt bleiben: Die Einstufung und Bezahlung von Grundschullehrkräften und vom Pädagogisch-Therapeutischem Personal (PTF)

Mehr wert — Seite 28

In den Kitas geht es längst um mehr als um ‚satt und sauber'. Die gewachsenen Anforderungen, die ans Personal gestellt werden, verlangen eine Aufwertung des Berufs und damit eine bessere Bezahlung.

Ungleich betroffen — Seite 26

Sozial benachteiligte Kinder hat die Isolation in der Pandemie besonders hart getroffen. Eine Studie hat zahlreiche negative Folgen nachweisen können.

Debatten — Seite 40

Nicht unbedingt beabsichtigt, aber der Diskussion förderlich sind die Reaktionen auf Artikel in dieser Zeitung. Die gab es in Bezug auf den Gewaltvorfall an der Ida-Ehre-Schule und um die Frage, wie wir es mit Ungeimpften halten.

Foto: istock

Bildungspolitik

LAZVO
Der ganz normale Wahnsinn — 24

Aufwertung fällig
Erzieher_innen — 28

Digitale Bildung
Deutschland nur Mittelmaß — 30

Buchvorstellung
Flexible Oberstufe — 31

Magazin

Corona
Psychosomatische Beschwerden bei Kindern — 26

Mobilfunk
Grenzwerte zu hoch — 30

Ethik
Philosophieren mit Kindern — 34

Einfache Sprache
Leseangebot — 37

Migration
Rettungskette für Menschenrechte — 38

Fachtagung
Antisemitismus — 46

Berufsverbote
Wie alles anfing — 47

68er
Recherche fortgesetzt — 47

Fair childhood
Globales Engagement — 48

Belarus
Solidarität mit Musikerin — 50

Schüler_innenkonzert
Trotz Corona — 52

Nazibiographie (43) Teil 2
Adolf Denys — 58

Schwerpunkt

Arbeitszeit — 14

GEW

Tarifkampf
Erster Aufschlag — 8

Gewerkschaftstag
Gewichtige Beschlüsse — 13

hlz fragt
Kolleg_innen antworten — 20

Offene Liste
Nicht nur Steine bemalen — 27

Religionsunterricht
Alternative beschlossen — 32

Debatten
Leser_innen melden sich zu Wort — 40

Nachruf
Barbara Fabianke — 55

Nachruf
Klaus-Dieter Lenthe — 55

Nachruf
Harm Prior — 56

Rubriken

hlz-Notiz — 3

Leserbriefe/Nachrichten — 6

gb@ — 36

Impressum — 57

Rätsel — 62

Aus dem Gesamtkunstwerk... — 63

Termine — 64

Gesund in den Ruhestand — 65

Foto:Wikimedia, gemeinfrei

Im Laufe der Zeit — Seite 14

Während die Wirtschaftsleistung hierzulande in den letzten 100 Jahren um das 10fache stieg, verringerte sich die Arbeitszeit nur marginal. Lehrer_innen gingen gänzlich leer aus!

Glauben und Zweifeln — Seite 32

Das in Hamburg praktizierte Konzept „Religionsunterricht für alle“ wird von der GEW als anmaßend zurückgewiesen, weil es an den Interessen der Hälfte der Hamburger Eltern, die keiner Glaubensgemeinschaft angehören, vorbei geht.

Solidarität — Seite 50

Die Politik des belarussischen Präsidenten Lukaschenko ist aus verschiedenen Gründen zurzeit Thema in der Politik. Umso bedeutsamer ist hierzulande die Solidarität mit Verfolgten – in diesem Fall mit der Musikerin Maria Kolsenikowa.

Menschenkette — Seite 38

‚Push back‘ und Vermeidung von ‚pull in‘ sind die neuen Begriffe, mit denen die Politik die Migration angeht. Demonstrierende bringen ihren Protest gegen unmenschliche Behandlung von Geflüchteten dennoch auf die Straße.

Foto: LAMBDA/GEW

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)
Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

Woher nehmen…?

hlz 9-10/2021, S.32

…. Es ist ja zu begrüßen, dass ´nun endlich´ auch Ties Rabe frische Luft machen möchte, aber:

1. Wer kontrolliert die Geräte?
2. Woher kommt der Strom, den diese Geräte (zusätzlich) benötigen?

Sobald ich SBH (Schulbau Hamburg) lese, kommt mir in Erinnerung, dass eben diese (kleine) Abteilung der Finanzbehörde Hamburgs verantwortlich dafür war/ist, dass auf mehreren Schulen die Solar-Ernte in Form der PV-Nutzung eingestellt werden musste! Und dies,

- obwohl diese Gerätschaften durch Unterrichtsinitiativen mit vielen privaten Spenden erworben wurden,
- sogar teilweise mit Zuschüssen, die der (jeweils aktuelle) Senat beigesteuert hat.

Ich weiß von einer Schule, an der ich unter der Regie der Arbeitsgruppe des ENH (Energienetz Hamburg; eG Bürgergenossenschaft) mithalf, die Anlage abzubauen…

- und diese Anlage ist immer noch vom Nutzbringen aufgrund der Entscheidungen der SBH ausgeschlossen…
- sie ist (glücklicherweise) auf privatem Geländer eingelagert….

Ist da mal wieder ´das Flickwerk´ in Gang ?

Gruß
PETER WINDMÜLLER

hlz-Rätsel

hlz 9-10/2021, S.62

Liebe Redaktion,
ich lese die hlz unverändert gern und schätze auch kontroverse Themen und ihre Aufbereitung. Was euch aber geritten hat, Anna-Lena Bärbock auf der Rätselseite mit dem Kürzel der Parole "All cops are bastards" abzubilden – in krassem auch graphischem Gegensatz zu den beiden anderen Fotos –, halte ich für eine ebenso krasse Fehlentscheidung. Vorsichtig gesagt.

Trotzdem: Dank für euer Engagement!

Mit kollegialen Grüßen!
JOACHIM PAULS

Anmerkung der Redaktion: ACAB heißt auch Annalena Charlotte Alma Baerbock; dieses Kürzel wurde ihr von Ex-BND-Chef Hans-Georg Maaßen verpasst.

Beschämend

Zum Jahresbeginn 2022 werden die Hartz-IV Regelleistungen angehoben. Der Eckregelsatz soll um 3 Euro steigen. 3 Euro mehr Hartz-IV im Monat entsprechen 10 Cent am Tag, eine Anhebung von nicht einmal 1 Prozent und das in einer Zeit, in der die Inflationsrate in Deutschland bei 3,8 Prozent liegt und zum Ende des Jahres weiter steigen könnte. Welch eine Verachtung!

Vorbildhaft

Auf Druck der Gewerkschaften und zivilgesellschaftlicher Gruppen hatten der Stadtrat von Reykjavík und die isländische Regierung 2015 das weltweit größte Experiment zur Arbeitszeitverkürzung gestartet. Vier Jahre lang haben 2.500 Beschäftigte aus über 100 Unternehmen statt 40 im Schnitt nur 35 oder 36 Stunden in der Woche gearbeitet und das bei vollem Lohn.

Der Versuch war so erfolgreich, dass nun generell die Arbeitszeitregelungen in Island geändert wurden: Jetzt haben 86 Prozent der Beschäftigten eine Arbeitszeitverkürzung oder die Möglichkeit dazu bekommen.

Besorgt

Laut einer *forsa*-Umfrage im Auftrag der KKH Kaufmännische Krankenkasse fühlen sich 40 Prozent der Student_innen durch die Krise stark gestresst. Und auch im neuen Semester beziehungsweise Ausbildungsjahr ebbt diese Belastung nicht ab: Die große Mehrheit (74 Prozent) treibt mit Blick auf die kommenden Monate vor allem die Sorge vor erneuten Kontaktbeschränkungen um. 30 Prozent belastet dieses Szenario sogar schwer.

Obstinat

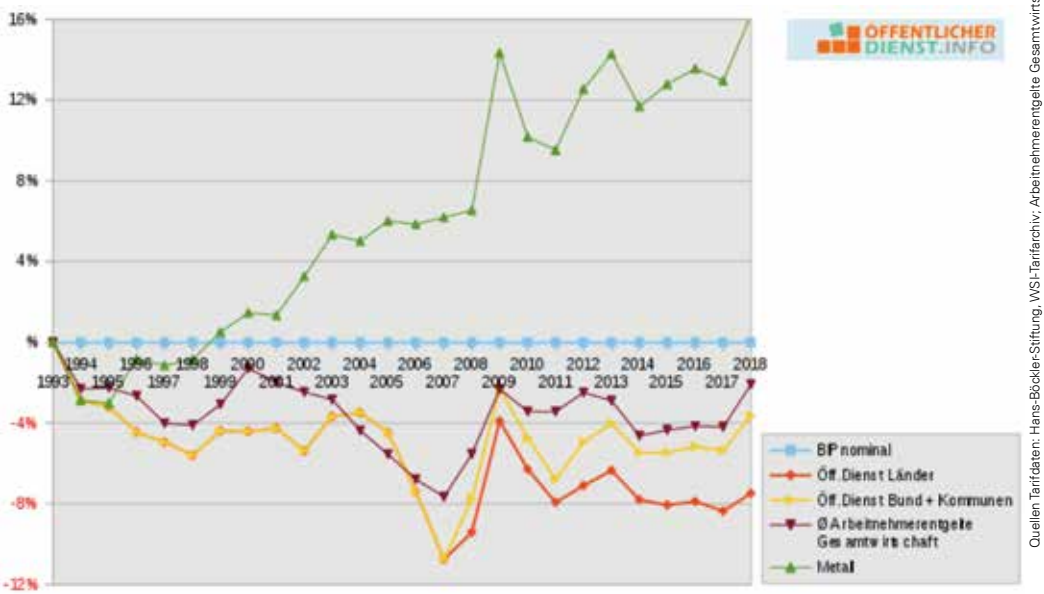
Rund sieben Prozent der Studierenden können oder wollen sich nicht impfen lassen. Durchgeführt wurde die Umfrage mit mehr als 14.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern von der Landesastenkonferenz. (Das ist der Zusammenschluss der Studierendenvertretungen an den Hochschulen.)

Populistisch

Die FDP-Abgeordnete in der Bürgerschaft, Anna von Treuenfels-Frowein, unterstützt die CDU-Fraktion bei ihrer Forderung nach einem Ende der Maskenpflicht in den Schulen. Sie spricht von einem »schwerwiegenden Grundrechtseingriff gegenüber Schülerinnen und Schülern«. Der Senat weist diese Forderung zurück. Sowohl das Robert Koch-Institut als auch

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg
hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Tarifentwicklung relativ zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts



Quellen Tarifdaten: Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Tarifarchiv; Arbeitnehmerentgelte Gesamtwirtschaft: Statistisches Bundesamt, Nominallöhne

Da hilft auch nicht die Farbe rot: Die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten in den Ländern – also wir (!) – haben am schlechtesten abgeschnitten.

das Bundesgesundheitsministerium hätten sich vor wenigen Tagen deutlich pro Maskenpflicht ausgesprochen.

Leere statt Lehre

Wissenschaftssenatorin Fegebank hatte vor kurzem noch versprochen: Alle Uni-Veranstaltungen überwiegend wieder in Präsenz! Jetzt musste sie einräumen: Welchen Anteil die Präsenzlehre an den einzelnen Hochschulen ausmache, das könne noch nicht beziffert werden. In der zweiten Woche nach Beginn der Vorlesungen haben die Hochschulleitungen keinen Überblick darüber, wie viel Präsenzlehre in ihren Häusern überhaupt stattfindet.

Belastend

Seit September häufen sich falsche Schnelltestergebnisse in ganz Hamburg. Dies belegen die Zahlen der Schulbehörde: Allein am ersten Schultag nach den Herbstferien, am 18. Oktober, wurden in den Schulen etwa 200.000 Schnelltests durchgeführt. Davon waren 294 positiv. Alle wurden, so wie vorgeschrieben, im PCR-Verfahren überprüft und zwei Drittel kamen als negativ zurück. Diese Schnelltests waren also falsch positiv.

Für Hamburger Familien eine Belastungsprobe: Bis der erste Befund richtiggestellt ist, vergehen bis zu 48 Stunden. Zeit, in der betroffene Kinder und oft auch ihre Klassenkamerad_innen in Quarantäne bleiben, die Eltern kleinerer Kinder nicht zur Arbeit gehen können.

Vielleicht

Von November an tragen Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein keine Maske mehr, wenn sie in an ihrem Platz in der Klasse sitzen. Ob nun auch bei uns die Regeln gelockert werden, ist offen. Möglich wäre es, sofern die Lage es zulasse, könne man darüber reden, heißt es seitens des Senats.

Noch 4 Ausgaben von dieser hlz-Redaktion

Auf dem Gewerkschaftstag im Mai 2022 wird unser Redaktionsleiter Joachim nicht mehr zur Wiederwahl stehen. Die Redaktionsarbeit wird dann von einer neuen Redaktion verantwortet – wenn sich denn eine neue findet (vgl. auch hlz 1-2/2021, S. 81). Ihr habt also die einmalige Chance, euch auf einen der interessantesten Jobs in der GEW zu bewerben! Dazu haben wir eine extra Mail-Adresse eingerichtet: geffersjoachim@gmail.com oder: info@gew-hamburg.de

DIE REDAKTION

5 PROZENT
MEHR GEHALT –
MINDESTENS 150€
#DASGEWINNENWIR

TVL

Der Tarif-Podcast der
GEW Hamburg
#DASGEWINNENWIR

Foto: hlz

WARNSTREIK AM 27.9.

Erster Aufschlag

Am Vorabend zur ersten Verhandlungsrunde: bei der GEW oder ver.di organisierte Kolleg_innen – zum Arbeitskampf bereit

Die Gewerkschaften verhandeln seit dem 8. Oktober 2021 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über eine Gehaltserhöhung für die Tarifbeschäftigten im Geltungsbereich des TV-L. Bisher haben die Arbeitgeber kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt.

Foto: hlz

Sven Quiring, Vorsitzender der GEW-Hamburg

Zur Durchsetzung der Gewerkschaftsforderung von 5 Prozent mehr Gehalt wurde am 27. September ein erster Warnstreiktag durchgeführt.

Aufgerufen hatte die GEW-Hamburg Vorschullehrkräfte sowie die Therapeut_innen an Schulen und den Hochschulbereich. Darüber hinaus rief sie die studentischen Hilfskräfte, wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutor_innen zum Solidaritätsstreik auf.

Nach einer Streikversammlung im Curiohaus fand um 12 Uhr eine Kundgebung beim DGB am Besenbinderhof statt, auf der u. a. Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg und Bodo Haß, Physiotherapeut an einer Sonderschule für körperlich-motorische Entwicklung (KME) und stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg, redeten.

„Die Arbeitgeber haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt, wie wichtig ein starker öffentlicher Dienst gerade in Zeiten einer Krise ist. Auch im zweiten Jahr der Coronapandemie haben die Beschäftigten mit Herzblut und Engagement im Landesdienst, in den Schulen und Hochschulen der Pandemie die Stirn gezeigt. Unter komplizierten Rahmenbedingungen, oft unter der Gefahr, sich selbst zu infizieren, haben sie das Land am Laufen gehalten. Jetzt, in der Länder-Tarifrunde, wollen die Beschäftigten mehr sehen als billigen Applaus: Fünf Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 150 Euro und keine uneinsichtigen Arbeitgeber!“, so Sven Quiring in seiner Rede.

Nach einer Demonstration von 2000 Beschäftigten durch die Hamburger Innenstadt fand um 14 Uhr eine Abschlusskundgebung am Gänsemarkt statt, auf der u. a. Kerstin Mögle, Vorschullehrkraft und Sprecherin vom Arbeitskreis VSK in der GEW, eine Rede hielt.

GEW-WEBREDAKTION

Wir sind keine Exotinnen

Rede von Kerstin Mögle, Vorschullehrkraft und Sprecherin vom Arbeitskreis VSK, vor 2000 Streikenden

Hallo – liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mein Name ist Kerstin Mögle. Ich bin Vorschullehrkraft in einer Grundschule in Altona. Seit nunmehr 15 Jahren arbeite ich als Vorschullehrerin. Dabei war ich in verschiedenen Schulen in Hamburg tätig.

Wenn ich Menschen, die nicht im Bereich „Schule“ arbeiten, die Bedingungen und Zustände meiner Tätigkeit erzähle und versuche, es zu erklären – was nicht immer ganz einfach ist wegen der vielen „Besonderheiten“, die dieses System so mitbringt –, ernte ich immer wieder Unglauben, Staunen und auch Empörung…:

• Ach – ihr unterrichtet alle Fächer der Grundschule…?

• Ach – in der Vorschulklasse zu unterrichten galt lange gar nicht als „Lehrerin“…?

• Und ihr habt keine Vollzeitstellen….?

• Ach – ihr verdient als studierte Sozialpädagogen weniger als ich (Physiotherapeutin)….??

• Und ihr seid tatsächlich für so viele Kinder alleine zuständig…?

• Und ihr müsst auch die Integration und Inklusion bewältigen – auch alleine…?

• Und es gibt keine Doppelbesetzungen? Auch nicht bei sehr schwierigen Kindern in der Klasse?

Ja, als Vorschullehrkraft ist man deutlich anders aufgestellt als andere Lehrkräfte – um einiges SCHLECHTER!

Dieses Modell der Vorschule, integriert in die Grundschule unter der Dienstaufsicht der BSB, wie es hier in Hamburg seit 50 Jahren erfolgreich organisiert ist, ist bundesweit einmalig. Damit ist es ein besonderer Schatz in der Schullandschaft – und das wird auch der zuständige Senator Ties Rabe nicht müde zu erwähnen… Wann immer es passt, betont der Schulsenator, wie gut und wichtig die Vorschule ist:

• als erster Schritt der Kinder in die Schule,

• als wichtiger Baustein der Frühkindlichen Bildung,

• als Spurenlegung in eine gelungene Schullaufbahn…!

Recht hat er!

Viele Familien in Hamburg entscheiden sich ganz bewusst, ihr Kind in eine der jetzt ungefähr 500 Vorschulklassen in Hamburg einzuschulen – nach vielen positiven Erfahrungen und mit hoher Erwartung. Jedes Jahr erhöht sich die Zahl der für die Vorschulklassen angemeldeten Kinder – jedes Jahr müssen weitere Vorschulklassen aufgemacht werden! Die Vorschule in Hamburg hat einen guten Ruf! Aber eben auch NUR in Hamburg….!

Das ist eines unserer Hauptprobleme… Dieser Hamburgische Sonderfall wird gerne übersehen und als nicht so wichtig erachtet….

...Diese paar Exot:innen in der Schullandschaft...

So ist es auch historisch entstanden, dass bei der Überleitung vom BAT in den TVöD im Oktober 2005 der Dienstherr einseitig beschloss, dass die Arbeit der Vorschullehrkräfte nicht tarifiert wird, aber von einer 100 Prozent Stelle auf eine 85 Prozent Stelle heruntergestuft und in die „kleine“ E9 eingruppiert wird – mit ewig langen Stufenlaufzeiten. Das führt innerhalb weniger Jahre zu sehr großen Gehaltsdifferenzen zu anderen Sozialpädagog_innen auf mit E9 vergüteten Stellen.

Foto: hlz

Wir fordern ein Ende der Zwangsteilzeit und endlich E11 für alle Vorschul-Lehrkräfte! Kerstin Mögle

In diesem tarifvertragsfreien Zustand habe ich in einer Grundschule in Harburg angefangen – nach einem auf dem zweiten Bildungsweg abgeschlossenen Diplom-Sozialpädagoginnen-Studium.

Abgesehen davon, dass diese Anstellung mit einem befristeten Arbeitsvertrag begann (der drei Jahre immer wieder neu verlängert werden musste…), war meine erste „Bezügemitteilung“ ein echter Schock…! Vorher hatte ich in meinen ersten zwei Berufen als Bürokauffrau und Heilerzieherin gearbeitet – jetzt, nach einem 3jährigen Studium und einer sehr herausfordernden wissenschaftlichen Diplomarbeit, hatte ich unten rechts auf dem Lohnzettel weniger netto als vor dem Studium….

Seitdem kämpfe ich zusammen mit meiner Gewerkschaft für eine Verbesserung dieser unsäglichen Situation der Vorschullehrkräfte. (…)

Inzwischen gibt es A13 für Grundschullehrkräfte zu feiern – das freut uns natürlich auch als Erfolg der Gewerkschaft, aber es bleibt doch ein sehr bitterer Beigeschmack:

• Wieder einmal wurden die Vorschullehrkräfte übergangen!

• Zum Sozial- und Erziehungsdienst gehören wir nicht.

• Zu den Lehrer_innen in den Grundschulen, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten, gehören wir auch nicht?!?!

Deshalb hat diese kleine Gruppe der Exot_innen es jetzt satt!

Hier sind wir

…und setzen Spuren nicht mehr nur täglich für die 9.800 Vorschulkinder in Hamburg, sondern öffentlich und laut!!

Wir fordern ein Ende der Zwangsteilzeit und endlich E11 für alle Vorschul-Lehrkräfte!

Wir fordern und erwarten eine grundsätzliche finanzielle Verbesserung!

Aufwertung jetzt

Rede von Bodo Haß, Physiotherapeut an einer Sonderschule für körperlich-motorische Entwicklung (KME) und stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg (Auszüge)

Fotos: Andreas Hamm

Moin liebe Kolleg_innen,

(…) Wir wollen deutlich machen, dass wir eine grundsätzliche finanzielle Verbesserung für die Ergo- und Physiotherapeut_innen an Schulen und die Vorschullehrkräfte in dieser Tarifauseinandersetzung fordern und erwarten!

Beide Berufsgruppen haben in den letzten Jahren zusammen mit der GEW immer wieder auf ihre finanzielle Situation, aber auch auf die Wichtigkeit und Qualifikation ihrer Berufsgruppe innerhalb des Hamburger Schulsystems hingewiesen und in vielfältigen Aktionen deutlich gemacht. Zu Beidem gab es in diesen Jahren auch immer wieder eine Zustimmung des Arbeitgebers. Hier möchte ich die Veranstaltung zum Jubiläum der Einführung der Vorschulen und den Brief des Schulsenators an die Fachgruppe des Pädagogisch-Therapeutischen Fachpersonals erwähnen.

Hier fordern wir eine deutliche finanzielle Aufwertung der schulischen Therapeut_innen und der Vorschullehrkräfte. Ihr habt es wirklich verdient!!!

Aber auch ihr, die Kolleginnen und Kollegen aus den Hochschulen, steht heute auf der Straße und das tut ihr ja schon länger. Eure Initiative zur Einführung eines TV-Studs, eines Tarifvertrages für die studentischen Aushilfskräfte, ist richtig und notwendig! Vielen Dank für diese Initiative!

Die Studierenden, die sich mit dieser Arbeit häufig ihr Studium ja erst finanzieren, brauchen dringend eine Tarifierung. Selbstverständlich gehört ihr zu den Ersten, die die GEW zu einem Warnstreik aufruft!

Wir fordern die Tarifierung der Arbeitsbedingungen der Studierenden!

Ich gehe noch einmal zurück zum Anfang meiner Rede, zur Situation am hoffentlich sich langsam anbahnenden Ende der Pandemie: Natürlich merken wir alle jetzt, wo, trotz unseres intensiven Einsatzes, unsere Arbeit nicht gereicht hat, wo der Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern abgebrochen ist, wir die Sorge haben, dass wir sie verloren haben. Auch da wartet auf uns alle viel Arbeit! Umso wichtiger ist es, dass unsere Arbeitsbedingungen gut sind, damit wir nicht im Alltag verschlissen werden. Umso wichtiger ist es, dass wir ein gutes Tarifergebnis erreichen, damit wir bei steigender Inflation ein sicheres Einkommen haben. Dafür bedarf es unser aller Engagement. (…)

Klare Positionierung

Der online stattgefundene Gewerkschaftstag im Mai fand seine analoge Fortsetzung am 20. September

Es war Vieles liegengeblieben, war es doch im ersten Teil des Gewerkschaftstages vornehmlich um die erfolgreich stattgefundene Neuwahl unserer Vorsitzenden gegangen. Unter den Bedingungen von 3G konnten sich nun unter Einhaltung der Abstandsregeln und einer Maskenpflicht die Delegierten wieder real begegnen. Und das war gut so! Denn es gab brennende Themen, die – wie sich herausstellen sollte – ungewöhnlich zügig abgearbeitet werden konnten.

Das lag u.a. auch daran, dass die Vorsitzenden ihren Antrag auf eine Verbesserung der Personalausstattung zurückgezogen hatten. Stattdessen wurde entschieden, zunächst eine Arbeitsgruppe einzurichten, die als eine Art Enquêtekommission mit dem Auftrag versehen wurde, eine Evaluation der Aufgabenbereiche vorzunehmen, um aufgrund dessen eine bessere Entscheidungsmöglichkeit zu haben, wie man zukünftig personell den gewachsenen Aufgaben gerecht werden will. Ein nicht ganz unkomplizierter Vorgang, zumal in diesem Zusammenhang auch das Rotationsprinzip berührt zu sein scheint, was wiederum Satzungsfragen aufwirft. Auch hierzu wurde eine AG eingerichtet.

Davon unberührt konnten die Kolleg_innen, die sich in den letzten Monaten um eine Neuorientierung bzw. um die Zukunft des Religionsunterrichts bemüht hatten, ihre Position deutlich machen. Nach einer lebhaften, auch kontroversen Debatte wurde der Antrag der Gruppe aber mit einer deutlichen Mehrheit angenommen (s. hierzu S. 33).

Noch mehr Zustimmung erhielt der Antrag (trotz auch vorgetragener gegenteiliger Meinung) unseres Ausschusses für Friedenserziehung, der sich jetzt Ausschuss für Friedensbildung nennt, obwohl auch hierzu Gegenpositionen vorgetragen worden waren. Die GEW lehnt es ab, wie es im Antrag heißt, „sich an Werbe- und Image-Veranstaltungen der Bundeswehr in Schulen (wie unter dem Motto Wir.Dienen. Deutschland, machwaswirklichzählt.de für das freiwillige Jahr im Wehrdienst und weitere Jobangebote…) zu beteiligen.“ Darüber hinaus fordert die GEW-Hamburg „den Schulsenator Rabe in einem Offenen Brief auf, über die direkte Kooperation von Bundeswehr mit Schulen, mit dem LI und der Schulbehörde Transparenz herzustellen.“

Weniger kontrovers erschienen dagegen die Anträge, die die politische Schwerpunktsetzung der GEW in der nächsten Zeit zum Inhalt hatten. Man war sich einig, dass der Schlüssel für eine erfolgreiche Durchsetzung unserer Forderungen nach Arbeitsentlastung in der Verbindung zwischen Arbeits- und Gesundheitsschutz und dem wieder verstärkt aufzunehmenden Kampf um eine Verkürzung der Arbeitszeit liegt. Es gelte, an der bereits 2014 formulierten Zielsetzung „Nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse“ festzuhalten (s. Kasten).

JOACHIM GEFFERS

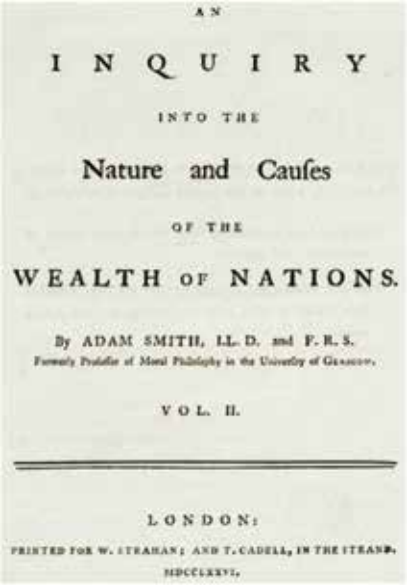
Der Hamburger Gewerkschaftstag beschließt am 20.9.21:

Der Senat der FHH wird aufgefordert, die Arbeitszeit der Lehrkräfte an die tatsächlich anfallenden Arbeiten anzupassen. Das beinhaltet insbesondere sämtliche Aufgaben, die seit Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells neu angefallen sind, beispielsweise die Einführung der Ganztagsschule, die Inklusion, die Digitalisierung u.v.m. Insbesondere ist eine Begrenzung der Unterrichtsverpflichtung einer in Vollzeit beschäftigten Lehrkraft auf maximal 20 Unterrichtsstunden wöchentlich vorzunehmen. Der Gewerkschaftstag beschließt die Durchführung einer Kampagne zur entsprechenden Korrektur des Lehrerarbeitszeitmodells. Der Vorstand der GEW wird aufgefordert, diese Kampagne zu planen und zu entwickeln. Gleichwohl hält die GEW Hamburg an ihrer Forderung der Abschaffung des Lehrerarbeitszeitmodell gemäß LehrArbzVO fest.

Heraus aus dem Jammertal

Wieso trotz der gigantischen Steigerung der Produktivität die Lehrer_innen immer noch genauso lange arbeiten wie vor 100 Jahren und wie es gelingen kann, dies zu verändern

Im Zusammenhang mit dem vom Produzenten inszenierten Medienrummel zur Premiere des neuen James Bond Films erfuhr die Öffentlichkeit, dass eine Szene neu gedreht werden musste, weil die Omega-Uhr, die den Arm des Helden schmückte, nicht mehr das neueste Modell war. Wenn – wie in diesem Fall – der Hersteller eines Luxusgutes wahrscheinlich sechsstellige Beträge für das Produktplacement ausgibt, macht er das nur, wenn er einigermaßen sicher sein kann, dass er dieses Geld durch den Verkaufserlös seines Produktes wieder reinkriegt. Was aber hat das nun mit dem Thema Lehrer_innenarbeitszeit zu tun?


AN

INQUIRY

INTO THE

Nature and Causes

OF THE

WEALTH OF NATIONS.

By ADAM SMITH, LL. D. and F. R. S.

Formerly Professor of Moral Philosophy in the University of Glasgow.

VOL. II.

LONDON:

PRINTED FOR W. STRAHAN; AND T. CADELL, IN THE STRAND.

MDCCLXXVI.

Wohlstand war damals etwas geerdeter

„Der Wohlstand der Nationen" – so betitelte der als Vater der Nationalökonomie geltende Adam Smith sein Hauptwerk. Das Buch erschien 1776 in England, dem Land, in dem zur damaligen Zeit die Wirtschaft am Weitesten vorangeschritten war. Der Autor bemühte sich, zwischen der Entwicklung der aufkommenden Industrie, der Mechanisierung der Landwirtschaft und dem Bildungsstand der Bevölkerung Zusammenhänge herzustellen. Über allem stand da die Frage, wie es denn mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt aussehe und wie man diese steigern könne? Es ging also um die Steigerung der Effektivität der Arbeit im Maschinenzeitalter, für die man den Begriff der Produktivität setzte.

Dass dieses Mehr und immer schneller den Stachel des Profits bedarf, dem soll an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden. Stattdessen soll uns die Frage interessieren, warum die ebenfalls von Adam Smith für die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Wirtschaftsweise eingeführte Metapher von der „unsichtbaren Hand" irgendwann die Menschheit hat falsch abbiegen lassen. Solange die Grundbedürfnisse aller noch nicht gedeckt waren, schien es logisch, dass es zunächst einmal darum gehen musste, dies zu realisieren. Irgendwann war dieses Versprechen aber weitgehend eingelöst. Da stellt sich die Frage, warum der technische Fortschritt – gemessen als Produktivität – nicht zu größeren Teilen auch in Form von Arbeitszeitverkürzung den Menschen zu Gute kam. Also was ist das: Produktivität?

Sonntagsbraten ist nicht genug

Ganz schlicht kann man Produktivität messen und in der Folge die Steigerung derselben, indem man sich eine Fabrik mit einer gewissen technischen Ausstattung vorstellt und bspw. fragt, wieviel Reifen ein Arbeiter in einer Stunde montieren kann? Wären dies 100 und es ihm in der folgenden Periode aufgrund einer neuen Maschine und/oder einer besseren Arbeitsorganisation gelänge, 106 Reifen zu montieren, entspräche dies einer Steigerung der Produktivität um sechs Prozent. Auf eine ganze Volkswirtschaft bezogen ergäbe dies den gleichen Wert. Vorausgesetzt, dass die Zahl der Arbeitskräfte die gleiche bliebe und auch die Arbeitszeit sich nicht verändern würde.

So gibt es also eine betriebswirtschaftliche und eine volkswirtschaftliche Betrachtung der Produktivität, wobei die Steigerungsrate diejenige Größe ist, die am meisten interessiert, weil anhand von ihr die Ansprüche am Zuwachs gleichermaßen von Unternehmer- und Arbeitnehmerseite erhoben werden. In der Vergangenheit bezog sich dies auf mehr Gewinn bzw. mehr Lohn. Denkbar wäre es für die Arbeitnehmerseite aber auch, statt Lohnzuwachs den Zugewinn in Form von Arbeitszeitreduzierung einzufordern. Neben der ganz konkreten Entlastung der einzelnen Beschäftigten hät-

te dies den Vorteil, dass die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe verteilt werden könnte. Wir erinnern uns, dass dies die Forderung der IG Metall in den 1980er Jahren war, als es um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ging. Und auch aktuell versucht dieselbe Gewerkschaft, mehr Freizeit für ihre Mitglieder auszuhandeln. Diese Entwicklung ist an uns Lehrer_innen vorbeigegangen.

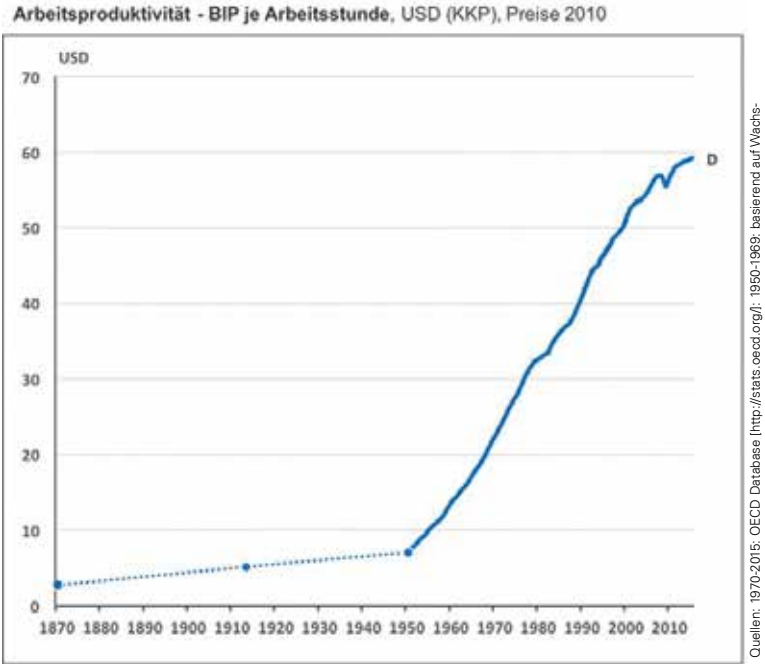
Dass die Ermittlung der beschriebenen Produktivitätssteigerung im Detail nicht ganz unkompliziert ist, dafür sprechen die zahlreichen auch staatlichen Institutionen, die nichts anderes tun, als verlässliche Daten zu sammeln, um auf diese Weise ein halbwegs wahrheitsgetreues Ergebnis ermitteln zu können.

Wenn wir einmal davon ausgehen, eine statistische Fehlerquote immer mit eingerechnet, dass die amtlich genannten Zahlen das Ergebnis allen wirtschaftlichen Bemühens in einer Periode nominell einigermaßen richtig wiedergeben, dann ist die Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die Produktivität also, wie die Abbildung zeigt, in den letzten hundert Jahren in etwa um das 10fache gestiegen. Das haben die Menschen gemerkt, weil sich ihr Lebensstandard deutlich verbessert hat. Man kann dann umgekehrt bspw. auch messen, wie viel Minuten ein arbeitender Mensch vor 100 Jahren im Gegensatz zu heute für den Sonntagsbraten arbeiten musste. Die Qualitätsunterschiede der Produkte zwischen damals und heute und die externen Kosten bzw. negativen Folgen der Produktion mal außen vorgelassen, kann man sagen: Hier wurde der Produktivitätsfortschritt – wenn, wie immer, auch unterschiedlich – spürbar an nahezu jeden Mann und jede Frau weitergegeben. Warum aber ist dies nicht im gleichen Maße mit der Arbeitszeit geschehen?

Wofür arbeiten wir eigentlich?

Das hat eben etwas mit der Omega-Uhr zu tun. Denn ein Großteil des ökonomischen Fortschritts sorgt ja nicht nur dafür, dass die Grundbedürfnisse wie Essen, Wohnen, Kleidung gedeckt werden, sondern dass den Menschen von einer Mega-Maschine, Werbung und Marketing genannt, versucht wird einzubläuen, dass sich das individuelle Glücksempfinden nur steigern lasse, indem man seinen unbegrenzten Bedürfnissen nachkommt, also konsumiert. Dies ist im Übrigen das Credo der herrschenden Ansicht aller in Lohn und Brot stehenden Ökonom_innen. Diese Botschaft findet sich quasi als Präambel in jedem Lehrbuch über Wirtschaft und wird jedem Schüler und jeder Schülerin als Glaubensbekenntnis mit auf den Lebensweg gegeben: Du bist, was du konsumierst. D. h. umgekehrt: Wenn du das Spiel nicht mit machst, bist du nichts! Wer will das schon?! Und der Stachel der Konkurrenz, des Ich-will-besser-sein-als-du, sorgt dafür, dass es funktioniert.

Notwendig ist dies, damit die Wirtschaft die tausendfach in der Substanz gleichen Produkte verkaufen kann. Müßig, alles aufzählen zu wollen, aber ein Blick auf die Straßen genügt, um zu erkennen, dass die SUVs dieser Welt nahezu alle gleich sind. Alle besorgen das gleiche Geschäft, um etwas von A nach B zu bringen, aber eine gigantisch große Zahl von Produktentwickler-, Designer-, Marketing- und



Quellen: 1970-2015: OECD Database [http://stats.oecd.org/]; 1950-1969: basierend auf Wachstumsraten ausgewiesen durch The Conference Board Total Database TM; vor 1950: Maddison (2006) The World Economy – A Millenial Perspective, S. 347/350. – In: Statistisches Handbuch, Projekt 7, hrsgg. vom Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit (IGZA)

Das statistische Bundesamt ermittelte, dass in einem durchschnittlichen Haushalt in Deutschland heutzutage 10.000 Gegenstände zu finden sind, während mensch vor 100 Jahren noch mit rund 180 (!) Gegenständen auskam. Da ist sie hin, die Steigerung der Produktivität! Naiv? Nur ein bescheidener Verzicht hätte genügt, um kürzere Arbeitszeiten zu ermöglichen.

Werbespezialist_innen sorgt dafür, dass wir Konsument_innen glauben, mit dem Erwerb des jeweiligen Produkts, ja – was eigentlich? –, unser Streben nach Glück einlösen zu können. „Persuit of Happiness“, wie es in der US-amerikanischen Verfassung heißt. Ein Aberwitz – die Omega-Uhr für 10 000 Euro, die nicht anders tickt als meine vom Discounter für 9,99! Womit ich nicht sagen will, dass ich nicht bei anderen Gütern den Verkaufsstrategien der benannten Spezialist_innen erlegen bin.

Das hat Herbert Marcuse, einer der Ziehväter der Student_innenbewegung, in seinem Werk „Der eindimensionale Mensch“ bereits in den 1960er Jahren analytisch auf den Punkt gebracht: „Die wirksamste und zäheste Form des Kampfes gegen die Befreiung besteht darin, den Menschen materielle und geistige Bedürfnisse einzuimpfen, welche die veralteten Formen des Kampfes ums Dasein verewigen.“ Seine, heute würde man sagen ‚follower‘ haben mit der Parole „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ versucht, den Menschen diesen Zusammenhang aufzuzeigen. Trotzdem fuhr der Zug nicht nur in die falsche Richtung weiter, sondern beschleunigte sogar noch.

Was ich jetzt beschrieben habe, wurde also schon tausendmal gesagt und trotzdem funktioniert der Mechanismus, obwohl jede/r, dem und der es vergönnt ist, über den Tellerrand hinauszublicken, natürlich weiß, dass das Ganze mit Lebensqualität nicht viel zu tun hat. Mittlerweile wissen wir ja, dass wir uns mit unserem Konsumverhalten dem Abgrund der globalen Existenz nähern. Wenn also die „Wissenschaft“ von der Ökonomie behauptet und sich damit sogar brüstet, sie fordere zu zweckrationalem Handeln auf, weil nur dadurch der Wohlstand der Nationen zu garantieren sei, so ist genau das Gegenteil richtig: Die im Verhältnis zur Menschheitsgeschichte explosionsartige Entwicklung der Produktivkräfte in den letzten 150 Jahren hat in der Summe den Menschen nicht von den Zwängen der Natur befreit, sondern zeigt ihm stattdessen immer deutlicher seine Abhängigkeit von ihr auf. Nichtstun bedeutet heute häufig einen größeren Teil zur Rettung der Welt beizutragen als ein Immer-weiter-so im Hamsterrad.

Alfred Nobel sparte wohl nicht ohne Grund bei der Schaffung der nach ihm benannten Preise die Wirtschaftswissenschaften aus. Dass es etwas Ähnliches gibt, das in der Öffentlichkeit fälschlicher Weise als „Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften“ gehandelt wird, hat die Menschheit der Schwedischen

Wöchentliche Arbeitszeit von Lehrer_innen in Hamburg: Unterrichtsverpflichtung (Deput

	1880-1907	1907-1913	1918	1924	1934/35	1935/36	1936 - 1942	1943 - 1944
GHR* m/w	ϕ30/22	ϕ28/21	ϕ28/21		33/30	30/27 später 30/28	30/27	32/29
Gym**m/w		ϕ22	26/23		26/23 später 25/23	25/23	25/23	27/25
So m/w							28/26	39/27
BS*** m/w				28/26	28/26	28/26	28/26	30/28

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitszeit von Lehrer_innen in Hamburg seit Besteh
Die Kriegsjahre und manche Krisenjahre ausgenommen gilt dies letztendlich auch für der

Je länger man zurückblickt, desto größer ist der Unterschied zwischen Gymnasial- und den übrigen Lehrkräften. Es wurde unt Altersermäßigung gab es über fast alle Zeiträume hinweg; das begann in den länger zurück liegenden Zeiten mit zwei Stunde zeitwilig auf 45-50 Jahre herabgesetzt!); im Jahr 1999 wurde diese ganz abgeschafft; ab 2009 gilt wieder eine Altersermäßigu stunden) ab dem 60. Lebensjahr. Ab 1.8.2003 gilt die Hamburger Arbeitszeitverordnung (AZM), nach der die Pflichtstunden ü

*Die Pflichtstunden von VR- und Gym-Lehrkräfte an Gesamtschulen (ab 1968) sind eng an den Arbeitszeiten aller übrigen Ko Stunden weniger als ihr Kolleg_innen an derselben Schule in Haupt-(ehemals Volks)schulklassen

**VR-Lehrer_innen an Gymnasien arbeiten mehr oder weniger dieselbe Anzahl Stunden, die sie an HR-Schulen oder Gesamt

***nur akademisch ausgebildete Lehrkräfte/ höherer Dienst/ VR-Lehrkräfte ähnlich wie an Gymnasien; Fachlehrkräfte an BS

**** Gem. Anordnung von Reichstatthalter Kaufmann: Die Lehrkraft hat „bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ü

***** Durch zahlreiche statistische Kunstgriffe wurde versucht, den in das Modell eingebauten Sparanteil nicht ausweisen zu unter Senatorin Christa Goetsch die faktorisierte Pflichtstundenzahl auf 29 Stunden gedeckelt.

Zusammenstellung hlz; Quellen: Ludwig Mevius: Zur Geschichte der Lehrerarbeitszeit von 1870-1970; Hrsg.: GEW/Landesver

Viel hat sich gemessen an der Produktivitätsentwicklung in den letzten 100 Jahren in Hinblick auf geringere Arbeitszeiten nicht getan – Lehrer_innen gingen nahezu leer aus!

Nationalbank, wie es heißt: „in Erinnerung an Alfred Nobel“ zu „verdanken“! Eine Einrichtung also, der es mit diesem Etikettenschwindel eindeutig um die Steigerung der Reputation ihres Schaffens geht, die Legitimation der herrschenden Wirtschaftsweise und das Wirken mithin aller Personen, die sich dieser widmen, eingeschlossen.

zat) im Zeitraum von 1880 bis 2003

1944-1946 ****	1946-1948	1948-1960	1960-1970	1970-1990	1990-1995	1995-1999	1999-2003	ab 2003 AZM
30/28	24	30	29/27	28/26	27/26	28; Real 27	28	46,57 WAZ *****
	24	25	24	23	23	24		
30/28	24		26		26	27	27	
30/28	24	28/25	24	23	23	24	24	

nen der Bundesrepublik, so hat sich faktisch kaum etwas zum Besseren bewegt.
n Zeitraum bis zurück bis in das Jahr 1880

terschieden nach akademisch und/oder seminaristisch ausgebildeten Lehrkräften, wobei es zahlreiche Mischformen gab.
n ab dem Alter von 55 bis zu 1-2 Stunden gestaffelt zu Zeiten der Bundesrepublik (in den 1930er Jahren wurde das Alter
ung von 2 Wochenarbeitszeitstunden (WAZ nach Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung [LehrArbzVO] ungleich U-Stunden/Pflicht-
ber die Faktorisierung individuell unterschiedlich ausfallen. Leere Felder weisen auf nicht verfügbare Daten hin.

lleg_innen an den jeweiligen Kategorien orientiert. Kolleg_innen im Realschulbereich (R) arbeiteten i.d.R. ein bis max. zwei

schulen arbeiten würden.

arbeiten im Schnitt drei bis vier Stunden mehr

ber die Pflichtstunden hinaus“ (Mevius 2003) zu arbeiten.

u müssen. Faktisch stieg – bezogen auf alle Lehrkräfte – in Hamburg deren Unterrichtsverpflichtung. Im Jahr 2008 wurde

band Hamburg 1983 sowie Daten der BBS (heute BSB) 2003

Bildungsauftrag nachkommen – wann?

Diese negative Sicht gilt sicherlich nicht für alle Berufe, aber auf jeden Fall für jene Professionen, die sich mit dem Brainwashing des Menschen der Absatzwirtschaft verschrieben haben. Ein Widerlager könnten die Pädagog_innen bilden. Sich allein dem ökonomischen Zwang beugen, genauer: ihre Zöglinge zu willfährigen Untertanen zu machen und sie allein den Erfordernissen des Arbeitsmarktes gemäß zu qualifizieren, hat noch nie ganz reibungslos funktioniert. Es gibt immer Spielräume, um auch einen kritischen emanzipatorischen Geist sich entfalten zu lassen. Dies gelingt umso mehr, als dazu Freiräume vorhanden sind. Ist allerdings die Lehrkraft derart stark eingebunden in das Korsett des Stundenplans, dass ihr neben den Anforderungen, die das Alltagsgeschäft mit sich bringt, gar keine Zeit bleibt, sich Gedanken zu machen, wofür und warum er oder sie dies eigentlich macht, bleibt zwangsläufig all das auf der Strecke, wofür Schule zumindest dem Anspruch nach seit Kants Tagen auch da ist bzw. da sein sollte: Beitragen dazu, dass der Mensch aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit heraustreten kann.

Dies sollten wir im Kopf behalten, wenn es um unsere Forderung nach Senkung unserer Arbeitsbelastung geht. Wenn wir unserem eigentlichen Bildungsauftrag (s. Kasten S. 19) gerecht werden wollen, brauchen wir Zeit, um den Schüler_innen das zu vermitteln, das sie befähigt, als selbständig Denkende und Handelnde die Zukunft mitgestalten zu können.

Mehr als Nachholbedarf

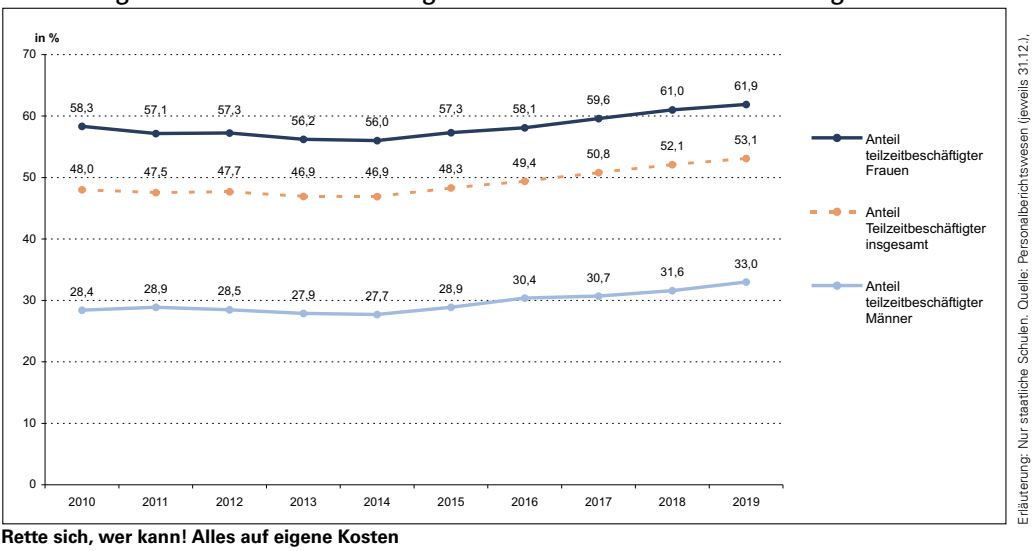
Nach außen aber muss die Frage viel deutlicher als bisher gestellt werden, warum sich trotz der gigantischen Steigerung der Produktivität sich dies bislang in keiner Weise in Form von Arbeitszeitreduzierung in unserer Profession bemerkbar gemacht hat? Gemessen an den Steigerungsraten der Wirtschaftsleistung ist die Arbeitszeit zwar in allen Bereichen der Wirtschaft nur geringfügig gesunken, aber gerade Pädagog_innen stehen immer noch die gleiche Anzahl von Stunden vor der Klasse wie ehedem.

Dabei ist das Geschäft von uns Lehrer_innen wahrlich nicht leichter geworden. Zwar sind die Klassen kleiner geworden, dafür ist aber die Heterogenität der Schüler_innenschaft deutlich gestiegen. Hinzu kommt, dass ein autoritärer Unterrichtsstil – zumindest vordergründig –, wie wir Älteren ihn selbst noch als Schüler_innen erlebt haben, das „Geschäft“ einfacher gemacht hat. Dem gegenüber ist ein auf demokratische Teilhabe der Schüler_innen ausgerichteter Unterricht deutlich aufwändiger. Damit meine ich weniger das Organisatorische als die damit ungemein gewachsene psychischmentale Herausforderung.

Das führt zu der wachsenden Zahl von Burn-out-Fällen und erklärt auch, warum so viele Pädagog_innen, solange sie es sich irgendwie leisten können, ihre Arbeitszeit auf eigene Kosten reduzieren. Ein echtes Alleinstellungsmerkmal! Es gibt keinen anderen Bereich, in dem dies in diesem Ausmaß existiert.

Dies ist kein Jammern, sondern eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen, was ist! Arbeit, die krank macht? Das gehört angeprangert! Gepaart mit der Botschaft, dass genügend gesellschaftlicher Reichtum vorhanden ist, der nur richtig verwendet

Entwicklung der Anteile teilzeitbeschäftigter Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg



Erläuterung: Nur staatliche Schulen. Quelle: Personalberichtswesen (jeweils 31.12.), BSB, Referat V 41 aus: Bildungsbericht Hamburg für das Jahr 2020, S. 73, Hrsg.: BSB

Rette sich, wer kann! Alles auf eigene Kosten

werden muss, ist die Forderung nach deutlicher Arbeitszeitverkürzung, wie die Delegierten unseres Gewerkschaftstages es vor wenigen Wochen noch einmal bekräftigt haben (siehe Seite 13), kein Wolkenkuckucksheim, sondern realisierbar, wenn man es denn wollte.

Dabei sollten wir lautstark darauf verweisen, dass unsere Arbeit im Vergleich zu den Tätigkeiten anderer Professionen, deren gesellschaftlicher Wert gegen Null geht oder sich direkt negativ auf den Fortbestand der Menschheit auswirkt, noch die Chance bietet, die Welt zu retten! Beste Voraussetzung also, wie es im SPD-Wahlkampf hieß: „Respekt für unsere Arbeit!“ einzufordern. Sollte jemand uns also mit dem Vorwurf kommen, Lehrer_innen würden immer nur jammern, wäre der Bezug auf den Bildungsauftrag die geeignete Reaktion, um dieser Art von Kritik die Stirn zu bieten.

Wenn das Bild der ‚unsichtbaren Hand‘ weiter in unseren Köpfen geistert, dann darf die Phantasie diese auch zu einer Faust ballen. Beste Voraussetzung, um für eine Welt zu kämpfen, in der der Mensch seine Tätigkeit in den Dienst einer auf Humanität ausgerichteten Gesellschaft stellt und dabei sich selbst nicht vergisst. Dass dies eben nur möglich ist, wenn er nicht im Alltagsgeschäft droht unterzugehen, sollte uns beflügeln im Kampf um Entlastung.

Es ist nicht nur unser Job, sondern unsere Aufgabe und letztendlich gar Pflicht vor dem Hintergrund des Gesagten, unsere Forderung nach „Nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse“ selbstbewusst auf die Straße zu bringen, um die Öffentlichkeit von unseren Argumenten zu überzeugen und damit die Politik unter Handlungszwang zu setzen.

JOACHIM GEFFERS

HAMBURGISCHES SCHULGESETZ (HMBSG)

Vom 16. April 1997 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 11. Mai 2021 (HmbGVBl. S. 3)

§ 2
Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule

(1) Unterricht und Erziehung richten sich an den Werten des Grundgesetzes und der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg aus. Es ist Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken,

> ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und Solidarität sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen,

> an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten,

> das eigene körperliche und seelische Wohlbefinden ebenso wie das der Mitmenschen wahren zu können und

> Mitverantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt zu übernehmen.

(…)

Na, dann mal los! Und das alles im Galopp.

„Der ganz normale Wahnsinn“

Warum der Lehrer_innenberuf so belastend ist – die Redaktion fragte vor den Herbstferien, Kolleg_innen antworteten

Liebe Leute,

kurz bevor ihr in die – wie immer – rettenden Ferien verschwindet, eine Bitte an euch: Schreibt auf, warum der Lehrer_innenjob so wahnsinnig belastend ist!

Aus meiner aktiven Zeit weiß ich, wie schwierig bis unmöglich es ist, Menschen, die das „Lehrer_innengeschäft“ nicht aus eigener Erfahrung kennen bzw. selbst nicht erlebt haben, die Gründe plausibel zu erklären. Thomas Gottschalk, so erinnere ich einen meiner hilflosen Versuche, stehe alle sechs Wochen für fünf Stunden auf der Bühne. Wir machen das jeden Tag!

Da gibt es sicherlich noch bessere Ideen – lasst euch was einfallen! Gerne auch anekdotenhaft. Arbeitstitel: Der ganz normale Wahnsinn. Jede Textart ist willkommen! Fotos oder Skizzen kommen auch gut, kann auch‘n Gedicht sein. Was immer euch dazu einfällt.

Den Hintergrund kennt ihr. Nachdem wir die einheitliche Lehrer_innenbesoldung E13/A13Z durchsetzen konnten, steht nun endlich das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz wieder ganz oben auf der Agenda. Der Schlüssel hierzu ist die Reduzierung der Arbeitszeit. Auf unserem kürzlich abgehaltenen Gewerkschaftstag haben eure Delegierten noch einmal die zentrale Forderung, die wir bereits 2013 gestellt hatten, bestätigt: Nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse! Ob das nun mit oder ohne Faktoren runtergerechnet wird, soll nicht primär unser Geschäft sein. Fakt ist, und daran arbeite ich für einen Artikel in der kommenden Ausgabe der hlz, dass es im Gegensatz zu vielen anderen Bereichen in der Gesellschaft seit Ende des 19. Jahrhunderts (!), auch wenn die Klassen kleiner geworden sind, keine nennenswerte Arbeitszeitreduzierung gegeben hat.

Also swingt und surft, damit ihr Kraft sammelt. Vielleicht bleibt dann noch ein bisschen Zeit, den Griffel zu schwingen.

Schöne Ferien wünscht euch im Auftrag der Redaktion

JOACHIM ALIAS JOCHEN

PS: Wie immer können Beiträge von euch – je nach Wunsch – mit Klarnamen oder Pseudonym versehen werden.

... Fahrradkette

• Wenn du Schüler_innen individuell begleiten und fördern möchtest und feststellst, dass du 150 Schüler_innen unterrichtest.

• Wenn du neue Ideen für den Unterricht, für Projekte und Konzepte hast und nach 6-8 Stunden Unterricht völlig fertig bist.

• Wenn du Jugendlichen Medienkompetenzen vermitteln willst und es nur einen Computerraum gibt, der schlecht ausgestattet ist.

• Wenn du Unterricht vorbereiten möchtest und erstmal einen Berg an Papierkram für die Behörde erledigen musst.

• Wenn Kinder im Sitzkreis etwas erzählen möchten und du sie durch Maske und laut surrende Luftfilter nicht verstehen kannst.

• Wenn das Schuljahr beginnt und du vor lauter Orga- und Papierkram kaum Zeit für pädagogisches Arbeiten mit den Schüler_innen hast.

• Wenn du endlich mal wieder etwas Erholung im Feierabend oder am Wochenende brauchst und drei Stapel Klausuren auf deinem Schreibtisch liegen.

• Wenn du dich für Bildungsgerechtigkeit einsetzt und die Kinder je nach sozialer Herkunft der Eltern unterschiedlich gutes Material und Förderung bekommen, was eigentlich von den Schulen gestellt werden könnte.

• Wenn du versuchst Nachhaltigkeit zu vermitteln und deine Schule keine Mülltrennung hat.

• Wenn du Jugendlichen was von Klima und gesunder Ernährung erzählst und es in der Mensa Billigfleisch gibt.

• Wenn du dir Zeit wünschst für Gespräche mit Schüler_innen und kollegialen Austausch und du zwischen und nach den Unterrichtsstunden keine Kapazitäten hast.

• Wenn Schüle_innen, Eltern, Kolleg_innen, die Gesellschaft und du selbst hohe Erwartungen an dich haben und du viel zu wenig Zeit hast, um ihnen gerecht werden zu können.

ANNIKA UTERMÖHLEN

* * *

Gar nicht lustig oder doch?

• Ein Tipp aus der Teilzeit-Ecke (nicht zur Veröffentlichung, aber für die GEW) zum Thema Arbeitszeit:

Die unteilbaren Aufgaben überdenken / ansprechen. Beispiel: Ich arbeite angestellt in 20 Prozent Teilzeit aus familiären Gründen, habe aber als

unteilbare Aufgaben 30 Fortbildungsstunden jährlich – genau wie Vollzeitkräfte – und dieselbe Konferenzverpflichtung – genau wie Vollzeitkräfte. An letzterem lässt sich vielleicht nicht rütteln. Mein Vorschlag daher: die unteilbaren Fortbildungsstunden ins Verhältnis zur Teilzeit setzen, das wären dann bei mir 6 Fobi-Stunden pro Schuljahr.

Das wäre schon super gegenüber den jetzt 30 Stunden à 60min.

• Zur Frage, warum der Lehrerjob so anstrengend ist, eine Anekdote aus meiner Zeit als Vollzeitkraft, ca. 2010 an einer Hamburger weiterführenden Privatschule: Ein jugendlicher Schüler kam in einer Pause auf eine Kollegin zu und meinte zu ihr: „Wussten Sie eigentlich, dass der Lehrerjob dasselbe Stresslevel hat wie die Rennfahrer?“ Er war ganz stolz – hatte die Info irgendwo im Internet oder in den Nachrichten aufgeschnappt.

Keine Frage – endlich mal Empathie!!

JANINE WULF*

Digi first
Eduport
LMS Moodle
Big Blue Button
Web Untis
Divis
Schulhomepage
Dienstmails
Smartboard
Beamer
USB-Stick
Endgerät vom digitalen Schulpakt
Computer (zu Hause)
Smartfone

Ganz normales Personal

Die Klassen- oder Fachgruppengröße (z.B. zweite Fremdsprache) in den Jahrgängen 5, 6 und 7 liegt nach wie vor bei über 25 Kindern.

Die unzureichende Ausstattung mit Personal – mit Menschen und nicht digitalen Instrumenten oder Apparaten – erschwert ein angemessenes pädagogisches Arbeiten. Angesichts von vielen Schüler_innen mit Lernschwierigkeiten und einem wachsenden Bedarf an emotionaler Unterstützung brauchen wir kleine Lerngruppen und mehr Sonderpädagog_innen (auch an Gymnasien), Sozialarbeitenden, Beratungslehrer_innen und Fachlehrer_innen.

BÄRBEL FÜNFSINN
Hamburger Gymnasium

* * *

Es geht um Menschen, nicht um Computer

Das Arbeitszeitmodell hatte bei der Einführung bereits eine primär theoretische Berücksichtigung der tatsächlich anfallenden Arbeitszeiten und wurde unter der Maxime der sog „Auskömmlichkeit“ eingeführt.

Nur als ein Beispiel dazu weise ich auf die bei der Einführung des Modells ca. 12 Minuten Korrekturzeiten pro Klausur hin. Ein_e Gymnasiallehrer_in hat je nach Fächer- und Klassenkombination 200 bis 300 Schüler_innen, dazu kommt, dass je nach Fach 1 bis 3 schriftliche Arbeiten je Schüler_in und Halbjahr geschrieben werden, für Oberstufenklausuren bedeutet das mindestens bis zu 60 Minuten Korrekturzeit je Klausur, vorausgesetzt, dass man ausgeruht an die Arbeit geht, was mit Unterrichts-Stundenbelastungen von bis zu 29 Unterrichtswochenstunden nicht zu erwarten ist.

Norbert Rosenboom vertrat das „Lehrer-Arbeitszeit-Modell“ und gab zunächst an, dass keine Lehrer_innenstellen eingespart worden seien, was er zwei Jahre später korrigierte.

Lehrer_innen an Gesamtschulen hatten vor der Einführung des Arbeitszeitmodells 26 Unterrichtsstunden pro Woche zu absolvieren, Lehrer_innen an Gymnasien lagen bei 24 Unterrichtsstunden. Man muss nicht Mathematik studieren, um die Differenz zu erkennen, selbst mit einer 45,67 Stundenwoche für jeden Lehrer/jede Lehrerin gibt es alleine durch die anfallenden Korrekturzeiten viele Wochen unbezahlter Überstunden.

Die inzwischen zusätzlich anfallenden Aufgaben wurden wiederholt aufgezeigt, zum Beispiel „Ganztagsbeschulungen“, Inklusion, Individualisierung, Umsetzung von modernen Unterrichtseinheiten mit Moodle (etc.), nicht angemessen auf unsere Anforderungen ausge-

Foto: iStoc

TIPP

https://www.youtube.com/watch?v=kNViCt1Ihk8&t=40s
Anna Katharina Schnells Antwort auf unsere Frage: Ich finde mich in dem Video sehr gut wieder.

stattete Verwaltungssoftware (Divis, Web-Untis, Untis) wie auch aktuell anfallende zusätzliche Lern- und Betreuungszeiten in der Corona-Situation bringen ein ungenügend ausgestattetes Lehrer_innenkontingent an den „Rand“ des theoretisch Leistbaren. Dass die Gesundheit der Kollegen_innen bedroht ist, Lernfortschritte für Schüler_innen nicht optimiert werden können etc. kommt hinzu, da helfen auch keine weiteren „Honorarverträge“.

Da wir mit Menschen arbeiten, kann eine standardisierte Bearbeitung kaum ernsthaft den „individualisierten“ Anforderungen gerecht werden, dazu braucht es eigentlich keine weiteren Ausführungen, sodass insgesamt sehr deutlich sein dürfte, weshalb der „Beruf“ mehr als anspruchsvoll ist, doch ausschlaggebend für mich ist, wenn Bildung einen ernsthaften Stellenwert in unserer Gesellschaft haben soll, dann sind die seit Jahren angekündigten und aktuell aufgezeigten „Nachbesserungen“ dringend erforderlich.

KARSTEN KOHL

* * *

…so hat es doch Methode

Die neue 5. Klasse ist der helle Wahnsinn: von syrischen Kindern, die nicht alphabetisiert sind, über 3-6 Systemsprenger in der Klasse, die volle Aufmerksamkeit fordern, eine Handvoll Kinder mit Handicap, bis zu den ruhigen klugen Kindern, die auch gern etwas lernen würden – und das tagtäglich, viele Jahre lang .... eine Gemeinschaft formen, Beziehungen aufbauen, Lernen ermöglichen, gelassen bleiben, Spaß haben.

BARBARA SCHRADER

* * *

Verhaltensgestört – wer?

Bevor ich damals zu REBUS wechselte, war ich Klassenlehrerin in der Schule für Verhaltensgestörte (sorry, hieß leider so). Ich liebte meinen Beruf! Nachmittags musste ich erstmal schlafen, weil ich vom Vormittag fertig war:

- frühes Aufstehen um 5.45 Uhr, 7.20 Uhr in der Schule, um erste Konflikte zu klären und individuelle Arbeitsblätter zu kopieren
- immer 100 Prozent präsent sein, um auf Störungen adäquat zu reagieren und sie im Anfang abzuwenden
- jeden Tag in den Pausen Aufsicht, Konflikte lösen, Schüler_innen trösten, Pflaster aufkleben, mit Ämtern telefonieren, usw.
- nach Schulschluss mit Eltern reden und Kolleg_innen koordinieren
- am Nachmittag manchmal Konferenzen, Fortbildungen, Beratungen mit dem ASD, Kinderschutzzentrum usw.
- gegen Abend weiter mit Eltern telefonieren, individualisierten Unterricht vorbereiten, Berichte schreiben usw., manchmal bis nachts um elf
- am Wochenende und in den Ferien Unterrichtseinheiten vorbereiten und Material besorgen, Gutachten schreiben usw.

Als die Schule geschlossen

wurde, war ich einerseits traurig und andererseits erleichtert, dass die Kinder nicht mehr ausgesondert wurden.

Die REBUS-Arbeitszeit von 42,75 Std. in der Woche, ohne Mittagsschlaf, fand ich zunächst garstig, bis ich gleich in der ersten Woche merkte, dass ich später aufstehen und erstmal locker ins Büro fahren konnte, ohne gleich x Schüler_innen um mich zu haben. Nur noch Arbeit mit einzelnen Schüler_innen. Das war keine sonderpädagogische Kunst mehr, sondern nur noch das Anwenden von erlernten pädagogisch-psychologischen Methoden. Sehr erholsam, also kein Mittagsschlaf mehr nötig.

Und dann erst die Abende und Wochenenden! Pure freie Zeit! Der reine Luxus! Zunächst wusste ich nichts mit meiner Freizeit anzufangen. Spätnachmittags, wenn ich nach Hause fuhr, war ich glücklich und erstaunt bei dem Gedanken: „Der Rest des Tages gehört jetzt einfach mir! Ich kann damit machen, was ich will!“ Die 10 Ferienarbeitstage waren dabei Peanuts.

Als Klassenlehrerin hatte ich also weit mehr als die 42,57 Stunden in der Woche gearbeitet – 50 bestimmt, in Spitzenzeiten eher an die 60. In qualifizierten Berufen geht das MANCHMAL nicht anders, aber als Dauerzustand ist das (Selbst-)Ausbeutung!

Wenn ich bedenke, dass Lehrer_innen seit 2000 „unsere“ Kinder mit unterrichten müssen, tut mir das sehr leid. Verhaltenskreative Kinder können den ganzen Klassenunterricht zerstören.

Zusätzlich sollen sich Lehrer_innen noch mit zahlreichen weiteren Themen auskennen. Vor meiner Lehrerinnentätigkeit hatte ich in einer Beratungsstelle zu sexuellem Missbrauch gearbeitet und war dort zuständig für die Präventionsarbeit – auch an Schulen. Natürlich hatten wir uns gewünscht, dass sich Lehrer_innen auch mit diesem Thema auskennen. Allerdings hatte ich meine damaligen Kolleg_innen immer daran erinnert, dass sich das Schulpersonal um viele andere zusätzliche Probleme kümmern muss.

Jetzt noch der zusätzliche Hammer mit Corona! Findet Unterricht im Klassenverband statt, im halben, online?! Ad-hoc-Vorbereitungen weil mal wieder nix geplant ist! Das alles ist einfach zu viel für euch Kolleg_innen vor Ort!!!

* * *

Eine Anekdote zum Schluss:

Damals in der Kanzlerstraße brachte ein Kollege mal einen befreundeten Manager mit, der sich beruflich zu einem weniger stressigen Job umorientieren wollte. Er hielt keine Woche durch. Ich weiß nicht mehr genau, ob er schon am ersten Tag das Handtuch schmiss. Manager zu sein, erschien ihm dann doch weit weniger anstrengend.

SUSANNE ENGEL

Die Redaktion bedankt sich für die Zuschriften und würde sich freuen, wenn noch mehr Kolleg_innen sich aufgerufen fühlen, etwas zum „alltäglichen Wahnsinn“ zu schreiben. Das Thema bleibt uns wohl leider noch lange erhalten, es sei denn, wir…!

_____

**Pseudonym, der Klarname ist der Redaktion bekannt*

Universität Bremen

LEUPHANA UNIVERSITÄT LÜNEBURG

Liebe Deutschlehrkräfte,

mit unserem Projekt **WiDiSch: Wissenschaft – Didaktik – Schule** möchten wir Fortbildungswege und -möglichkeiten für Sie als Deutschlehrkräfte verbessern. Dafür brauchen wir Ihre Hilfe. Wir wollen wissen, welche formellen und informellen Fortbildungsmöglichkeiten Sie als Lehrkräfte präferieren und in welchem Umfang Sie diese nutzen. Nehmen Sie an unserer 15-minütigen Fragebogenerhebung teil, damit fachdidaktische Angebote in Zukunft besser auf Ihre Bedürfnisse und den schulischen Unterrichtsalltag abgestimmt werden können:

www.widisch.de oder

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

LEHRERARBEITSZEITVERORDNUNG (LAZVO)

Kein Picasso, aber…

Ist dies schon Wahnsinn, hat es doch Methode

Auf dem Papier arbeiten ja Lehrer_innen in Hamburg bei einer vollen Stelle 46,57 Stunden die Woche. Darauf ist man gekommen, weil die Schulferien länger sind als der Urlaubsanspruch im Öffentlichen Dienst. Die Differenz zu den festgelegten Stunden, die Beamt_innen zu leisten haben, muss also während der Nichtferienzeit erbracht werden.

Auch wenn ich dies nie nachgerechnet habe – das wird schon stimmen, rechnerisch. Inhaltlich kräuselt sich dabei nicht nur die Stirn, sondern dreht sich der Magen. Wie kann man damit fertig werden, wenn man doch von selber Stelle, die dies entschieden hat, als Lehrer_in einen Bildungsauftrag bekommen hat, der den Menschen als Ganzes, also in seiner Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Zwängen und – wie wir es zurzeit besonders zu spüren bekommen – seiner Eingebundenheit in die Kreisläufe der Natur sehen soll? Das bedeutet doch, ihn mit allen seinen Fähigkeiten, nicht nur dem Verstand, sondern auch seinem Gefühl wahrzunehmen und neben all jenen kognitiven Fähigkeiten, die notwendig sind, um in der Welt bestehen zu können, auch seine künstlerische Ausdrucksfähigkeit zu fördern.

Wenn man also diesen Bildungsauftrag ernst nimmt, dann ist die Arbeit mehr als ein Job. Diesen Auftrag aber in 46,57 Stunden einlösen zu sollen, zeigt die Absurdität des ganzen Ansatzes der Arbeitszeitberechnung, wie sie mit der jetzt geltenden Arbeitszeitverordnung (AZVO) implementiert wurde.

Wie kann man eigentlich darauf kommen, dass die Herausforderungen der pädagogischen Arbeit, die eben genau darin bestehen, den ganzen Menschen, das ganze Kind oder den Jugendlichen in den Blick zu nehmen, gemäß der Vorgabe nach 9 Stunden und 20 Minuten am Tag aufhört? Die psychisch-mentale Herausforderung besteht doch gerade darin, einen Weg zu finden, wie man das, was einen nach der Begegnung mit den Schüler_innen weiter beschäftigt, verarbeitet. Hieraus etwas für den Schüler oder die Schülerin Dienendes zu gewinnen, kann aber nur gelingen, wenn hierzu noch Platz im Kopf vorhanden ist. Der aber ist nicht vorhanden, wenn aufgrund der Aufgabenfülle der Gedanke, wie man überhaupt alles schaffen soll, alles andere überdeckt.

Deshalb steht die Forderung nach Senkung der Unterrichtsverpflichtung an erster Stelle, weil an ihr alles hängt: Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Konferenzen, die Eltern- und Verwaltungsarbeit u.v.a.m., aber vor allem die psychisch-mentale Belastung im Unterricht selbst und eben das beschriebene Danach.

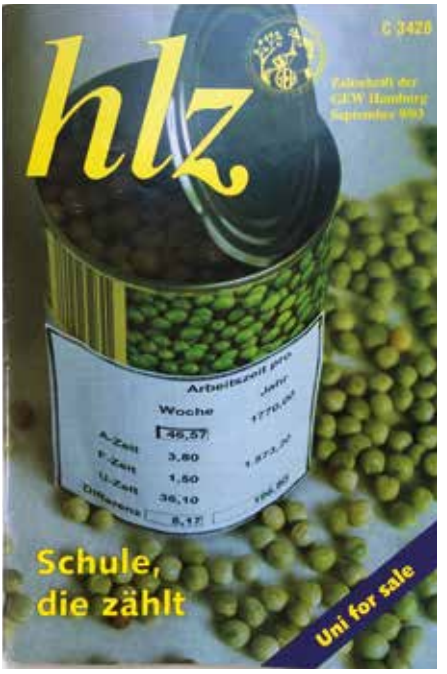
Fotos: Stefan Gierlich

Von Anbeginn sind wir auf die Straße gegangen (2003)

Wir wissen, dass auch die Sprache nicht neutral daherkommt. Die vielgerühmte ‚Faktorisierung', um mehr Gerechtigkeit – bezogen auf den vermeintlich unterschiedlichen Aufwand zwischen den zu unterrichtenden Fächern – herzustellen, stammt ja aus der Mathematik. Es soll also der Eindruck erweckt werden, dass hier exakt gemessen wird. Wenn die geistigen Väter und Mütter des Arbeitszeitmodells sich dieses Begriffs bedienen, um die

Arbeit von Pädagog_innen zu quantifizieren, wird der Begriff ‚Faktor' ein Wort aus der Sprache von Technokrat_innen. Das Fach, das man als Studierende_r vielleicht einmal aus Leidenschaft gewählt hat und für das man im besten Fall immer noch brennt, bekommt in der Schule einen Faktor zugewiesen. Eine Wertigkeit, die sagt, dass du im Vergleich zu anderen mehr der weniger Stunden vor der Klasse stehen sollst. Dabei weiß jede_r, der oder die die Praxis kennt, dass der jeweilige faktische Arbeitsaufwand vielmehr vom Lehrer_innentyp abhängt als vom Fach und im Übrigen noch gar nichts über die Qualität des Unterrichts aussagt. Nicht im Entferntesten käme jemand auf die Idee zu fragen, ob Picasso denn wirklich 23,5 Stunden an der Staffelei gearbeitet hat. Und auch, wenn es vermessen scheint, diesen Vergleich überhaupt nur anzudenken, ist beim zweiten Gedanken vielleicht doch eine Parallele zur Arbeit des Pädagogen/der Pädagogin zu erkennen. In beiden Fällen geht es um nichts Schematisches, sondern um einen höchst individuellen Akt der Entäußerung. (s. hierzu auch S. 63: Aus dem Gesamtkunstwerk…)

Die Faktorisierung wird nur noch getoppt von der zynisch zu nennenden Argumentation der BSB: Wenn die Lehrkraft das Gefühl hat, angesichts der zu bewältigenden Aufgaben nicht ausreichend Zeit zu haben, dann sei sie wohl nicht in der Lage, die Dinge adäquat arbeitsökonomisch anzugehen. Ein neuer Begriff wurde gar etabliert: Auskömmlichkeit heißt das Zauberwort! Wenn so etwas aus dem Munde eines Finanzministers käme, könnte man es noch nachvollziehen, wenn dagegen – wie geschehen – Verantwortliche aus der Bildungsbehörde sich dieses Begriffs bedienen, lässt einen das eher staunen.



Vielleicht ist es ja kein Zufall, dass sich dieses buchhalterische Modell der minutengenauen Abrechnung gerade in Hamburg – und bislang ja nur hier – durchgesetzt hat. Auf jeden Fall passt das Zählen, Messen, Wiegen zu einer Stadt, in der die Pfeffersäcke schon immer großen Einfluss hatten, um nicht zu sagen: die Richtlinien der Politik bestimmt haben und immer noch bestimmen. Bloß handelt es sich bei der Aufgabe, die Pädagog_innen zu erfüllen haben, nicht um eine Dienstleistung ähnlich einer Ware. Es gibt keine Erbsen, um das viel zitierte Bild zu nutzen, die man zählen könnte. Folglich muss man diese Art von Arbeitszeitregelung als Fehlgriff der Politik ansehen, der im Übrigen nicht zufällig auf dem Höhepunkt neo-liberaler Heilsversprechen seine Geburt erlebte. Wenn man das, was man als Bildungsauftrag den Pädagog_innen als Verpflichtung auferlegt hat, nicht nur als Inhalt für Sonntagsreden ansieht, ist es Zeit, dass sich die politisch Verantwortlichen eingestehen, dass diese Art der Arbeitszeitberechnung einer Umkehr bedarf.

JOACHIM GEFFERS

Und genauso kam es - Demonstrierende 2003 gegen das AZM

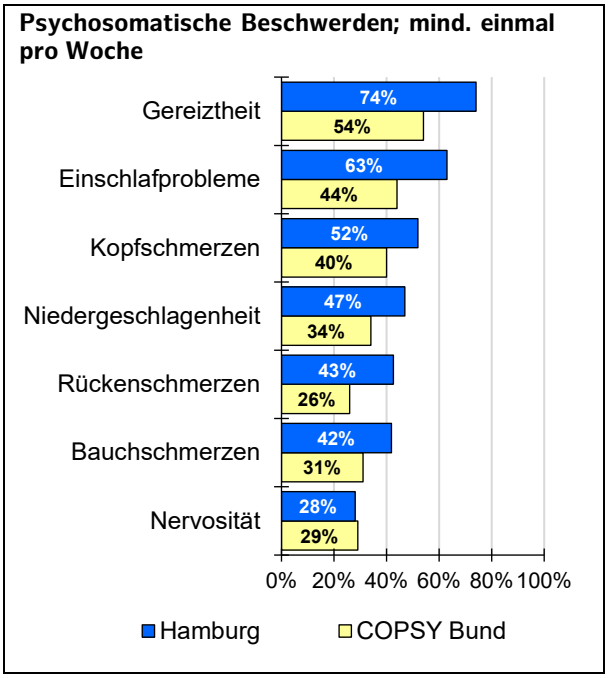
Aus schlecht wird schlechter

Zwei Drittel der Schüler_innen empfanden Corona als belastend

Im Frühsommer 2020 wurden im Auftrag der Sozialbehörde über 1.000 Hamburger Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 11 und 17 Jahren online befragt. Die Studie betrachtet die psychosoziale Situation der Befragten unter den pandemiebedingten Alltagsveränderungen. Die Befragung wurde in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Hamburg durchgeführt. Insgesamt empfanden fast zwei Drittel der Befragten die Zeit während der Pandemie als belastend.

Jeder vierte Befragte war zum Teil sehr besorgt, dass sich Freunde oder Familie mit dem Coronavirus infizieren könnten. Fast drei Viertel gaben Belastungen im Bereich „Freunde“ an, knapp zwei Drittel im Bereich „Schule“, fast die Hälfte im Bereich „Familie“ und ein Drittel ausdrücklich im Bereich „Corona-Pandemie“. Jede/r zehnte Befragte fühlte sich sogar in allen vier berücksichtigten Bereichen beeinträchtigt. Mehrfachbelastungen betrafen häufiger Mädchen sowie Kinder und Jugendliche aus bildungsferneren Haushalten.

Mehrfach belastete Kinder und Jugendliche zeigten im Vergleich zu allen anderen deutlich häufiger gesundheitliche Einschränkungen. Im Einzelnen war es bei Vorliegen von Belastungen in allen vier Bereichen deutlich häufiger, dass der Gesundheitszustand als weniger gut/schlecht angegeben wurde, die Lebensqualität gemindert war, psychosomatische Beschwerden relativ häufig auftraten, depressive Symptome und/oder Anzeichen für eine Angststörung mehr als doppelt so häufig vorhanden waren. Gleichzeitig verfügten die mehrfach Belasteten seltener über ausreichende Ressourcen zur Bewältigung der alltäglichen Herausforderungen in der Zeit der Pandemie.



Quelle: Psychosoziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Hrsg. Sozialbehörde Hamburg (BASFI) 2021

Bildungssenator Ties Rabe: „Der Bericht bestätigt wie viele andere Berichte noch einmal die große Bedeutung der Schule im Leben der Kinder und Jugendlichen. Gerade deshalb haben sich die Kultusminister sehr entschieden und leider gegen große Widerstände für offene Schulen und gegen Schulschließungen eingesetzt. Ich hoffe, dass dieser Bericht einmal mehr die Augen öffnet für die Belange der Kinder und Jugendlichen.“

Um Kinder und Jugendliche auf dem Weg zurück in ein unbeschwertes Aufwachsen zu begleiten und beim Aufholen von Lernrückständen zu unterstützen, haben Bund und Länder ein Förderprogramm in Höhe von zwei Milliarden Euro vereinbart, rund 52 Millionen Euro davon gehen nach Hamburg. Dabei geht es nicht nur darum, versäumten Lernstoff nachzuholen, sondern es geht auch um das soziales Leben – um zusätzliche Sport-, Freizeit- und Ferienaktivitäten sowie Unterstützung für Kinder und Jugendliche im Alltag. Geplant ist in Hamburg etwa der Ausbau der Beratungsangebote an den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) sowie der Ausbau der Beratungsangebote insbesondere an Gymnasien, zudem werden weitere temporäre Lerngruppen für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Förderbedarfen eingerichtet und die Schulbegleitung bei psychosozialen Krisen ausgebaut.

Aus: NEWSLETTER BSB v. 1.10.2021

Die Offene Liste
in Kooperation mit GEW
im Betriebsrat der *elbkinder*-Vereinigung + EKSG

Alle ziehen an einem Strang

GBS! Die qualitativen Standards der Elbkinder – oder: Auch wir trinken Wasser und bemalen Steine

Klar, die Kinderzahlen in den GBS Standorten steigen, aber ist das schon der Beweis für qualitative Pädagogik? Nein, so ist es nicht!

Die Eltern dieser Stadt sind aufgrund vielfältiger Probleme oft gezwungen, sich und ihre Kinder dem Takt der Wirtschaft anzupassen und oft reicht ein einzelnes Einkommen nicht aus, die Versorgung der Familie sicherzustellen. Bei Alleinerziehenden reicht das Einkommen meist erst recht nicht.

Aber selbst, wenn die Versorgung sichergestellt ist, würde das zuhause versorgte Schulkind bis ca. 16:30 Uhr keine Freundinnen treffen können, da diese die ganztägige Betreuung und Bildung in der Schule erfahren. Eltern bleibt schlicht nichts Anderes übrig, als ihre Kinder anzumelden. Das ist ein Grund, warum die Zahl der Kinder an den Standorten steigt.

Liebe Kolleginnen – und da kommen wir ins Spiel

Wir takten die Kinder von der Übergabe an durch die Schule: zum Mittagessen, der Lernzeit, den Kursen und den verschiedenen Abholzeiten, der häufig von den Eltern gespendeten Schmausepause und kümmern uns in den unterschiedlichsten Situationen um die uns anvertrauten Kinder.

Das tun wir inklusiv ohne zusätzliches qualifiziertes Personal ebenso für die Kinder der Internationalen Vorbereitungsklassen mit ihren zum Teil traumatisierenden Erfahrungen.

So gilt das Versprechen auf Bildung und gleiche Bildungschancen für immer weniger Kinder. Meist haben deren Eltern schon einen akademischen Hintergrund oder sind aufgrund ihrer Berufe in der Lage, ihre Kinder zu unterstützen.

Die Situation der Erzieher_innen

- Auch wir leben in dieser Stadt hoher Mieten und geringer Einkommen in sozialen Berufen.
- Wir sollen mit 20 Stunden Arbeitszeit unsere Mieten zahlen, uns damit abfinden, geringe Einkommen zu haben, lernen zu verzichten und freudig unserer Altersarmut entgegensehen.
- Nicht jede Erzieherin ist mit dem Chefarzt verheiratet oder macht den Beruf als Nebentätigkeit, weil die Hobbys fehlen.
- Wir GBS Erzieher_innen sind die Expert_innen für das soziale Lernen an den Schulen oder die Vorschularbeit in den Kitas.

Stundenerhöhungen jetzt

Wir brauchen eine **Stundenerhöhung auf mindestens 32 Stunden,** damit wir in den Schulen Kleingruppenarbeit und / oder am Nachmittag Projektarbeit wie Stadtteilexkursionen, Eltern-Kind Projekte u.ä. durchführen können.

- Wenn die Stadt den Fachkräftemangel im Erziehungsbereich beheben will, muss sie auch in der GBS attraktive Arbeitsplätze anbieten.
- Schon jetzt verlassen Kolleginnen die GBS und die Stellen können nicht nachbesetzt werden.
- Hamburg wird mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein um diese Fachkräfte für die Versorgung im Ganztag ringen müssen.

DOL Ansprechpartner_innen

Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Holger Timmermann – Betriebsrat	040 / 42109 – 187	h.timmermann-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

Längst überfällig

Aufwertung des Berufsfeldes Sozial- und Erziehungsdienst 2.0 – jetzt!

Die letzte Auseinandersetzung mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände über die Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst fand bundesweit nach wochenlangen Arbeitsniederlegungen, nach Abweisung eines Schlichterspruchs und nach erneuter Streikandrohung in der neunten Verhandlungsrunde am 30.09.2015 in Hannover statt.

Danach galt es, die Ergebnisse auf die Hamburger Tarifvertragssituation zu übertragen, was im November 2015 gelang. Die GEW-Tarifverantwortlichen bedankten sich bei der Hamburger Verhandlungsführerin Hilke Stein von ver.di für die erreichte Einigung mit dem Hamburger Arbeitgeberverband AV-H und informierten die Öffentlichkeit (s. Kasten S. 29).

Nach Abschluss der bundesweiten Auseinandersetzungen wurden die Hamburger GEW-Mitglieder auf einer Streikveranstaltung umfassend informiert und zum weiteren Vorgehen befragt.

Ausschnitt aus dem Vortrag „Darstellung des bundesweiten Abschlusses im Vergleich zur Hamburger Situation“:

Der Abschluss 2015 blieb hinter der Forderung zurück. Wir haben dann innergewerkschaftlich das damalige Ergebnis nur als ersten Schritt einer gelungenen Aufwertung der Sozial- und Erzieher_innenberufe eingeordnet und mit Blick auf das Ende der Vertragslaufzeit des SuE-Tarifteils im September 2020 Überlegungen angestellt, wie der nicht erreichte Teil der Aufwertung dann nach fünf Jahren Laufzeit einzufordern sei.

Die mittlerweile eingeführte Stufe 6 bleibt allerdings auch hinter unseren Erwartungen zurück, da sie in Hamburg einen deutlich geringeren Wert ausweist als in allen anderen Bundesländern. Die Angleichung an die anderen Bundesländer muss mit in den Forderungskatalog aufgenommen werden. S17 muss bei entsprechender Kinderzahl für stellvertretende Leitungen erreichbar sein, alle anderen in 2015 formulierten Forderungen, haben an ihrer Aktualität nichts eingebüßt.

Die Gewerkschaften haben sich darauf verständigt, den Tarifteil SuE coronabedingt erst in 2021 zu kündigen. Im November wird ein Delegiertentreffen aus allen Bundesländern die Forderungen zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes abschließend formulieren und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände überreichen. Damit werden die Verhandlungen eröffnet. Wir werden uns auf sehr unwillige Arbeitgeberverbandsvertreter_innen einstellen müssen und bereiten uns auf eine heftige Auseinandersetzung vor, die mutmaßlich im Frühjahr 2022 von uns allen Einiges abverlangen wird. Wir halten euch auf dem Laufenden.

JENS KASTNER,
Sprecher der Fachgruppe Kinder- und Jugendhilfe, LV Hamburg

Streiks in Kitas abgewendet – Tarifabschluss erreicht

Pressemitteilung vom 6. November 2015

Die Hamburger GEW, Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, bedankt sich bei der Hamburger Ver.di-Tarifverhandlungsführerin Hilke Stein für die erfolgreiche Verhandlung. Das bundesweite Tarifergebnis auf die Hamburger Besonderheiten so zu übertragen, war kein Selbstgänger.

Endlich gibt es für die Erzieherinnen und Erzieher auch eine sechste Erfahrungsstufe. Zwar liegen die Beträge der Stufe 5 und Stufe 6 noch unter dem bundesweiten Ergebnis dieser Entgeltgruppe, aber die Besonderheit, dass Hamburger ErzieherInnen nicht in Normaltätigkeit und schwierige Tätigkeit unterschieden werden, konnte bestehen bleiben. Alle Hamburger ErzieherInnen, für die dieser Tarifvertrag gilt, werden nach der höherwertigen Tätigkeit bezahlt.

Alle Berufsgruppen im Sozial- und Erziehungsbereich werden eine Höherbezahlung erhalten. Zwar ist das Ziel der Aufwertung des gesamten Berufsfelds nicht erreicht worden, aber die gesellschaftliche Anerkennung dieser verantwortungsvollen Arbeit hat stattgefunden und es sind Verbesserungen in der Bezahlung erreicht worden.“

KORREKTUR

„Lerne leiden ohne zu klagen“ aus HLZ 9-10/21, S. 24/25

Der Vorspann enthält einen erkennbaren Fehler: Falsch ist, dass sich bei der Berechnung des Personalschlüssels in Kitas nichts tat. Richtig muss es heißen: Es tat sich viel zu wenig. Die marginalen Erhöhungen sind auch aus den abgebildeten Tabellen abzulesen.

Unbedingt korrigiert werden muss auch die Aussage im vorletzten Absatz: Der von der GEW geforderte Personalschlüssel im Krippenbereich lautet 1:3 und nicht 1:4. Für den Elementarbereich ist er mit 1:7,5 korrekt wiedergegeben.

Letzteres hatte die Redaktion nach einer Nachmeldung des Autors versehentlich nicht mehr korrigiert. Wir entschuldigen uns dafür.

DIE REDAKTION

... für ein besseres €go

Zusammenfassung

Alle bekommen mehr Geld, aber im Einzelnen:

SPAs u. KinderpflegerInnen = keine Aufwertung
ErzieherInnen = keine Aufwertung

stellv. Kitaleitungen = eingeschränkte Aufwertung
Kitaleitungen = eingeschränkte Aufwertung

Wie sähe Aufwertung in Hamburg aus?

alle Entgeltgruppen erhalten die 6. Erfahrungsstufe

SPAs u. KinderpflegerInnen = Höhergruppierung in S6

ErzieherInnen = Höhergruppierung in S10

stellv. Kitaleitungen = wie vorgesehen, aber unter Beibehaltung der zurückgelegten Stufenlaufzeit

Kitaleitungen = wie vorgesehen, aber unter Beibehaltung der zurückgelegten Stufenlaufzeit

Begründung dieser Forderung zur Aufwertung

alle Entgeltgruppen erhalten die 6. Erfahrungsstufe

SPAs u. KinderpflegerInnen = S6, weil diese KollegInnen häufig genug als Erstkräfte eingesetzt werden

ErzieherInnen = S10, da nur so die Nähe zur E 9 wieder hergestellt wird, die schon aus der Überleitung zum TVÖD vorhanden war und so die geleistete Bildungsarbeit honoriert.

stellv. Kitaleitungen = Umfang der Tätigkeit, nur mit Stufe 6

Kitaleitungen= Umfang d. Tätigkeit + d. Verantwortung, inkl. 6

Deshalb fordert die GEW die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe durch eine bessere Eingruppierung für jetzige und zukünftige Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst, die deutlich über die Empfehlung der Schlichtungskommission ausfallen muss!

Wir fordern die AV-H auf, den Gewerkschaften in Hamburg ein Angebot vorzulegen, dass die Forderung erfüllt.

Und den Hamburger Senat fordern wir auf, die dafür nötigen Gelder in das Kita-Gutscheinsystem und in die anderen Finanzierungsvereinbarungen, die mit den tarifgebundenen Trägern der Sozialen Arbeit existieren, einzustellen.

Ich stimme für diese Forderung und bin bereit sofort wieder in den Arbeitskampf zu treten, wenn kein befriedigendes Angebot seitens des Arbeitgeberverbands AV-H vorgelegt wird:

JA O Nein O Name: _____

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW

DIGITALE BILDUNG

Stillstand

Deutschland im internationalen Vergleich beim Online-Lernen nur noch auf Platz 18

Nach einer Studie der digitalen Lernplattform Preply (s. Kasten S. 31) steht Deutschland im Jahr 2021 beim E-Learning-Index nur noch auf Platz 18. Im Vorjahr reichte es noch für Platz 13 unter den 32 ausgewerteten Ländern. Das schlechtere Abschneiden sei darauf zurückzuführen, dass es kaum Investitionen in das Online-Lernen gebe. Deutschlands Fernstudium-Angebot habe sich sogar um 7 Prozent reduziert.

Gleichzeitig hätten sich andere Länder wie Großbritannien, Frankreich oder Brasilien kräftig verbessert: durch Aufstockung des Bildungshaushalts, Förderung von digitalen Infrastrukturen und Reform von Unterrichtsmodellen.

Für den in der Studie ermittelten E-Learning-Index wurden folgende Daten ausgewertet: Anteil der Gesamtbevölkerung mit privatem Zugang zu einem Computer, Angebote zum Fernstudium, Internetgeschwindigkeit, Anteil der Bildungsausgaben am BIP, Kosten der Internetnutzung sowie Marktvolumen und Stundenlohn beim Nachhilfeunterricht.

Bei Preply handelt es sich um eine 2013 in der Ukraine gegründete Lernplattform, die tausende Lernende und private Lehrkräfte digital zusammenbringt. Nach eigenen Angaben wurden bisher über 2 Mio Stunden Unterricht vermittelt.

MH

E-Learning-Index 2021

Rang 2021	Rang 2020	Land	Schüler/ Studierende	Internetgeschwindigkeit: Zuwachsrate	Hochschule im Fernstudium: Zuwachsrate	E-Learning Index 2021: Score
1	2	Dänemark	1,5 Mio.	+49 %	+107 %	100,0
2	12	USA	77,4 Mio.	+41 %	+13 %	83,1
3	15	Ungarn	1,8 Mio.	+48 %	+140 %	83,0
4	16	Großbritannien	15,3 Mio.	+39 %	+147 %	80,1
5	14	Frankreich	15,6 Mio.	+47 %	–39 %	71,4
6	6	Schweden	2,7 Mio.	+21 %	+90 %	64,4
7	19	Polen	7,5 Mio.	+41 %	+86 %	59,7
8	6	Niederlande	4,2 Mio.	+40 %	+63 %	62,6
9	1	Norwegen	1,4 Mio.	+30 %	+6 %	58,6
10	30	Brasilien	52,7 Mio.	+42 %	+0 %	54,4
...	...	...				...
18	13	Deutschland	15,4 Mio.	+35 %	–7 %	45,5

Vollständige Daten, Ergebnisse und Methodik unter: https://preply.com/de/d/e-learning-index

MOBILFUNK

Grenzwerte hundertfach zu hoch

US-Studie weist auf massive Strahlenbelastung bei mobilen Netzen hin

Die Mobilfunkgrenzwerte in Deutschland müssten um den Faktor 200 bis 400 reduziert werden. Das ergibt sich aus einer neuen Studie zweier US-amerikanischer Forscherinnen der Environmental Working Group (EWG) aus Washington D. C., auf die das Magazin ElektrosmogReport in der aktuellen Ausgabe hinweist.

In der Studie wird als Ganzkörper-Absorptionsrate (SAR) für Bestrahlung durch Mobilfunkmasten ein Grenzwert von 2 bis 4 mW/kg für Erwachsene und ein um das Zehnfache niedrigerer Wert von 0,2 bis 0,4 mW/kg für Kleinkinder als angemessen angesehen.

Der Grenzwert in Deutschland

Wir haben lange überlegt, ob wir die Quellen auf dieser Seite verwenden. Die Veröffentlichung von *Preply* reiht sich ein in zahlreiche Versuche, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass allein im E-Learning die Zukunft von Schule zu suchen ist. Hierzu haben wir bekanntlich eine kritische Haltung. Trotzdem halten wir die Ergebnisse – ebenso wie bei der im *ElektrosmogReport* vorgestellten Studie – für interessant. Denn sie bieten Einblick in das, was uns erwartet, wenn wir nicht aktiv auf den Prozess Einfluss nehmen.

DIE REDAKTION

liegt jedoch bei 80 mW/kg und damit um den Faktor 200 bis 400 höher als der Kleinkinder-Grenzwert der Studie. Da es für Kleinkinder keine Ausschlussgebiete gebe, müsse dieser Kleinkinder-Grenzwert als der generell gültige Grenzwert für die gesamte Bevölkerung angesehen werden. Die bislang geltenden Grenzwerte unterscheiden nicht zwischen Erwachsenen und Kindern, obwohl Mobilfunkstrahlung den noch im Wachstum befindlichen Organismus von Kleinkindern erheblich stärker schädigen kann.

Die amerikanischen Autorinnen schreiben in ihren Schlussfolgerungen, dass neben verbesserten Grenzwerten sowohl technische als auch Verhaltensänderungen nötig seien, um diese niedrigen Werte zu erreichen. Dazu zählten auch einfache Maßnahmen wie z.B. Mobilgeräte vom Körper entfernt zu halten, um die direkte Hochfrequenzbelastung zu minimieren.

Als Datenbasis für die neue Studie dienten die Ergebnisse einer zweijährigen US-Tierstudie des National Toxicology Programs (NTP), die bereits 2018 eindeutige Hinweise auf das krebsauslösende Potenzial von Mobilfunkstrahlung erbracht hatte.

MANNI HEEDE

Deutsche Übersetzung der EWG-Studie: https://www.emfdata.org/de/studien/detail&id=612

BUCHVORSTELLUNG

Freiräume schaffen

Wie wir zu einer flexiblen Oberstufe kommen

Die Corona-Pandemie hat die Krise des deutschen Bildungssystems überdeutlich vor Augen geführt. Nötig sind mehr Flexibilität, mehr Offenheit für individuelle Bedürfnisse der Lernenden, mehr Raum für Selbstwirksamkeit. Nach der vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Nichtvergleichbarkeit des Abiturs in den verschiedenen Bundesländern ist die Kultusministerkonferenz zudem gezwungen, eine neue Oberstufenvereinbarung zu erarbeiten.

Im Innovationslabor „G-Flex“ der Deutschen Schulakademie haben Oberstufenverantwortliche, Schulleiter_innen und Schulentwickler_innen aus ganz Deutschland zusammen mit Wissenschaftler_innen und Vertretern der Wirtschaft Konzepte erarbeitet, Modelle entwickelt und erprobt, die im Buch „Die flexible Oberstufe – Wie Schulen Freiräume schaffen und nutzen“ dargestellt und reflektiert werden. Sieben Forderungen rücken am Schluss ins Zentrum der Initiative “Flexible Oberstufe”.

Wer aktuelle Informationen und Einladungen zum Thema möchte, kann sich unter www.flexible-oberstufe.de/kontakt registrieren lassen und bleibt damit auf dem Laufenden.

Die Initiative
„FLEXIBLE OBERSTUFE“

Friedemann Stöffler u.a.: Die flexible Oberstufe, wie Schulen Freiräume schaffen und nutzen können. Mit E-Book. 222 S., 29,95 € (Beltz 2021)

Hamburger Modell umgestalten

Neue GEW Arbeitsgruppe zu Alternativen zum bisherigen Modell vom „Religionsunterricht für alle“

Nach einem dreiviertel Jahr intensiver Diskussionen im Landesvorstand, in Fachgruppen und online und sicher auch in den Schulen, vor allem auch in der HLZ hat der Gewerkschaftstag am 20. September 2021 mit breiter Mehrheit einen Beschluss gefasst, der sechs Positionen zur Zukunft des Religionsunterrichts in Hamburg festhält.

Nach der Ersteinbringung beim Gewerkschaftstag im Mai 2021 ist unsere Gewerkschaft damit ihrem Selbstverständnis einer Bildungsgewerkschaft treu geblieben, der es eben nicht nur um die ökonomische Besserstellung ihrer Mitglieder am Arbeitsplatz geht, sondern die sich auch mit grundlegenden Fragen unseres Bildungssystems und seiner Verbesserung befasst.

Ein seit Mai vorliegender Gegenantrag wurde klar abgelehnt. Nach ihm sollte die Beschlussfassung ausgesetzt und weiterhin diskutiert werden. Es gab zahlreiche Wortmeldungen, die Debatte dauerte eine gute dreiviertel Stunde.

Der Beschluss bezieht sich in besonderem Maße auf die Jahrgänge 1 bis 6, in denen die BSB kein paralleles Fach anbietet. Hier bedeutet die Selbstverständnis-Formulierung „RU für alle“ tatsächlich einen religiösen Machtanspruch, der angesichts unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit in Hamburg mit weit über 50 Prozent Bevölkerungsanteil ohne Religionsanbindung nur noch als anachronistisch anzusehen ist. Denn die Unterrichtsinhalte dieses Faches werden ausschließlich aus Sicht und in Verantwortung der beteiligten Religionsgemeinschaften bestimmt.

Wie bei vielen Beschlüssen ist nun ein Arbeitsauftrag an unseren Vorstand und die Gliederungen erteilt, an dem jetzt zu arbeiten ist. Der Geschäftsführende Ausschuss (GA) hat in seiner Sitzung am 19.10.2021 dazu eine Arbeitsgruppe namens „Religion und Philosophie in Klasse 1-6“ eingesetzt, in dem sich am Thema Interessierte einfinden können. Sie hat die Aufgabe, den Gremien der GEW zuzuarbeiten. Die politische Verantwortlichkeit liegt bei unserem Vorsitzenden Sven Quiring.

Foto: hlz

Mitglieder der neuen AG ‘Religion und Philosophie in Klasse 1 bis 6’ auf dem Gewerkschaftstag: v.r.n.l. Michaela Meyer, Stephanie Wazinski, Karin Hufert, Gerhard Lein

Zu dieser AG wird über die HLZ und den GEW-Newsletter eingeladen. Das erste Treffen ist für November geplant. Formalitäten (Zeit, Ort, 2G-Anmeldungen..., erste inhaltliche Akzentuierungen) und die Namen der Einladergruppe findet ihr dann im Newsletter.

Ein besonderes Thema, das uns als gewerkschaftliche Interessenvertretung für die Mitglieder besonders tangiert, ist der geplante Verlust der Berechtigung zur Erteilung des RU für den Fall, dass keine Beauftragung der beteiligten Religionsgemeinschaften für die Pädagog_innen (mehr) vorliegt. Kolleg_innen, die im Laufe der Zeit ihre Mitgliedschaft in einer der beteiligten Religionsgemeinschaft aufgegeben haben (vulgo: Kirchenaustritt), verlieren zum Schuljahr 2022/23 dieses Recht, auch wenn sie das

Fach z.B. mit Staatsexamen abgeschlossen oder sich sonstwie anerkannt qualifiziert haben. Dies wird eine große Herausforderung für uns als Gewerkschaft und für unsere Solidarität untereinander.

Nachfolgend nun der Beschluss. Wer die Antragsbegründung lesen möchte und/oder schon mal Interesse an der Mitarbeit signalisieren möchte: per eMail über post@gerhardlein.de.

GERHARD LEIN

Beschluss des Hamburger Gewerkschaftstags vom 20.9.2021

1. Ein gemeinsamer Unterricht, der alle Religionen und Weltanschauungen umfasst, muss dies auch in seiner Bezeichnung enthalten. Der Begriff „Religionsunterricht für alle“ (RUfa) ist für einen solchen Unterricht zu überwinden. Die GEW unterstützt alle Bemühungen zu einem gemeinsamen Unterricht über Werte, religiöse und säkulare Lebensdeutungen. Die GEW fordert daher, dass die Schulbehörde diesen Ansatz in der Überarbeitung der Bildungspläne insbesondere für die Klassenstufen 1 bis 6 verankert.

2. Es gibt ein Recht auf Religionsfreiheit. Deshalb muss die Schulbehörde wie im Schulgesetz vorgesehen eine Alternative für diejenigen Schüler_innen (Kl. 1-6) ermöglichen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, so wie es in den Klassenstufen 7 bis 13 bereits stattfindet. Die GEW fordert die BSB auf, endlich eine Unterrichtsalternative (Ethik, Philosophieren mit Kindern) auch in den Klassen 1-6 in der Stundentafel anzubieten, wie es im Hamburger Schulgesetz § 7 [4] vorgesehen ist. Die derzeitige Situation trägt gegenüber säkularen Eltern Nötigungscharakter.

3. Die GEW fordert die Schulbehörde und die Schulleitungen auf, die Erziehungsberechtigten auf ihr Recht zur Nicht-Teilnahme am derzeitigen RUfa in den Klassen 1-6 nach Hamburger Schulgesetz §7 [3] * hinzuweisen. Dies muss rechtzeitig vor Einschulung und zu Beginn jeder Klassenstufe und vollumfänglich stattfinden.

4. Im Zuge der Entwicklung des RUfa 2.0 (gemeinsam verantworteter, dialogischer Religionsunterricht) wurde in den Schulen förmlich die sog. Vocatio, d.h. die Beauftragung der Religionslehrer_innen durch die Kirchen, wiederbelebt. Auf sie wurde Jahrzehnte nicht geachtet. Kirchenmitgliedschaft und Vocatio waren auch keine Voraussetzungen für Lehrkräfte, die Religion als zusätzlichen Lernbereich im Grundschullehramt studiert haben. Viele Kolleg_innen mit Religionsfakultas (grundständig oder in Weiterbildung erworben) sind mittlerweile aus der Kirche ausgetreten. Diese Praxis kommt einem Unterrichtsverbot gleich! Es ist keine Lösung, die betroffenen Lehrkräfte dann ausschließlich in ihrem Zweit- oder ggf. Drittfach einzusetzen, wie in der Schriftlichen Kleinen Anfragen 22/4190 vom Senat erklärt wurde. Die GEW fordert die Schulbehörde auf, ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Lehrkräften wahrzunehmen und sich gegenüber den Religionsgemeinschaften dafür einzusetzen, dass alle ausgebildeten Religionslehrer_innen auch weiterhin ihr Fach in den Hamburger staatlichen Schulen unterrichten dürfen. Die GEW wird die einzelnen betroffenen Kolleg_innen nach Kräften unterstützen.

5. Die GEW sucht mit den evangelischen, katholischen, alevitischen, islamischen und jüdischen Religionsgemeinschaften in der Frage der Beauftragungen das Gespräch mit dem Ziel des Verzichts auf die Vokation, Missio Canonica, Idschaza, Rizalik und Ischur beim Unterricht im neuen Fach „Religion für alle“ im Sinne eines „Schulfriedens“.

6. Grundgesetzlich abgesichert (Art. 7[3]) haben Religionen das Recht auf einen Unterricht (auch einen gemeinsamen nach Hamburger RUfa-Modell) für die Angehörigen ihrer jeweiligen Religion. Die in Hamburg erstellten Materialien für den RUfa enthalten Beispiele aus den fünf großen Weltreligionen (Christentum, Judentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus) sowie aus dem Alevitentum und Bahaitum. An der wissenschaftlichen Ausbildung von Religionslehrkräften sollten alle fünf großen Weltreligionen beteiligt sein. Im RUfa soll Lehrkräften dieser Religionen ermöglicht werden, eine Unterrichtsberechtigung zu erwerben. Studiengänge für alle Lehrämter im Fach Religion sollen in Hamburg ermöglicht werden oder zumindest Bewerber_innen aus anderen Bundesländern zum Vorbereitungsdienst zugelassen werden. Für den RUfa ist eine gemeinsame Fachdidaktik einer Aufteilung in je religionsspezifische Fachdidaktiken vorzuziehen. Die GEW bittet die Religionsgemeinschaften, ihren individuellen Rechtsanspruch zugunsten einer gemeinsamen interreligiösen und dialogischen Fachdidaktik aufzugeben.

** Über die Teilnahme am Religionsunterricht entscheiden die Sorgeberechtigten, nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Schülerinnen und Schüler.*

Sich im Anderen spiegeln

Wozu Philosophieren mit Kindern taugt

In der aktuellen Diskussion um den Religionsunterricht für alle in Hamburg wird als ein mögliches Alternativangebot das Philosophieren mit Kindern ins Spiel gebracht, das in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bereits seit einiger Zeit als ein eigenes Grundschulfach existiert. In anderen Bundesländern taucht es unter Fachbezeichnungen wie „Werte und Normen“ oder „Ethik“ auf. In Hamburg ist das Philosophieren im Rahmenplan Sachunterricht als ein Unterrichtsprinzip verankert und bezieht sich auf die Inhalte des Sachunterrichts.

Das Philosophieren mit Kindern wurde in den 1970er Jahren in den USA entwickelt und findet seit den 1980er Jahren zunehmend Verbreitung in deutschen Grundschulen und Kindertagesstätten. In philosophischen Gesprächen mit Kindern werden existentielle Fragen unseres Erkennens und Handelns, Fragen nach Sinn und Bedeutung von Mensch und Welt thematisiert. Das Inhaltsspektrum philosophischer Gespräche lässt sich im Hinblick auf die vier großen Grundfragen der Philosophie, die Immanuel Kant formuliert hat, charakterisieren. Sie verweisen gleichzeitig auf die vier Gegenstandsbereiche der Philosophie als akademische Disziplin:

- Was kann ich wissen? (Erkenntnistheorie)
- Was darf ich hoffen? (Religionsphilosophie, Gesellschaftsphilosophie)
- Was soll ich tun? (Ethik)
- Was ist der Mensch? (Anthropologie)

Beim Philosophieren mit Kindern beschäftigen Kinder und Jugendliche sich mit philosophischen Fragen wie zum Beispiel: Was ist Freundschaft? Muss man immer die Wahrheit sagen? Was heißt es, fair oder gerecht zu sein? Gibt es Gott? Woher kommt der Mensch? Es handelt sich um Sinn- und Existenzfragen und komplexe Inhalte, die offen sind für verschiedene Interpretationen und Weltdeutungen. Dabei geht es nicht um die Vermittlung von Gedankengut der philosophischen Tradition, um „die Philosophie“, also das, was vielleicht Kant oder Descartes gedacht haben. Im Mittelpunkt steht der Prozess des eigenen Fragens und Denkens der Kinder. Das Philosophieren ist ein pädagogischer und methodischer Ansatz, der selbständiges, kritisches, kooperatives und ethisch verantwortliches Denken im dialogischen Austausch mit anderen sowie eine kritische Fragehaltung fördern will. Dabei erwerben die Kinder Gesprächsfähigkeiten und demokratische Umgangsformen, die für das Leben in einer offenen, heterogenen Gesellschaft und das Zusammenleben von Menschen verschiedener kultureller und religiöser Prägungen und Weltanschauungen besonders wichtig sind.

Im philosophischen Gespräch geht es um den Austausch verschiedener Erfahrungen, Sichtweisen und Deutungen, es geht um die gemeinsame Klärung von Begriffen, das Begründen von Meinungen, das Prüfen von Argumenten und auch das kreative Spekulieren und Entwickeln von Gedanken. Philosophische Gespräche sind ergebnisoffen. Es ist nicht das Ziel, eine eindeutige oder konsensfähige Antwort zu finden, sondern den Gesprächsgegenstand in seiner Vielschichtigkeit zu ergründen, ein differenziertes Problemverständnis zu gewinnen und sich mit der Vielfalt von Perspektiven, Denkweisen und Antwortmöglichkeiten konstruktiv auseinanderzusetzen. Im philosophischen Gespräch werden eigene Selbst- und Weltbilder bewusst und öffentlich gemacht, in der Konfrontation mit anderen Denk- und Sichtweisen reflektiert und auch verändert. Philosophische Gespräche sind Angebote und Herausforderungen, sich auf die gemeinsame Suche nach Sinn und Bedeutung zu machen

Foto: Uni Münster

und dabei das eigene Denken zu hinterfragen, zu erweitern oder auch zu verändern.

Und es ist genau das, was die Kinder am philosophischen Gespräch besonders schätzen. Auf die Frage, was ihnen am Philosophieren besonders gut gefällt, antworten viele Kinder, dass sie es interessant und spannend finden, andere Meinungen und Sichtweisen kennenzulernen, dadurch auch andere Kinder besser verstehen zu lernen: „Wenn man philosophiert, weiß man auch, was die anderen denken und man kann sie besser verstehen." Mehr noch als durch das gegenseitige Kennenlernen zeichnet sich das philosophische Gespräch als Herausforderung für das eigene Denken und eigene Positionen aus: „Ich finde das auch gut, weil man sich von anderen Kindern beeinflussen lässt und dann über seine Meinung nachdenkt, die dann vielleicht doch nicht ganz richtig ist, weil andere dann vielleicht noch was sagen, wo man nochmal drüber nachdenken kann." „Also, ich finde es auch sehr gut, wenn jemand sagt: das ist richtig und der andere sagt: na ja, vielleicht nicht. Dann muss man ja wieder nachdenken." „Ich ändere auch oft meine Meinung, wenn ich die Meinungen von anderen höre und ihre Begründungen […], aber die Begründungen sind wichtig."

Beim Philosophieren wird eine Haltung der Offenheit gegenüber anderen Denkweisen und Meinungen kultiviert, dabei geht es jedoch nicht um einen indifferenten Relativismus, sondern um die Förderung einer eigenen, begründeten Urteilsbildung. Viele Fragen und Gesprächsthemen der Kinder betreffen ethische Fragen: Warum soll man nicht lügen? Warum darf man Tiere essen? Ist es gerecht, wenn abgestimmt wird? In einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft können Werte und Normen nicht einfach vorgegeben werden, sondern müssen zum Gegenstand kommunikativer Prozesse gemacht werden. Das Paradox der Wertevermittlung in einer pluralistischen Gesellschaft ist nur aufhebbar, wenn man den offenen Dialog über Werte selbst als Voraussetzung begreift: „Die pädagogische Situation ist nicht nur Vermittlungsort, sondern konstituiert selbst eine solche Wertekultur, d.h. ist Ort der Aneignung und Transformation von Werten." (Barbara Weber) Sowohl zentrale Begriffe und Konzepte als auch Werte und Normen können in philosophischen Gesprächen hinterfragt, diskutiert, geklärt und gemeinsam mit Sinn und Bedeutung versehen werden.

Das Philosophieren mit Kindern wird manchmal irrtümlicherweise als ein Konzept für die Förderung besonders begabter Kinder verstanden. Dies ist eine verkürzte Sichtweise, denn tatsächlich ist das philosophische Gespräch nicht nur für alle Kinder geeignet, sondern es bietet besondere Chancen gerade für das inklusive Lernen. Wirkungen des Philosophierens auf die Kompetenzentwicklung von Kindern sind inzwischen gut erforscht. Dabei ist deutlich geworden, dass regelmäßiges Philosophieren der kognitiven, sozialen und emotionalen Entwicklung von Kindern besonders förderlich ist und dass hiervon Kinder mit sozialen Benachteiligungen oder Förderbedarfen in besonderem Maße profitieren. Dies gilt auch für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten, die besondere Probleme haben, sich konstruktiv in das Unterrichtsgeschehen einzubringen. Philosophische Gespräche bieten spezifische Herausforderungen zu komplexem Denken in einem kooperativen Lernsetting und können dadurch die kognitive und auch die damit in Verbindung stehende sprachliche Entwicklung von Kindern besonders anregen und fördern. Sie bieten gleichzeitig vielfältige Chancen für die Gestaltung inklusiven Lernens und die Partizipation aller Kinder. Beim Philosophieren geht es nicht um Wissen und richtige Antworten, sondern um eigene Gedanken und Positionen, die in einer Atmosphäre gegenseitigen Respekts zur Bearbeitung einer Frage oder eines Problems ausgetauscht werden. Dadurch haben alle Kinder ungeachtet ihrer unterschiedlichen Voraussetzungen die Möglichkeit, sich in das gemeinsame Gespräch einzubringen. Hierzu trägt auch die Vielfalt von Methoden und Medien bei, die beim Philosophieren mit Kindern Einsatz finden. Kleine Geschichten, Bilderbücher, Kunstwerke, Gegenstände oder auch eigene Zeichnungen der Kinder können Ausgangspunkte des Philosophierens sein, das zudem nicht nur im Stuhlkreis, sondern auch im Rahmen von Rollenspielen und szenischem Interpretieren stattfinden kann.

Das Philosophieren mit Kindern zeichnet sich durch seine spezifischen Inhalte (philosophische Fragen) und durch seine Methodik (Begriffsklärung, Argumentieren, Spekulieren etc.) aus, vor allem aber durch seine Offenheit für das Fragen und Denken der Kinder und den gleichberechtigten Gedankenaustausch, von dem auch die Lehrkräfte profitieren, wenn sie sich auf Kinder als ernstzunehmende Gesprächspartner_innen einlassen. Hierzu sei abschließend eine Lehrkraft zitiert:

„Für mich persönlich ist es immer ein großes Geschenk, Philosophieren mit Kindern zu unterrichten, weil ich die Welt immer wieder auch aus Kinderaugen und Kindersicht widergespiegelt bekomme. Und ich werde immer wieder an das Wesentliche im Leben erinnert. […] Was sind die grundlegenden Fragen des Lebens?"

KERSTIN MICHALEK
Uni Hamburg

gb@-SEMINARE 2021

Was tun?

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Online-Seminar: Was darf ich, was muss ich?

Die erste Zeit an der Schule ist oft sehr fordernd und stellt vielfältige Anforderungen. Über fundierte Kenntnisse der Rechtslage zu verfügen, ist daher von Vorteil. In diesem Online-Seminar werden in kompakter Form Informationen zu wichtigen Themen des Berufsanfangs gegeben und ein Überblick über die wichtigsten Regelungen des Schulrechts behandelt Dieses Seminar bietet in kompakter Form Informationen und Austausch zu wichtigen Themen des Berufsanfangs sowie Handlungsstrategien.

Es gibt Zeit für einen Austausch und auch „dumme Fragen“ sind erlaubt. Die genauen Themen bzw. besprochenen Fallbeispiele werden nach den Bedürfnissen der Teilnehmenden festgelegt.
Donnerstag, 11. Nov. 2021, 17:00 bis 19:00 Uhr
Leitung: Frank Hasenbein und Cesar Varela-Agra
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder

Online-Seminar: Bedürfniskonflikt – Herausforderndes Schüler_innenverhalten im Schulalltag

Impuls- und Austauschseminar für Lehrkräfte der 4.-10. Klasse

Wie gehe ich im Schulalltag mit herausforderndem Verhalten von SuS um? Wir sammeln aktuelle/ungeklärte Fälle aus dem Alltag der Teilnehmer_innen und wählen einen davon für eine kollegiale Fallberatung aus. Hier sammeln wir vielfältige Ideen für die Prävention und Lösung einer solchen Situation und bekommen Impulse für ähnliche Grenzüberschreitungen. Im Seminar bleibt Zeit für Austausch, Fragen und Einblicke in erfolgreiche, relativ einfach umsetzbare Strategien und Methoden des Classroommanagements. Bitte bringt möglichst einen Fall über einen Schüler/eine Schülerin mit, über den ihr gerne sprechen würdet.

Technische Voraussetzung: Computer mit Webcam und Mikrofon oder Headset oder Smartphone
Dienstag, 16. November 2021, 17:00-19:00 Uhr
Leitung: Nadine Eversberg, (Lehrerin in Berlin und Moderatorin von Impuls- und Austauschseminaren)
kostenlos und nur für GEW-Mitglieder

Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?

Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die Kolleg_innen in Schulen und Kitas zu schaffen machen. In diesem Seminar besteht die Möglichkeit, über diese Entwicklungen zu sprechen und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dieses Seminar bietet konkrete Hilfen, um die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.
Fr. 26.11.2021, 11 Uhr
Sa. 27.11.2021, 16 Uhr
Rendsburg, Martinshaus
Leitung: Simone Friedrich
Kostenanteil: 40 € inkl. Unterkunft/ Verpflegung (ermäßigt: 20 €, Nicht-Mitglieder: 150 €)

Sicherheit im Netz

Die Digitalisierung nimmt Einfluß auf die Arbeits- und private Lebenswelt. Wie wichtig ist die Privatsphäre?

Die Digitalisierung krempelt die Arbeitswelt um – und auch unser privates Leben. Ist Privatsphäre heute ein überholtes Konzept? Wie bewege ich mich im Internet in Anbetracht der zunehmenden Datenspeicherung und Überwachung durch Unternehmen und Regierungen? Können wir unsere Daten überhaupt schützen? Und wenn ja: wie funktioniert das?

In diesem Seminar können die Teilnehmenden praktisch lernen, wie sie Daten auf ihrem Computer und im Internet schützen. Neben Grundlagen der Computersicherheit werden Methoden zum spurenarmen und möglichst sicheren Surfen im Internet behandelt und praktisch angeleitet.

Bitte das eigene Notebook mitbringen!
Samstag, 27. November 2021, 10:00-17:00 Uhr
Tagungshaus „Kiek in!“ in Neumünster
Leitung: Björn Tylkowksi
Kostenanteil: kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder: 20 €)

Unterrichten im Ausland

Du interessierst dich für eine Arbeit an einer Schule im Ausland, die Deutsch als Fremdsprache anbietet oder möchtest deine Erfahrungen aus dem Auslandsaufenthalt weitergeben? Mit der GEW-Arbeitsgruppe Auslandslehrer_innen (AGAL) beleuchten wir auf dieser Infoveranstaltung zum Auslands-

schuldienst das Thema.
Dienstag, 07. Dezember 2021, 17:00-20:00 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Wilfried Auel
Kostenlos für GEW-Mitglieder inklusive Verpflegung
(Nicht-Mitglieder: 10 €)

Online-Seminar: Das Lehrer_innenleben erleichtern

Impuls- und Austauschseminar für Lehrkräfte der 4.-10. Klasse

Oftmals sind es die kleinen Dinge, die einem das Lehrer_innenleben erleichtern. Diese wollen wir kennenlernen. Jede_r Teilnehmende stellt daher die persönliche Lieblings-Arbeitserleichterung (Idee, Programm, Strategie, Methode…) aus dem Bereich Unterrichtsplanung, Unterrichts-, Material- oder Raumorganisation vor. Darüber hinaus bleibt Zeit für Austausch, Fragen und Einblicke in weitere, praxiserprobte, relativ einfach umsetzbare Methoden und Techniken des Classroommanagements.

Technische Voraussetzung: Computer mit Webcam und Mikrofon oder Headset oder Smartphone
Dienstag, 07. Dezember 2021, 17-19 Uhr
Leitung: Nadine Eversberg, (Lehrerin in Berlin und Moderatorin von Impuls- und Austauschseminaren)
kostenlos für GEW-Mitglieder

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

LEICHTE SPRACHE

Meisterdieb Arsène Lupin

Bücher und Zeitungen in einfachem Deutsch

Titel:
Arsène Lupin
Autor:
Maurice Leblanc
ISBN:
978-3-948856-54-0.
112 Seiten
Sprachniveau: A2/B1
Einfache Sprache
Sprache: Deutsch
Preis: € 14,00

MÜNSTER – Der eine kennt ihn aus der Netflix-Serie Lupin, die andere, weil das gleichnamige Buch ein literarischer Klassiker aus den Anfängen des 20. Jahrhunderts ist. Der ‘Spaß am Lesen‘ Verlag: gibt das Buch Arsène Lupin, Meisterdieb nun für Menschen mit Leseschwierigkeiten heraus.

Viele Menschen lesen und lieben die Bücher über Arsène Lupin, seit sie die Serie zum ersten Mal gesehen haben. Die Mission des ‘Spaß am Lesen‘ Verlags besteht darin, auch Menschen, die nicht so gut lesen können, teilhaben zu lassen an diesem Lesevergnügen. So entsteht ein Buch aus den Anfängen des letzten Jahrhunderts für alle, ungeachtet des Leseniveaus.

Netflix

Die Serie „Lupin“ ist ein weltweiter Hit und in Frankreich sogar das erfolgreichste Netflix Original aller Zeiten. Das liegt auch an dem Schauspieler Omar Sy, der durch seine Rolle in „Ziemlich beste Freunde“ einige Fans gewinnen konnte.

Sys Charakter, Assane Diop, erhält in der Serie Lupin ein Buch von seinem Vater. Die Hauptfigur darin ist ein Mann mit dem Namen Arsène Lupin, den sich der französische Autor Maurice Leblanc 1907 ausgedacht hat. Arsène Lupin ist ein galanter sowie genialer Meisterdieb. Inspiriert von den listigen Tricks Lupins versucht Diop als Meisterdieb seinen Vater zu rächen für das Unrecht, das ihm angetan wurde.

Über den Verlag

„Lesen für alle“ ist das Motto des ‘Spaß am Lesen‘ Verlags. Seit mehr als zehn Jahren publiziert der Verlag Bücher und Zeitungen in einfachem, verständlichem Deutsch; speziell für Jugendliche und Erwachsene, die nicht so gut lesen können.

Leseschwierigkeiten

In Deutschland leben rund 6,2 Millionen Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Lesen und Schreiben haben. Online ein Zugticket kaufen, einen Beipackzettel lesen oder ein Formular ausfüllen – all das sind große Herausforderungen für sie. Mit seinen einfachen Ausgaben setzt sich der ‘Spaß am Lesen‘ Verlag dafür ein, dass auch diese Menschen mehr und besser lesen und somit ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Verlag,
SPASS AM LESEN

Von Hamburg bis zum Mittelmeer

Der Landesausschuss der GEW für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus (LAMBDA) beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der ‚Rettungskette für Menschenrechte' am 18. September 2021

Vor zwei Jahren entstand diese Idee. Corona hatte die Aktion verzögert, aber am 18. September war es so weit: Eine symbolische Route der Menschlichkeit von Norddeutschland nach Italien zum Mittelmeer unter dem Motto „Rettungskette für Menschenrechte #Hand in Hand" wurde gebildet mit den Ziel: Wir wollen eine andere Flüchtlings- und Migrationspolitik, ohne Sterben im Mittelmeer, ohne Abschottung, keine Festung Europa, sondern ein solidarisches und friedliches Zusammenleben in Europa. Kurz vor der Bundestagswahl sollten der zukünftigen Regierung diese Ziele mit auf den Weg gegeben werden.

Über 280 örtliche Gruppen haben sich in Städten, Gemeinden und Dörfern zusammengeschlossen und ihre Solidarität gezeigt.

Es gab überall ein gutes lokales Medienecho auf die Rettungskette. Sogar Bischöfin Fehrs hatte im NDR zur Teilnahme aufgerufen.

Fast 1000 Menschen waren in Hamburg dem Aufruf „Hand in Hand für Menschenrechte" gefolgt, auf Bundesebene und in Österreich und Italien waren es insgesamt 16.000. Durch Transparente, Plakate und Seile wurden die Abstandsregeln gewahrt.

Wir haben als GEW, ausgehend vom LAMBDA (Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus), die Rettungskette aktiv unterstützt:

- mit regelmäßiger Mitarbeit im norddeutschen Vorbereitungskreis
- mit einem Transparent zur Rettungskette in der Rotunde im Curiohaus
- mit 15.000 Flugblättern, die wir zusammen mit dem Vorbereitungskreis für die norddeutsche Rettungskette auf vielen Veranstaltungen ab ca. anderthalb Monate vor der Aktion und auf der Aktion selbst verteilt haben
- mit zwei Aufrufen im Newsletter
- mit einer Pressekonferenz am 14.9. im Curiohaus zusammen mit der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), Fridays For Future, Kirchenkreis Tonndorf, AG Flucht Solidarische Stadt und dem GEW-Vorsitzenden Sven Quiring
- und wir haben mit Kolleginnen des LAMBDA und dem Geschäftsführer der GEW am Tag der Rettungskette zwei der 10 Treffpunkte auf der Route in Wilhelmsburg organisatorisch koordiniert.

Ein breites Bündnis von ca. 30 Organisationen hatte in Hamburg zur Beteiligung aufgerufen und die Rettungskette am 18. September mitgestaltet. Zum Bündnis gehörten Seenotrettungsorganisationen wie Sea Watch, Sea Eye, SOS Mediterranee, antifaschistischen Organisationen wie VVN/BdA und Omas gegen Rechts, Friedensinitiative gegen Rüstungsexporte, Gewerkschaften wie GEW und Ver.di-Friedensarbeitskreis, Flüchtlingsorganisationen wie Flüchtlingsrat und örtliche Flüchtlingsinitiativen, das Bündnis „Solidarische Stadt Hamburg" und „Hamburg hat Platz", Fridays for Future, kirchliche Organisationen wie Pro Asyl und Gemeinde Tonndorf , Menschenrechtsorganisationen wie Terre des Hommes sowie die Parteien Grüne und LINKE.

Dieses Bündnis hat deutlich gezeigt:

Friedensbewegung und Flüchtlingssolidarität gehören zusammen, denn Rüstungsproduktion schafft und nährt Kriege und die sind eine der Hauptfluchtursachen.

Klimaschutz, Klimagerechtigkeit und eine humane Flüchtlingspolitik gehören zusammen, denn die Umweltzerstörung und der Klimawandel entziehen Tausenden Menschen ihre Lebensgrundlage und bedrohen die Existenz der Erde. Inzwischen sind weltweit über 82 Millionen Menschen auf der Flucht, die höchste Zahl, die jemals vom UNHCR (internat. Organisation für Flüchtlingsschutz) verzeichnet wurde.

Antifaschismus , Antirassismus, Demokratie und eine menschenwürdige Migrationspolitik gehören zusammen, denn nur humane Fluchtbedingungen und eine solidarische Aufnahme in Europa mit gleichen sozialen und demokratischen Rechten für die Geflüchteten können eine Welt ohne Abschottung, Ausgrenzung, Ausbeutung und

Hass schaffen. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind eine wesentliche Fluchtursache. Die Geschichte Deutschlands während der Nazizeit und der Nachkriegszeit zeigt, wie existentiell eine solidarische und demokratische Gesellschaft fürs Überleben und für ein friedliches Miteinander ist.

Menschenrechte, sichere Fluchtwege und humane Lebensbedingungen für Geflüchtete gehören zusammen. Das Sterben im Mittelmeer muss aufhören, Rettung darf nicht kriminalisiert werden. Die unmenschlichen Lager und Abschiebungen müssen abgeschafft werden. Lager sind kein Ort für Kinder, weder in Griechenland oder an anderen EU-Außengrenzen noch in den europäischen Ländern selbst. Auch nicht in Hamburg! Besonders für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, gute Lebensbedingungen zu haben. Sie müssen Platz zum Wohnen, Spielen und Lernen haben. Dies ist auch ein Gebot der UN-Kinderrechtskonvention, die Deutschland unterzeichnet hat.

Der Senat muss endlich handeln!

Das Bündnis „Solidarische Stadt Hamburg“ und „Hamburg hat Platz“, die die Rettungskette mitorganisiert haben, fordern seit langem , dass in Hamburg sofort mindestens 1000 Geflüchtete aus den Lagern am Rande Europas aufgenommen werden. Dies scheitere an dem Veto des Außenministeriums, so die Begründung des Senats für sein Nichtstun. Wir sagen: Die Blockade des Innenministeriums gegenüber den über 200 Gemeinden und Städten in Deutschland, die sich zu „sicheren Häfen“ erklärt haben und Geflüchtete aufnehmen möchten, muss endlich aufgegeben werden! Die rechtlichen Voraussetzungen in den Städten, selbstständig Landesaufnahmeprogramme auflegen zu können, muss geschaffen werden. Hier muss Hamburg vorangehen!

Besonders die Entwicklung in Afghanistan zeigt deutlich, wie Fluchtursachen entstehen und wie schnell Menschen keine andere Wahl mehr haben, als ihr Land zu verlassen. In Hamburg lebt die größte afghanische Community in Deutschland. Hamburg ist besonders in der Pflicht, sich aktiv für die Ausreise der von den neuen Machthabern Bedrohten einzusetzen. Der Gewerkschaftstag der GEW am Weltkindertag hat dies in seiner Entschließung deutlich gemacht. Wenn jetzt Hamburg von einer unbürokratischen Hilfe für 250 Menschen aus Afghanistan spricht, ist das ein guter Anfang, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein!

Die Bundesorganisation der Rettungskette sowie die beteiligten Städte in Italien und Österreich wollen den 18. September zum Auftakt nehmen und weiterhin in Form einer Menschenkette für eine humane Flüchtlings- und Migrationspolitik kämpfen. Ob und wie wir mitmachen, ist noch in der Diskussion.

KARIN HAAS
LAMBDA (Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus)

Foto: LAMBDA GEW

„Sie sollten sich schämen!“

hlz 9-10/2021, S. 28 ff: „Gewalt an Schulen – Die Gründe liegen tiefer“

Unglaublich, zu welchen „Schlussfolgerungen“ Herr Geffers in seinem Artikel kommt. Ich fasse zusammmen: Die Schüler_innen der Ida-Ehre-Schule sind auf den Polizisten losgegangen, weil sie frustriert darüber sind, als Stadtteilschüler_innen nur 2te Wahl zu sein. Sie fühlen sich abgehängt, verfügen lediglich über eine eingeschränkte sprachliche Ausdrucksfähigkeit, leben mehr oder weniger von Hartz IV und dieser Frust, nein: diese Kränkung hinterlässt Spuren.

Also: Stadtteilschule = Hartz IV Elternhaus = Bildungsneid = Gewaltpotenzial.

Sie sollten sich schämen! Wie können Sie es wagen, überhaupt so zu reden?! Das ist übelster Klassismus! Dieser Text gehört aufs schärfste verurteilt!

Mein 15jähriger Sohn ist aktuell Schüler an der Ida-Ehre-Schule, ich selbst war in den 90ern auf dem Kaifu. Das Kaifu Gymnasium hatte zu diesem Zeitpunkt den Ruf, eine „Zecken“- Schule zu sein. Es galt als ultralinks. Dem war im Detail nicht so, aber in Masse kam das schon hin. Ich selbst trug Springerstiefel (mit roten Schnürsenkeln selbstverständlich), ging nie ohne mein Palituch aus dem Haus, meine Kleidung hatte Löcher, ich war in der Antifa und bei der schuleigenen Amnesty Gruppe aktiv. Ich war (und blieb!) links. Mir scheint es manchmal, dass diesen Ruf, ultralinks zu sein, heute die Ida-Ehre-Schule hat.

Und, wir erinnern uns: da war doch was mit der AFD vor ein paar Jahren und einigen Aufklebern im Kunstunterricht? Damals hat sich die HLZ hinter die Ida-Ehre-Schule gestellt. Warum nicht auch jetzt?

Am letzten Wochenende (18./19. September) gab es einen Artikel in der taz, der aus der Sicht eines Schülers erzählt, was an diesem Tag im August vorgefallen ist. Dieser Artikel ist allemal lesenswerter und auch besser recherchiert als das, was ein Mensch auf dem Rad im Vorbeifahren zu erkennen glaubt, nämlich: welches Kind zu welcher Schule gehört (!).

Das Problem, dass die Ida-Ehre-Schule hat, ist meines Erachtens, die einzige Stadtteilschule in der Umgebung von drei Gymnasien zu sein. Mir scheint, dass nicht die Stadtteilschüler_innen neidisch auf die Gymnasiast_innen sind, sondern eher diese auf die Ida-Ehre-Schüler_innen herabschauen wollen und sich für etwas Besseres halten. Warum ist das eigentlich so? Das frage ich mich.

Vor ein paar Jahren waren die, auf die wir herabblicken konnten (s.o. – Kaifu/Eimsbüttler Modell, ich nehme mich da nicht aus...), noch die Schülerinnen und Schüler der Förderschule Astrid Lindgren. Doch die ist nun geschlossen. Nun sind es eben die Schülerinnen und Schüler der Ida-Ehre-Schule (nicht im Detail, aber in der Masse). Und noch etwas zur Zusammensetzung der Elternhäuser: Abgesehen davon, dass auch Akademikereltern ganz bewusst entscheiden können, ihr Kind gemäß der Grundschulempfehlung auf die Schule zu schicken, die dem Lernniveau und auch dem Lerntempo ihres Kindes am ehesten entspricht (zu Erinnerung: auch auf einer Stadtteilschule besteht die Möglichkeit, das Abitur zu machen; man hat sogar ein Jahr mehr Zeit), muss es doch nun wirklich nicht das höchste Ziel sein, unbedingt Abitur zu machen. Warum ist das eigentlich so? Ein guter Erster oder Mittlerer Schulabschluss mit anschließender solider Berufsausbildung kann auch zu einem erfüllten Leben führen. Das ist doch völlig in Ordnung und absolut legitim. Wir brauchen doch Handwerker_innen, Erzieher_innen, Pflegekräfte usw.

Doch zurück zur Elternschaft: Die Ida-Ehre-Schule ist als Stadtteilschule verpflichtet, in der 7ten Klasse die Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, deren Noten für das Gymnasium nicht mehr ausreichen. Die Schülerinnen und Schüler also, deren Eltern (meist...) auf Teufel komm raus ihre Kinder aufs Gymnasium quetschen, weil sie genau von derselben 2te Wahl-Mentalität gebrainwashed wurden wie Herr Geffers.

Die Bildungshintergründe der Eltern sind also vielfältiger, als es auf den ersten Blick erscheint, genauso wie die Schülerschaft – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – weitaus vielfältiger ist, als es dem vorbeiradelnden biodeutschen Gutmenschen in den Sinn kommt. Und dass ich das

an dieser Stelle und in einer von Lehrerinnen und Lehrern gelesenen Zeitung als Reaktion auf einen dermaßen arroganten Artikel überhaupt betonen muss, DAS zeigt doch, wie gespalten unsere Gesellschaft tatsächlich ist.

Und – und das sei an dieser Stelle auch einmal gesagt –: die Reaktion der Schulleitung in einen Satz zu packen mit der Reaktion des Elternrates ist ein Witz! Die Schulleitung hat sich NICHT hinter die Schüler_innen gestellt. Das hätte sie tun müssen! Sie hat die Schüler_innen von Anfang an verurteilt und DIE kamen nicht zu Wort. Die Schüler_innen haben nicht gegafft. Sie wollten einem am Boden liegenden Kind helfen, dass im brutalen Griff eines Erwachsenen um Hilfe geschrien hat!

Die Schüler_innen haben Courage gezeigt! Sie haben gefilmt, um einen Beweis zu haben. Sie hatten Angst!

Erst das Insistieren des Elternrates führte zu einer differenzierteren Sichtweise auf das Geschehen. Die strukturelle Gewalt, von der Herr Geffers sprach, existiert also schon. Zurzeit zeigt sie sich in der Unfähigkeit einer Schulleitung im Umgang mit einem Gewaltvorfall.

MONIKA ARTHUS*

* * *

Unbequeme Wahrheiten

Guten Tag Frau…,

Ihre Kritik trifft mich bis ins Mark! Meine Antwort kommt deshalb etwas verzögert, weil ich diese erst einmal verdauen musste. Nichts lag mir ferner, als die Kinder und Jugendlichen in der Weise zu stigmatisieren, wie Sie es empfunden haben. Seit über 20 Jahren verantworte ich die hlz. Mein Hauptanliegen war und ist, die Ungerechtigkeit, die unser gegliedertes Schulsystem mit sich bringt, immer wieder an den Pranger zu stellen. Meinen Versuch, den benannten Gewaltvorgang an der Ida-Ehre-Schule auf diese Ursache zurückzuführen, muss ich als gescheitert ansehen, wenn ich Ihre Kritik annehmen wollte. Das kann ich aber nicht, weil ich nach wie vor der Meinung bin, dass die strukturelle Gewalt, die das gegliederte Schulwesen in Deutschland kennzeichnet und von der auch Sie sprechen, einer der Hauptgründe für die zunehmende soziale Spaltung in unserer Gesellschaft ist. Ich habe in diesem Zusammenhang den Begriff „Brandbeschleuniger der sozialen Segregation“ geprägt.

Ja, ich habe die Reaktion der Schüler_innen bezogen auf das polizeiliche Handeln benutzt, um nicht zu sagen: instrumentalisiert, um auf mögliche Ursachen hinzuweisen. Ein für mich wesentliches Element dabei ist die Beschämung der Kinder, wenn sie nach vier Jahren Grundschule erfahren, dass sie nur Zweite Wahl sind. Das so etwas nicht folgenlos bleibt, versteht sich von selbst, genauso wie die von mir genannten Annahmen nicht für alle Kinder gleichermaßen gelten, sondern nur als Möglichkeit gesehen werden können.

Dabei bin ich ganz Ihrer Meinung, und dies habe ich im Aufzeigen der widersprüchlichen Berichterstattung versucht darzustellen, dass die Medien, allen voran das Hamburger Abendblatt, versucht haben, den Vorfall für ihr bürgerliches, in weiten Kreisen konservatives Klientel zu instrumentalisieren. Schließlich zählt Auflage – auf welche Kosten dies geht, scheint sekundär.

Solange ich meine Kritik am gegliederten Schulsystem in der oben beschriebenen Form allgemein gehalten habe, gab es hierzu keinerlei Protest oder Widerspruch aus dem Lager, dem wir politisch wahrscheinlich gemeinsam nahestehen. In diesem Fall war mir bewusst, dass ich einen Schritt weitergehe, indem ich das Abstrakte konkretisiert habe. Ich wollte aufzeigen, welche Auswirkungen diese Politik des Trennens ganz konkret mit sich bringen kann.

Im Übrigen fühle ich mich in meiner Annahme zur Entwicklung eines Wir-Gefühls, das jeweils ein nach oben- oder unten-Blicken bedeuten kann, durch Ihre Schilderung aus Ihrer eigenen Schulzeit bestätigt. Wenn Sie schreiben, dass Sie als Gymnasiastin auf die Sonderschüler_innen der Astrid-Lindgren-Schule herabgeblickt haben, so wollte ich doch genau dies über das Verhältnis von Gymnasial- zu Stadtteilschüler_innen zum Ausdruck bringen.

Was mein Vorbeiradeln angeht, so möchte ich abschließend dann doch noch bemerken, dass mein Blick nicht ganz so naiv ist, wie Sie annehmen. Als jemand, der 20 Jahre in einem sozialen Brennpunkt mit benachteiligten Jugendlichen gearbeitet hat, weiß ich, wovon ich spreche. Im Übrigen geht mein Sohn wie Ihrer auf eine Stadtteilschule!

Trotz aller Verteidigung meiner Position, die ich bis hierhin vorgenommen habe, muss ich natürlich überdenken, ob das, was ich als ‚Aufzeigen unbequemer Wahrheiten‘ bezeichne, der richtige Weg ist, um die Debatte über soziale Benachteiligung voranzubringen oder weitergehend: ob meine Position so unangreifbar ist, wie es mir scheint. Letztendlich danke ich Ihnen für Ihren Brief, weil er mit dazu beiträgt, unseren gemeinsamen Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit voranzubringen. In diesem Sinne schließe ich mit solidarischen Grüßen

JOACHIM GEFFERS

---

*Pseudonym, der Klarname ist der Redaktion bekannt

Überrascht

Guten Tag Herr Geffers,

ich habe nicht damit gerechnet, dass Sie mir persönlich antworten und war daher etwas überrascht, von Ihnen zu hören.

Ich habe ja einen Leserinnenbrief geschrieben und hatte gehofft, dass mein Text zumindest in gekürzter Form in der HLZ erscheinen kann.

Ich ging ehrlich gesagt davon aus, dass einige Menschen mit Ihrem Artikel so nicht einverstanden sind. Offensichtlich ist das nicht der Fall. Diesen Eindruck erweckt jedenfalls Ihre Antwort, da Sie sich, und das verdient meinen Respekt, in den für Sie wichtigen Kritikpunkten meines Leserinnenbriefes mit diesem auseinandergesetzt haben. Ich gehe jedoch nicht davon aus, dass Sie die Abende damit verbringen, aufgebrachten Leser_innen zu antworten.

Inhaltlich kann ich auch an Ihrer Antwort einiges kritisieren, doch möchte es mit Verlaub an dieser Stelle und mit unseren verschiedenen Sichtweisen auch einfach mal dabei belassen. Sie haben einen anderen Blick auf dieselben Dinge (auch ich habe im Brennpunkt gearbeitet – das nur nebenbei), sind genauso wie ich aus Überzeugung Gewerkschaftsmitglied (das kann ich wohl annehmen), unsere Kinder werden beide von derselben Schulform beschult. Und ich bin mir sicher, dass da noch mehr Überzeugung sehr ähnlich, wenn nicht sogar gleich sind zwischen uns.

Grundsätzlich ist es wichtig, in die Auseinandersetzung zu gehen. Kritik muss in dieser Gesellschaft möglich sein, darf jedoch nicht persönlich verletzen – und ich fürchte fast, das habe ich getan.

Ich habe mich sehr über Ihren Artikel geärgert und habe Sie, dass weiß ich, als biodeutschen Gutmensch bezeichnet. Damit wollte ich Sie schon verletzen und dafür entschuldige ich mich! Das war nicht in Ordnung von mir.

Auch Ihnen schicke ich solidarische Grüße. Ich verstehe Ihren Kampf und bin da auch ganz bei Ihnen, denke nur, dass ein zweigliedriges Schulsystem (jetzt mache ich es doch – tut mir leid, ich kann nicht anders) nicht die Ursache der Krankheit, sondern vielmehr ein Symptom ist.

MONIKA ARTHUS

* * *

Auftakt zur Diskussion?

Guten Morgen Frau…,

vielen Dank für Ihre Antwort! Auch ich möchte die inhaltliche Auseinandersetzung an dieser Stelle nicht weiterführen (Nur so viel: Ihrem letzten Satz stimme ich voll zu!). Vielleicht gelingt es uns ja sogar, dazu eine Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Dann hätte die ganze Sache noch mehr Sinn.

(…)

Viele Grüße JOACHIM GEFFERS

In der Hoffnung, die Diskussion um Bildungsgerechtigkeit und Schulstruktur beleben zu können, sind Leserbriefschreiberin und Redaktion übereingekommen, diesen Schriftverkehr zu veröffentlichen. Den benannten Artikel ohne den technischen Fehler, wie er in der Druckausgabe passiert ist, findet sich unter: https://www.gew-hamburg.de/sites/default/files/download/hlz/magazin_gewalt_an_schulen_9-10-2021.pdf

DEBATTE 2

Aus gewerkschaftlicher Sicht nicht unproblematisch

hlz 9-10/2021, S. 63: „Aus dem Furor ...“

Der Artikel scheint für die Strategie der GEW in Corona-Zeiten von grundsätzlicher Bedeutung zu sein. Deshalb einige Anmerkungen dazu:

1) Jüngste Studien in Großbritannien kamen zu dem Ergebnis, dass der Schutz vor einer Infektion 90 Tage nach der zweiten Impfung mit Biontech/Pfizer bei 75 Prozent und bei Astrazeneca bei 61 Prozent liegt. Geimpfte infizieren sich also mit

einer Wahrscheinlichkeit von 25 bzw. 39 Prozent und verbreiten in diesem Fall die Viren genauso wie Ungeimpfte. Die genannten Prozentzahlen reichen nicht aus, um eine Herdenimmunität mithilfe einer Impfkampagne herzustellen. So kommt selbst Dr. Drosten zu dem Ergebnis, dass eine Herdenimmunität mithilfe der Impfung nicht erreichbar sei und rät gerade aus diesem Grund zu einer Impfung, weil niemand darauf hoffen könne, durch die Herdenimmunität geschützt zu werden, aber durch eine Impfung vor einem schweren Verlauf der Erkrankung besser geschützt sei.

Die Impfung ist für die meisten Erwachsenen also durchaus sinnvoll. Sie ist aber kein heldenhafter Schutz der Gemeinschaft, sondern reiner Selbstschutz. Bleibt das Argument von Joachim Geffers, Ungeimpfte würden durch ihr Risiko eines schwereren Krankheitsverlaufs der Gesellschaft höhere Kosten aufbürden. Ich warne vor der Stoßrichtung einer solchen Argumentation. Mit derselben Begründung könnte man Übergewichtige, Raucher- Alkoholkonsument-, Extremsportler_innen usw. aus den Solidarsystemen der Gesellschaft ausschließen, weil sie alle durch ihr Verhalten die Gesellschaft mit Kosten belasten. Das Ergebnis einer solchen Strategie wäre eine vollständige Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft. Die Gewerkschaften sollten derartigen Strategien, mit denen verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden, entgegentreten, statt sie zu befördern.

2) Es wäre wünschenswert, dass die Gewerkschaften auch in der gegenwärtigen Phase, in der der Kampf gegen die Pandemie die Wagenburgmentalität in der Gesellschaft befördert, nicht in eine reine Politik des Burgfriedens verfallen, sondern die Maßnahmen der Regierung kritisch begleiten. Denn unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung – (vgl.: ntv.de, fzö/rts, https://www.n-tv.de/wissen/Studie-untermauert-Virus-last-Verdacht-article22751421. html (Zugriff: 20.08.2021) 2 vgl.: RP-online, https://rp-online.de/panorama/coronavirus/christian-drosten-corona-impfquote-bietet- keinen-indirekten-schutz-fuer-ungeimpfte_aid-62236005 (Zugriff: 20.08.2021) wird zugleich – und vielleicht sogar in erster Linie – massive Industriepolitik betrieben. Betrachtet man die gegenwärtige Impfkampagne, so sehen wir eine permanente Ausweitung der Impfungen. Zunächst betraf es die Alten, dann alle Erwachsenen, dann Jugendliche, Kinder, Schwangere, dann gab es Zweit- und Drittimpfungen usw. Da zumindest bei Jugendlichen, Kindern und Schwangeren der Nutzen der Impfung im Vergleich zum Risiko äußerst umstritten ist (selbst die Ständige Impfkommission konnte nur unter erheblichem politischen Druck dazu gebracht werden, diesen Impfprogrammen zuzustimmen), geht es offensichtlich nicht nur um eine Pandemiebekämpfung, sondern eher um Industriepolitik. Nach vielen Misserfolgen der Bundesregierung, das deutsche Kapital in den Zukunftstechnologien an die Weltspitze zu führen, hat man nun mit Biontech in der zukunftsträchtigen Pharmaindustrie endlich einen global player mit führender Technologie, den man mit allen Mitteln vorwärts pusht, um ja nicht wieder den Anschluss zu verpassen. Die permanente Ausweitung der Impfkampagne dient dann auch eher der Steigerung der Profitabilität der Pharmaindustrie und der Absicherung der Position von Biontech im internationalen Wettbewerb. Auch die Weigerung der Bundesregierung, die Patente für die Impfseren freizugeben, diente sicher nicht der weltweiten Pandemiebekämpfung, sondern den Interessen des deutschen Kapitals. Hier müssen sich die Gewerkschaften auf ihr zentrales Urthema, den Interessenkonflikt von Arbeit und Kapital, besinnen und ihn wieder in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Auch in diesem Sinne wäre die gegenwärtige Impfkampagne kritisch zu hinterfragen.

3) Aus gewerkschaftlicher Sicht ganz problematisch wird Joachim Geffers‘ Position, wenn er argumentiert, der Druck auf Ungeimpfte müsse (unter anderem auch mit finanziellen Mitteln) weiter erhöht werden. In der Logik dieser Argumentation müsste er auch den jüngsten Beschluss der Gesundheitsminister begrüßen, für Ungeimpfte die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zu verweigern. Hier handelt es sich aber um einen unter dem Deckmantel angeblicher Pandemiebekämpfung vorgetragenen fundamentalen Angriff auf Arbeitnehmerrechte. Und so haben dann auch z.B. die Vorstände von DGB und ver.di deutlichen Protest gegen diese Maßnahme angemeldet. Hier scheint das gewerkschaftliche Bewusstsein höher entwickelt zu sein als in Teilen der GEW. Das mag auch daran liegen, dass in der GEW viele Beamt_innen organisiert sind, die sich im Vergleich zu in der freien Wirtschaft Beschäftigten um eine Fortzahlung ihrer Bezüge wenig Sorgen machen müssen. Das kann sich bald ändern, wenn nach der Pandemie die durch die Pandemiebekämpfung aufgelaufenen Staatsschulden mithilfe von Sparprogrammen im Öffentlichen Dienst abgebaut werden.

Angesichts derartig vieler Unklarheiten und Irritationen in der GEW wäre eine breite Diskussion um die zukünftige Strategie wünschenswert, zu der dieser Artikel ein Aufruf ist.

THOMAS UWIS

Inhaltlich möchte ich an dieser Stelle nichts erwidern, außer, dass ich nicht die Strategie der GEW bestimme und auch meinen Einfluss auf diese eher als gering einschätze. Ich habe lediglich meine persönliche Meinung kundgetan. JG

„Natur des Virus-Geschehens“ verkannt

GEW vernachlässig die Interessen der Kinder und Jugendlichen in der so genannten Corona-Krise *(Rechtschreibung des Autors übernommen)*

Moin,

nach 49 JAHREN MITGLIEDSCHAFT beende ich hiermit schweren Herzens meine Mitgliedschaft in der GEW. Als Referendar trat ich 1972 in den Landesverband Berlin (-West) in die Gewerkschaft ein, organisierte sogleich den 1. Referendar_innenstreik mit, wechselte 1974 in die Bremer GEW und nach meiner Pensionierung in den Hamburger Landesverband.

Lange habe ich mit dieser Entscheidung gezögert. Seit gut 1 1/2 Jahren beobachte ich, wie die GEW_HH (Ähnliches gilt für den Bund) keinen akzeptablen Standpunkt findet zu CORONA. Der jüngste Kommentar von Joachim Geffers in der HLZ hat das Faß zum Überlaufen gebracht. J.G. und die Verantwortlichen in der GEW-HH vernachlässigen die Interessen der Kinder und Jugendlichen in der sog. „Corona-Krise“, weil sie bis heute kein Verständnis von der Natur des Virus-Geschehens und den Interessen der Pharmaindustrie gewonnen haben. Sie sehen nicht, daß die Impfkampagne und die sie begleitenden politischen Zwangsmaßnahmen zentraler Bestandteil einer umfassenden, weltweiten Kampagne zur Konsolidierung der Kapitalherrschaft und der Entfesselung eines neuen Akkumulationsschubs sind. Die frei vagabundierenden Finanzmittel (Casino-Kapitalismus) müssen ja irgendwo gewinnbringend angelegt werden.

Die Regierenden handeln in ihrem Auftrag, seit die bürgerliche Klassenherrschaft sich durchgesetzt hat. Das wird auch weiter so sein: Daß der Staat die Verwertungsinteressen des Kapitals schützt, indem er die dafür günstigsten Rahmenbedingungen schafft. Er schützt damit die von ihnen Profitierenden. Daß die Schere von Arm und Reich immer mehr auseinanderklafft, dürfte niemandem entgangen sein.

Neu ist, daß ein großer Teil der organisierten Linken dies offenbar vergessen oder verdrängt hat. Jedenfalls sehe ich nicht, daß von ihnen die staatlichen Disziplinierungsmaßnahmen als Teil der Kapitalstrategie erkannt werden. Herrschaft in ihrem Sinne braucht mehr denn je gefügige Arbeitnehmer_innen, da die Legitimität dieser Herrschaft erodiert. Weshalb dieser Zusammenhang in Bezug auf die C-Maßnahmen nicht gesehen und nicht angemessen darauf reagiert wird (der Absturz der Linken bei den Bt-Wahlen ist ein Indiz dafür), darüber kann mensch viel spekulieren. Es gibt sicher zahlreiche Gründe dafür. Ein wesentlicher ist, daß eine große Propagandamaschine, die fast alle Teile der veröffentlichten Meinung erfaßt und einbezogen hat, eine Aufklärung zunehmend erschwert. Auf Details einzugehen, würde hier zu weit führen.

Sie erschwert auch die Bildung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Was wir gegenwärtig erleben, ist die Spaltung der Gesellschaft, neben der immer schon vorhandenen im sozialen Bereich, auch in neuen Bereichen: Die Verlagerung des Risikos jeder Art auf die abhängig Beschäftigten und auf die ganz oder teilweise aus dem regulären Betrieb der Megamaschine Herausgefallenen. Die Spaltung wird von den Herrschenden erfolgreich auf die ihnen Untergebenen abgewälzt. Sie, die Beschäftigten, die den Mehrwert erarbeiten, die kleinen Gewerbetreibenden, die Kulturveranstalter, die Restaurant- und Cafébesitzer_innen u.v.m.betreiben auf Geheiß der Obrigkeit eigenständig die Selektierung und Entsolidarisierung (siehe G2, G3-etc). Das nannte man früher Apartheits-Politik. Was ist es anderes?

Ein gelungener Schachzug der Herrschenden – zugegeben! Und viele, auch Linke (sollte man besser sagen: ehemalige Linke?), machen ausdrücklich, manche sogar missionarisch mit („Zero-Covid“-Anhänger, irregeleitete „Antifas“).

Ich habe keine Hoffnung, daß sich dieser Zustand so schnell ändert. Er wird die Politik, egal unter welcher Führung, auf Jahre hinaus bestimmen. Opposition hat sich in Luft aufgelöst bzw. ist in die innere Emigration gegangen.

Wissenschaftlich ist längst erwiesen, und zwar schon seit der berühmten Bestandsaufnahme des Beamten aus dem Ministerium für Gesundheit im Mai letzten Jahres und seitdem vielfach bestätigt, daß Risiken und Nebenwirkungen des Lockdowns und der Impfkampagne größer und schwerwiegender sind – vor allem langfristig – als die versprochenen positiven Wirkungen. Die Möglichkeit, auf alternative, also eigentlich klassische Impfstoffe bzw. Medikamente zurückzugreifen, wird verhindert (nicht zugelassen), vermutlich aus Wettbewerbsgründen. Hier auf Details einzugehen, erspare ich mir jetzt ebenfalls. Es wäre wohl auch müßig. Ein aufgeklärter Mensch müßte die Fakten kennen. Sie sind aber offiziell nicht erwünscht, werden geleugnet, unterdrückt oder wo das gar nicht mehr geht, schlicht verboten zu publizieren. Die Beispiele für Presse- und Zensur der Meinungsfreiheit häufen sich gerade und sie werden in naher Zukunft noch verschärft (eine staatlich gelenkte Aufsichtsbehörde über Fakten bzw. fake news ist in Planung und bereits in Aktion – George Orwell läßt grüßen!).

Auf den Nachdenkseiten.de häufen sich in letzter Zeit die Berichte darüber. Ich verweise auf den Blog von Norbert Häring (siehe z.B. nachdenkseiten.de/ Hinweise des Tages vom 20.10.).

Was wir erleben, ist also ein Rückfall ins Mittelalter, auf dem Weg in einen neofeudalen Obrigkeitsstaat. Freiheit im modernen Sinne bedeutet Unterordnung unter die von oben gesetzten Direktiven, ist Gehorsam. Individuelle Freiheit bedeutet in dieser Gesellschaft perspektivisch höchstens, daß sich jede und jeder im Stillen in seiner/ihrer politischen Blase „sonnt".

Ich mache die Erfahrung auch mit Kollegen: Daß sie nur noch selten bereit sind, sich gegenseitig zuzuhören. Sie erkennen nicht, daß wir uns damit allesamt in Sackgassen verrennen. Joachim Geffers will – und damit komme ich zur GEW und HLZ im besonderen zurück – sogar nicht einmal mehr die Freiheit zugestehen, sich um die körperliche und seelische Gesundheit selbst zu kümmern. Aufklärung über das, was die Immunabwehr stärkt, nämlich ein bewußter persönlicher Lebensstil, frei von Angst und Panikmache, findet gegenwärtig so gut wie nie statt. Das setzt unabdingbar eine freie Entscheidung darüber voraus, ob ich meine körperliche Unversehrtheit selbst schütze. Durch die Impfungen wird sie nicht geschützt – im Gegenteil. Das weisen neueste Studien aus GB, Israel und den USA aus. Andere europäische Länder ziehen daraus bereits Konsequenzen. Wer wissen will, was Menschenleben für die chemische und pharmazeutische Industrie bedeuten, muß sich nur die unendliche Liste von tödlichen Übergriffen und Folgen toxischer Arzneimittel und Herbizide anschauen.

Es gibt sicher eine ganze Reihe anderer Themen, für die die GEW streitet und für die es lohnt einzutreten, auch für Pensionär_innen. Doch die menschengemachte „C-Krise" wird auch in absehbarer Zeit alle anderen Themen überlagern. Diese hat schon jetzt zu einer „verlorenen", weil traumatisierten jungen Generation geführt. Die Psychotherapeut_innen können ein Lied davon singen, ihre Praxen bzw. die Wartelisten sind übervoll. Nutznießer sind allein die Kapitalbesitzer. Sie werden ihre Privilegien durch das bewährte Instrument „Teilen und Herrschen" zu stabilisieren wissen. Ich wünschte, die GEW könnte sich ausdrücklich davon distanzieren!

Allein eine Gesprächsbereitschaft seitens der GEW-Führung und des Schriftleiters der HLZ könnte mich in meiner Entscheidung noch umstimmen. Sie müßten zuvörderst anerkennen, daß es nicht akzeptabel ist, Geimpfte und Nicht-Geimpfte gegeneinander auszuspielen (siehe die unheilige G-2-Regel!) und daß das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit nach wie vor gültig sein sollte und gerade bei Kindern und Jugendlichen oberste Priorität genießen muß. Das heißt in der Konsequenz: Hände weg, Kids und Jugendliche bzw. deren Eltern zur Impfung zu nötigen.

Und Schluß mit den Maßregelungen und der Angstmacherei ihnen gegenüber.

Mit kollegialen Grüßen, HOLGER ROHRBACH

Moin Holger,

wenn du meinen Text (Aus dem Furor…) richtig gelesen hast, wird dir die Formulierung: „Man hat sich anders entschieden" nicht entgangen sein. Daraus konnte jede_r Leser_in schließen, dass das Thema auch in den GEW-Gremien hart umkämpft ist. Ich auf jeden Fall konnte mich wiederholt mit meiner Position des 2G für alle GEW-Veranstaltungen nicht durchsetzen. Das ist für mich enttäuschend, aber ich werde nicht nachlassen, für meine Position zu kämpfen. Das wünschte ich mir auch von dir, der du in dieser Frage direkt mein Gegenspieler bist. Ich betone: zu diesem Thema! Deine übrigen Einlassungen, was die Machtstrukturen und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft betrifft, teile ich weitgehend. Und das macht die Diskussion um Covid 19 besonders. Wir führen eine Auseinandersetzung unter nahezu Gleichgesinnten.

Da du mich direkt angesprochen hast, ich zitiere: „J.G. will (…) sogar nicht einmal mehr die Freiheit zugestehen, sich um die körperliche und seelische Gesundheit selbst zu kümmern." – Ja, das ist bezogen auf das Impfen gegen Covid 19 richtig, dazu stehe ich! Für mich hört die Freiheit des Einzelnen dort auf, wo er oder sie andere durch das eigene Handeln unmittelbar gefährdet und – wie in diesem Fall – sogar einer tödlichen Gefahr aussetzt. Auf die von dir erwähnten wissenschaftlichen Belege will ich nicht eingehen. Da bin ich ganz deiner Meinung, dass dies den Rahmen einer Auseinandersetzung an dieser Stelle sprengen würde. Mir genügt allerdings die Tatsache, dass es sich bei nahezu allen, die jetzt auf den Intensivstationen liegen, um Nichtgeimpfte handelt. Sie sind für mich die Opfer und zugleich der erschreckende Beweis für das Spiel mit dem Tod, das die Impfgegner_innen betreiben.

Dies wirst du anders sehen. Dieses Recht, deine Meinung dazu kundzutun, will dir niemand nehmen! Dass es nicht einfach ist, wenn man gegen den Mainstream schwimmen muss, erkenne ich an. Diese Erfahrung habe ich oft genug selbst machen müssen und mache sie auch gegenwärtig. Ich finde es aber mehr als schade, wenn du dich deswegen aus einer Gemeinschaft zurückziehst, deren oberstes Anliegen der Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit ist. Dass dies auch dein Anliegen ist, lese ich aus deinen Worten heraus. Ich wünschte also, dass ich auch weiterhin die Grußformel ‚Mit gewerkschaftlichen Grüßen' benutzen könnte.

JOACHIM

Moin Holger,

eigentlich wollte ich auf Deinen Brief nicht antworten, da er jetzt aber in der HLZ erscheint, sehe ich mich doch genötigt, darauf einzugehen. Immerhin hast Du uns Vorsitzende ja direkt angeschrieben und die HLZ-Leser_innenschaft, zu der Du ja auch noch (…) gehörst, sollte dann auch lesen können, warum ich bisher nicht darauf reagiert habe.

Über Corona, die Pandemie, den politischen und gewerkschaftlichen Umgang mit ihr usw. wird in der GEW heiß gestritten, das hat Jochen ja auch schon erwähnt und das ist auch richtig und notwendig. Es gibt die verschiedenen Fach- und Betriebsgruppen; diese können Anträge in den GA, Landesvorstand und auf dem Gewerkschaftstag einbringen. Als langjähriges Gewerkschaftsmitglied sind Dir diese Abläufe sicherlich vertraut. Aber auch ich als Vorsitzender kann natürlich etwas einzeln diskutieren. Entscheiden tun aber am Ende die erwähnten Gremien und auch das ist gut so! Was ich nicht mache, ist, mich mit einer Haltung „wenn Du nicht mit mir redest, trete ich aus“ erpressen zu lassen. Das wird zum Einen den obigen Gremien nicht gerecht, zum Anderen finde ich das auch keinen Umgang. Natürlich kann jeder und jede austreten, wenn ihr/ihm Haltungen nicht gefallen oder widersprechen. Das ist dann schade und beendet die Diskussion.

Inhaltlich finde ich es schwer, auf Deinen Brief einzugehen. Wie ich oben schon schrieb, ist eine Diskussion über die gewerkschaftliche Haltung in dieser Pandemie notwendig. Deiner Haltung von der großen Weltverschwörung, die uns zurück ins Mittelalter führt, kann ich (glücklicherweise) in keinster Weise folgen. Du wähnst Dich ja auch schon in der Apartheid und spätestens da bin ich dann ausgestiegen. Das wird der Situation in Südafrika in den 70ern in keinster Weise gerecht und Dein Vergleich erinnert mich wahlweise an Naivlinge wie „Jana aus Kassel“ oder rechte Reichsbürger. Sich auf Studien zu berufen, die man nicht zitiert, weil ja „ein aufgeklärter Mensch die Fakten kennen müsste“, kommt auch aus der tiefsten Corona-Leugner-Kiste und bestätigt (leider) meinen ersten Eindruck nach der „Apartheid“.

Er bestätigt leider auch meine Erfahrung, als Linker inzwischen schlechte Politik der CDU/SPD-Regierung verteidigen zu müssen. Das kennen wir ja schon. Das war ja leider auch 2015 bitter nötig. Dies inzwischen auch gegenüber Menschen tun zu müssen, die sich selber als Linke verstehen, ist besonders bitter.

Als Gewerkschafter will ich die aktuelle Politik kritisch begleiten, den Arbeits- und Gesundheitsschutz stärken etc. Ich will nicht jeder einzelnen Meinung hinterherrennen, auch nicht jeder Studie, die schon 10x widerlegt ist.

Natürlich ist global die Schere zwischen arm und reich noch einmal kräftig auseinandergegangen. Das Wachsen weniger globaler Konzerne während der Pandemie, während viele immer ärmer werden, ist besorgniserregend (das ist eigentlich noch zu wenig). Das passiert auch nicht „einfach so“ und gehört kritisiert und angegangen. Da wartet viel Arbeit. Das ist aber eine Diskussion für einen anderen Ort und nicht hier, wo ich deutlich machen wollte, warum ich die Debatte nicht so führen werde.

Holger, natürlich möchte ich diese Diskussion auch innergewerkschaftlich mit Dir führen, am Ende ist das aber Deine Entscheidung.

Kollegiale Grüße
BODO HAß
Zweiter stellvertretender Vorsitzender

FACHTAGUNG

ANTISEMITISMUS

Beständiges Vorurteil!? Antisemitismus im Geschichts-, Religions- und Politikunterricht begegnen

Freitag, 19. und Samstag, 20. November 2021
Anmeldung: Veranstaltungs-Nr. 2114X0701

LI HAMBURG

Hamburg

SOZIALE BEWEGUNG

68er und die Folgen

Nachwirkungen der Bewegung in Schulen in den 70er/80er Jahren

Der Historische Arbeitskreis SDS/APO Hamburg 1968 veröffentlichte seine Webseite Ende 2020. Inzwischen haben wir unsere Recherchen fortgesetzt. Dazu gehören jetzt auch die 68er-Auswirkungen in den nachfolgenden Jahrzehnten. Erste Ergebnisse dazu stehen nun im neuen Ordner „die 70er/80er Jahre“ auf der Website https://sds-apo68hh.de/

Im Mittelpunkt steht die Masterarbeit von Anne Muschhammer (2021): „Hamburger Lehrkräfte als Vermittler_Innen der 1968er Bewegung“. Sie stellt die Ziel- und Werteorientierungen von damals engagierten Lehrkräften detailliert vor und fragt: Wie ließen sie sich in Schule und Unterricht umsetzen? Was wurde aus der Kritik an den autoritären Strukturen, überholten Lerninhalten und veralteten Unterrichtsmethoden? Wo blieben die Forderungen nach Demokratisierung der Schulen und der Beteiligung von Schüler_innen? Konnte mehr Chancengleichheit und Emanzipation erreicht werden? Auf welche Widerstände stießen die Innovationen?

Anne Muschhammer nutzte empirische Methoden der Oral-History und führte lange mündliche Interviews mit Zeitzeug_innen, die sie durch einem Aufruf in der HLZ fand. Die Gespräche werden im Anhang der Masterarbeit detailliert protokolliert. Diese Dokumente bereichern die Hamburger Bildungs- und Zeitgeschichte nach 1968.

Der Unterordner „Lehrkräfte und Schulen“ enthält zahlreiche Dokumente und einschlägige Beiträge, so auch diesen altbekannten nebenstehenden Bestseller.

Derzeit finden weitere Gespräche mit Zeitzeug_innen aus Schulen in der Forschungswerkstatt von Studierenden der Fakultät Erziehungswissenschaft statt. Ergebnisse dazu wollen wir im Frühjahr 2022 auf der genannten Website veröffentlichen. – Außerdem veröffentlichen wir Ergebnisse unserer Recherchen zur Sozialarbeit: Sozialarbeitsbewegung, Jugendzentren, Heimkampagnen, Soziale Psychiatrie. – Neu eingestellt wurden ebenfalls Beiträge und Dokumente zur Hamburger Dokumentar- und Videoszene, die ihren Aufbruch nach 1968 in Filmen mit dem Anspruch einer kritischen Gegenöffentlichkeit in vielen gesellschaftlichen Teilbereichen dokumentieren.

ARWED MILZ
Historischer Arbeitskreis
SDS/APO Hamburg 1968

---

50 JAHRE BERUFSVERBOTE

23. November 1971

Das erste Berufsverbot in Hamburg – Es galt der Kollegin Heike Gohl

Die Suche nach den wahren Verfassungsfeinden gestaltete sich nicht so einfach, wie wohl zunächst gedacht. Auf jeden Fall gab es seitens des Senats keinen klaren Beschluss, der justiziabel schien. Die Staatliche Pressestelle sprang ein und präzisierte, was zu manch einer Irritation beitrug.

Wer genau wissen möchte, wie alles begann, lese das nach bei: Alexandra Jaeger; Auf der Suche nach „Verfassungsfeinden“, Der Radikalenbeschluss in Hamburg 1971-1987, S. 102-108

© GEW-HH

Gemeinsam für eine Zukunft ohne Kinderarbeit

Schafft ein, zwei, viele Projekte auf der Welt!

Zwar hat die Pandemie ihre Spuren auch in der Durchführung der gewerkschaftlichen Projekte zur Einrichtung kinderarbeitsfreier Zonen hinterlassen, aber in den meisten Projektgebieten blieben die Gewerkschaftskolleg_innen während der Schulschließungen keineswegs untätig.

Das zeigt die Bestandsaufnahme des Kollegen Sam Grumiau von der Bildungsinternationale in Brüssel, der für die Fair Childhood-Stiftung der GEW im kontinuierlichen Kontakt zu allen geförderten Projekten steht.

Wo fördert Fair Childhood (FC) Projekte gegen Kinderarbeit?

In der Regel gibt FC eine über zwei bis drei Jahre gestaffelte Anschubfinanzierung für neu entstehende Projekte in Regionen, die die lokalen Gewerkschaften auswählen. In einigen Fällen sind diese Projekte so erfolgreich, dass sie in weiteren Regionen des Landes Nachahmung finden.

In Albanien gibt es seit Ende 2019 ein solches Folgeprojekt, das an zwei Schulen im Distrikt Korca schon im Juni 2021 erste Erfolge vermelden kann. 32 von 61 Schüler_innen sind bereits aus der Kinderarbeit in die Schule zurückgekehrt, von den 104 registrierten Dropout-Gefährdeten besuchen 84 die Schule wieder regelmäßig. 90 Lehrkräfte, Lernende, Eltern und Großeltern sind sehr aktiv an den Projektaktivitäten beteiligt und haben auch die Aufmerksamkeit der Medien und der Bildungsverantwortlichen in der Politik geweckt.

Nicaragua ist ein weiteres Beispiel, wo die von 2015 bis 2018 erfolgreich durchgeführten Pro-

Fotos: fair childhood

Demo gegen Kinderarbeit von Betroffenen am 12. Juni in Bambilor (Senegal)

jekte „Raus aus Kinderarbeit, in die Schule“ nach den politischen Unruhen von 2018/19 wieder aufgegriffen und fortgeführt werden, mitten in der Pandemie mit einem Dropout von 40 Prozent. Lehrer_innen, Lernende und Eltern stellten gemeinsam Schutzmasken und Desinfektionsgel für ihre Schulen her.

Vielversprechende neue Projekte in Indien und Afrika

Der Start des Projekts in zwei Kommunen des Haryana State nahe Dehli verzögerte sich wegen der mehr als 18 Monate dauernden Schulschließungen. Die lokale Gewerkschaft informierte politisch Verantwortliche der Region, schulte die Lehrkräfte, startete eine Untersuchung über die Zahl nicht eingeschulter Kinder und informierte mehr als 300 Eltern, Kinder und Schulleitungsmitglieder über Kinderarbeit und über die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen, um Kinder einfacher in die Schulen zu bringen.

In Westafrika unterstützt FC weiterhin Projekte in Mali und Burkina Faso und zwei neue in Togo und im Senegal. Am 12. Juni erregte ein großer Demonstrationszug gegen Kinderarbeit in Bambilor öffentliche Aufmerksamkeit und wurde in mehreren Fernsehkanälen gezeigt.

Ebenfalls in diesem Jahr begann ein Projekt im ostafrikanischen Burundi in einem Gebiet mit hoher Kinderarbeitsrate. Von den etwa 7000 schulpflichtigen Kindern dort waren nur 6000 in der Schule angemeldet. Die anderen arbeiteten auf Reisfeldern, im Fischfang oder in Ziegeleien.

Die Gewerkschaft STEB entwickelte eigene Fortbildungsmaterialien zu Kinderarbeit und führte Schulungen für Multiplikator_innen und Lehrkräfte durch, die von drei Radiosendern verbreitet wurden. Jetzt zum Schuljahresbeginn waren 205 ehemalige Kinderarbeiter_innen in den Schulen angemeldet.

Pädagog_innen zeigen sich solidarisch mit demonstrierenden Kindern

Die Einrichtung von Schulclubs gegen Kinderarbeit und Straßentheater versprechen, diesen Trend zu verstärken.

In Uganda werden die seit 2015 erfolgreichen Projekte der UNATU in zwei kinderarbeitsfreien Gebieten fortgeführt, obwohl die Schulen seit März 2020 geschlossen sind und die Auswirkungen von COVID-19-Maßnahmen sich besonders drastisch zeigten in Gewalt, Drogenmissbrauch, Frühverheiratung und Schwangerschaft. Mit Radio-Talkshows auf lokalen Sendern, Community Drives (mit Lautsprecherwagen) und in der Zusammenarbeit mit Gesundheitszentren konnte die Gewerkschaft die öffentliche Aufmerksamkeit auf Bildung und psychosoziale Vorsorge für die Jugendlichen lenken. Diesbezügliche Trainings für Lehrkräfte halfen vielen, die Lernenden bei all den Problemen besser zu begleiten.

Im Dowa-Distrikt/Malawi richteten die Gewerkschaften TUM und PSEUM 2019/20 eine kinderarbeitsfreie Zone ein, die 10 Primarschulen umfasst. Bis zur Schulschließung wegen COVID konnten 285 Kinder aus Kinderarbeit in die Schulen geholt werden. In allen 10 Schulen wurden körperliche Bestrafungen abgeschafft und kinderfreundliche Pädagogik eingeführt sowie Kinderrechte in den Unterrichtsplan aufgenommen. Von März bis Oktober 2020 nahmen Kinderarbeit und Frühverheiratung wieder zu. Die Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften waren auch hier Radiosendungen und Comunity Drives im Rahmen einer groß angelegten „Back to School“-Kampagne. In den kommenden zwei Jahren soll das Projekt ausgeweitet werden und weitere 15 Schulen umfassen.

ZIMTA und PTUZ in Simbabwe führen das erste Projekt in Chipinge/Manicaland selbständig weiter und starten gerade ein neues in Muzarabani/Mashonaland, wo Kinderarbeit beim Goldwaschen, in Landwirtschaft, Hausdiensten, Straßenverkauf und Grenzverkehr verbreitet ist und wo es mit die wenigsten Schulabschlüsse in Simbabwe gibt. Mit ähnlichen Mitteln wie in Uganda und Malawi versuchten die Gewerkschaften auch hier die Zeit der Schulschließungen zu überbrücken und Kontakt zu Eltern und Kindern zu halten.

Es sind die Spenden von GEW-Mitgliedern an die Fair Childhood Stiftung, die den Gewerkschaften vor Ort Projekte gegen Kinderarbeit ermöglichen.

BRUNI RÖMER
Fair childhood

Wenig romantisch

Musikalische Demonstration für die belarussische Musikerin und Musikdozentin Maria Kalesnikava

So sollte jeder Tag beginnen: strahlender Sonnenschein, aber nicht zu heiß, milde Luft – es könnte ein wunderbarer Spätsommertag werden. Am Morgen des 6.9.2021, es ist Montag, versammeln sich einige Menschen vor dem Gartenhaus von Salomon Heine, dem Hamburger Onkel Heinrich Heines. Es liegt in einem kleinen, aber idyllischen Park mit uraltem Baumbestand.

Der Anlass des Treffens ist weniger romantisch: am heutigen Tag soll das Urteil im Prozess gegen Maria Kalesnikava verkündet werden. Die Versammelten waren gekommen, weil sie in großer Sorge um ihre angeklagte Musiker-Kollegin sind, die lange Zeit in Deutschland gelebt hat. Man kann nur das Schlimmste befürchten, denn in den Medien war von 12 Jahren Haft die Rede.

Wer ist Maria Kalesnikava? Sie ist Musikerin – Querflötistin, in Belarus geboren, wo sie ein Musikstudium absolviert hat, das neben dem Studium der Querflöte auch das Dirigieren umfasste. Ihre Neugierde und ihr musikalisches Interesse trieben sie nach Deutschland, nach Stuttgart, wo sie ein weiteres Studium der Alten und Neuen Musik aufnahm. Dort begann auch ihre Karriere als Querflötistin, die sie mit verschiedenen Ensembles auf nationale und internationale Festivals führte.

Doch es blieb nicht beim Musizieren: Christine Fischer, die Intendantin des ECLAT-Festivals für Neue Musik, holte sie in ihr Team, wo sie für den Bereich Social-Media zuständig war und dafür von ihrer Chefin in höchsten Tönen (!) gelobt wurde.

Nach vielen Jahren in Deutschland, wo sie auch als Dozentin für Querflöte tätig war, kehrte sie aus persönlichen Gründen nach Belarus zurück. Die Bekanntschaft mit Viktor Babariko, einem belorussischen Banker und Kunstförderer, gab ihrem Leben eine neue und – wie sich zeigen wird – dramatische Wendung: er berief sie in sein Team für die

Fotos: Klaus Roemer

‘Ode an die Freiheit‘ in Anlehnung an Beethovens ‚Ode an die Freude‘ vor dem Haus des belarussischen Honorarkonsuls

Bewerbung als Kandidat für die belorussische Präsidentschaft.

Sie wurde seine Wahlkampfmanagerin und in dem Moment international bekannt, als die belorussische Staatsführung um Alexander Lukaschenko seinen aussichtsreichen Gegenkandidaten Babariko einige Wochen vor der Wahl ‚aus dem Verkehr zog': unter fadenscheinigen Begründungen war er festgenommen und von der Wahl ausgeschlossen worden. Da hatte der ‚letzte Diktator Europas', wie Lukaschenko in unseren Medien auch gerne betitelt wird, mal wieder zugeschlagen!

In den Jahren zuvor hatte er immer mal wieder Avancen in Richtung Westen unternommen, um ein Gegengewicht gegenüber der Abhängigkeit seines kleinen Landes von dem Riesen-Nachbar Russland zu haben. Doch jetzt, wo es um seinen Machterhalt ging, wurde wieder eins seiner alten Machtinstrumente herausgeholt: brutale Missachtung jeglicher Rechtsstandards. Das gleiche Schicksal widerfuhr einem weiteren aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten, Sergej Tichanowsky.

Doch ein Wunder geschah: die Ehefrau Svetlana Tichanowskaja ließ sich anstelle ihres Ehemanns als Kandidatin registrieren und ihr zur Seite stellten sich noch zwei andere Frauen – eine davon war Maria Kalesnikava –, die nun anstelle der verhafteten Kandidaten den Wahlkampf führten. Dieses Frauen-Trio war die große Sensation: jung, feminin, gebildet und kämpferisch! Ein politisches und mediales Ereignis – nicht nur für Belarus mit seiner verkrusteten männlich dominierten Machtelite – sondern international: Die erstarkende Bewegung im Westen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft schien hier ihr Pendant im östlichen Europa gefunden zu haben.

Rasch wurde Maria Kalesnikava mit ihrem selbstbewussten, aber trotzdem freundlichen Auftreten zu einer Symbolfigur der erstarkenden Oppositionsbewegung im Land. Unvergessen die Bilder von ihr, als sie lachend und tanzend mit dem Herzzeichen ihrer Hände im Demonstrationszug mitlief – inmitten einer Menge von rot-weiß gekleideten Menschen mit rot-weißen Fahnen, den Farben der Opposition.

Der Machtzirkel um Lukaschenko war angesichts dieser unerwarteten medialen und organisatorischen Wucht der Opposition in die Defensive gedrängt. Doch ließ die öffentlich gezeigte Unterstützung seines russischen Kollegen für Lukaschenko Böses erahnen: Putin hatte offenbar erkannt, dass das Erstarken der belorussischen Opposition auch auf Russland überschwappen und eine Gefährdung seiner eigenen Machtposition bewirken könnte. Dies musste unter allen Umständen verhindert werden.

Mit dieser Rückendeckung konnte sich das belorussische Unterdrückungsregime von der Überrumpelung durch die rot-weiße Opposition erholen: es tauchten bei Demonstrationen immer mehr Sicherheitskräfte auf und die ‚Behandlung' der Teilnehmenden wurde immer brutaler. Am 7. September traf es auch Maria Kalesnikava. Am frühen Morgen wurde sie in Minsk – Augenzeugenberichten zufolge – von maskierten Männern in einen Kastenwagen gezerrt und verschwand spurlos. Erst 48 Stunden später teilten die belorussischen Behörden mit, dass sie festgenommen worden war und sich geweigert hatte, Belarus gegen ihren Willen zu verlassen.

Zurück zur Versammlung von Hamburger Musiker_innen und Musiklehrer_innen im Heine-Park: beim Referieren der oben geschilderten Ereignisse – und genau einen Tag vor dem Jahrestag der Verschleppung von Maria K. durch die belorussischen ‚Sicherheitskräfte' am 7. 9.2020 – warf eine Teilnehmerin die Eilmeldung in die Runde, dass Maria Kalesnikava wie befürchtet zu einer hohen Strafe verurteilt worden war: 11 Jahre Haft!

11 Jahre Lagerhaft – das bedeutet: keine Auftritte und Konzerte mehr, kein Musizieren für sich und für andere, kein Weitergeben der in jahrzehntelanger Arbeit erworbenen Kenntnisse an ihre Schüler_innen, kein direkter Kontakt zu Familie und Freunden. Statt dessen: tägliche Schikanen (auch von Mithäftlingen), Androhung oder sogar Durchführung von Folterungen.

Die offizielle Begründung hätte nicht absurder sein können: ‚Verschwörung mit dem Ziel der illegalen Machtergreifung und Gründung und Führung einer extremistischen Vereinigung' (SPIEGEL-Bericht vom 6.9.21). Ihr wirkliches ‚Vergehen': Die Forderung von rechtmäßigen Wahlen und die Organisation friedlicher Demonstrationen zur Durchsetzung menschenrechtlicher Verhältnisse in Belarus!

Alle Bestürzung, Wut und Trauer kamen beim Singen und Spielen der ‚Ode an die Freiheit' vor dem gegenüberliegenden Haus des belorussischen Honorarkonsuls zum Ausdruck. Anschließend gaben zwei Teilnehmer_innen dort eine Petition zur sofortigen Freilassung von Maria Kalesnikava ab.

KLAUS ROEMER
Musiker und Musiklehrer
in Hamburg

Spenden für politische Gefangene in Belarus an: Belarusische Gemeinschaft RAZAM e.V., IBAN: DE14430609671186206000, BIC: GENODEM1GLS, Kreditinstitut: GLS Gemeinschaftsbank eG

Papa Haydns kleine Tierschau

Coronabedingt nicht wie sonst live, sondern als Film – auch für's Schularchiv

Die Corona-Eindämmungs-Maßnahmen waren vor einem Jahr noch so eng gesteckt, dass es deutlich war, dass die traditionellen Schüler_innenkonzerte nicht oder zumindest nicht in der gewohnten Form würden stattfinden können.

Für Februar 2021 waren acht Konzerte, an einem Vormittag in der TUHH und an drei Vormittagen in der JMS, geplant. Einen Monat vorher war (wie sonst auch) ein Workshop für Lehrer_innen angekündigt, bei dem U-Material, Ideen und Anregungen zum Thema „Haydn" gegeben werden sollten.

Anfangs hieß es noch, der Miralles-Saal könnte mit 150 Schülern besetzt werden, der Workshop könnte mit den entsprechenden Abstandsregeln stattfinden - aber dann wurde es nur allzu deutlich: alles Banane!

Also hatte ich die Idee, statt ein Konzert durchzuführen, einen Film zu drehen, der das Konzert abbildete und trug die grobe Vorstellung bei der Hamburger Camerata und beim Landesmusikrat sowie der GEW vor – und stieß auf große Zustimmung.

Nun galt es, die Musiker_innen und den Schauspieler zu engagieren, einen passenden Raum zu finden, einen Tonmeister und einen Filmemacher anzuheuern und schließlich die Finanzierung zu sichern.

Kein ganz leichtes Unterfangen.

Die BSB gab wie jedes Jahr einen festgelegten Betrag für die „Hamburger-Schülerkonzerte", die GEW trug ihren Anteil bei, ein großzügiger Spender aus Hamburg überwies uns einen schönen Betrag und einer meiner Bekannten schickte auch etwas Geld. Und weil die Hamburger Camerata mit ihren Geldforde-

Fotos: Hannelore Kalwies

Die Begrüßung des virtuellen Publikums durch die Musiker- und Schauspieler_innen

rungen runterging, konnten wir im März grünes Licht für unser Vorhaben geben und die Musiker_innen und Techniker entsprechend ihren Leistungen und Qualifikationen bezahlen.

Die Vorlage für den Film blieb die gleiche wie für die Veranstaltungen: Wir hielten uns bis auf ein paar kleine Änderungen/Auslassungen an das Skript und die Partitur des Verlages. Es spielte ein Bläserquintett Arrangements von Musik Joseph Haydns und ein Schauspieler sprach und spielte Joseph Haydn, den „Papa" der Kapelle im Schloss Esterhazy; eine Maus „störte" die Arbeit immer ein bisschen und brachte Auflockerung; ein professioneller Tonmeister sorgte für den richtigen Sound und ein Filmemacher für gute Bildführung und -bearbeitung.

Wir konnten in der Aula der JMS drehen, die allerdings ein „normaler" Schulraum ist, ohne Beleuchtungssystem, mit sich verändernden Tageslichtverhältnissen, im Hintergrund Türen mit deutlich sichtbaren Griffen und Hinweisschildern … Es war besonders für den Filmemacher nicht leicht, dann aus mehreren Versionen /Takes einen optisch stimmigen Film zu machen und die Bilder genau auf den (vorgegebenen) Ton zu setzen.

Der Tonmeister hatte nach Ende der Aufnahmen noch viel damit zu tun, die Klangvorstellungen der Musiker_innen zu berücksichtigen. Und schließlich haben alle, die die Film-Entwürfe ansehen konnten/durften, auch noch ihre Kommentare und Wünsche dazu gegeben.[1]

Die Geduld der Techniker ist zu bewundern![2]

Schließlich ist ein schöner Film entstanden, der sich in erster Linie an Grundschüler_innen wendet, ihnen einige Informationen zu Joseph Haydn, einen kleinen Einblick in die Arbeit eines Komponisten gibt und sie mit klassischer Musik in Verbindung bringt.

Der ganze Film dauert gut 32 Minuten und ist damit wunderbar in einer Schulstunde unterzubringen – durchaus auch in einer Vertretungsstunde!

Er ist in der Cloud des Landesmusikrates Hamburg e.V. gespeichert und kann seit Mitte Mai 2021 gegen eine Gebühr von 100,00 € von Schulen abgerufen werden. Der nach Eingang des Geldes ausgegebene Link ist für mehrere Tage gültig. Der Film kann dann im System der Schulen abgelegt und jederzeit im Unterricht eingesetzt werden.

Die „Hamburger-Schüler_innenkonzerte" wollen Musik- und Klassenlehrer_innen unterstützen und versenden zusammen mit dem Film auch umfassendes Unterrichtsmaterial, aus dem jede/r das für die jeweilige Lerngruppe richtige und wichtige auswählen kann.

Wer Interesse hat, kann sich den zum Film hergestellten Teaser auf YouTube anschauen: Einfach googeln:

Papa Haydns kleine Tierschau – Teaser | Hamburger Schülerkonzerte

Unter www.hamburger-schülerkonzerte.de finden sich weitere Informationen und das Bestellformular. Es werden dort auch andere Materialien für den Musikunterricht angeboten.

Für die nächste Saison ist ein Mendelssohn-Projekt geplant. Drücken wir alle die Daumen, dass es in der gewohnten und bewährten Form durchgeführt werden kann!

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

HANNELORE KALWIES
Projektleiterin „Hamburger-Schülerkonzerte" vormals „Musikausschuss der GEW" im Landesmusikrat Hamburg e.V.

---

[1]Sollten wir wieder mal so ein Projekt angehen, dann werde ich vorher einen detaillierten Vertrag machen, der die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten im Vornherein regelt, damit weniger Verzögerungen und ähnliche Unannehmlichkeiten auftreten.

[2]Ursprünglich war angedacht worden, zuerst den Ton in bester Qualität aufzunehmen und dann die Musiker_innen und den Schauspieler im Voll-Playback-Verfahren zum Ton agieren zu lassen, also eine Art Musikvideo zu drehen, was auch für die Techniker einfacher gewesen wäre. Aber das scheiterte an den Vorstellungen mehrerer Teilnehmenden, die solche Arbeit nicht gewohnt waren.

ANZEIGE

100 JAHRE
GEW
Vorteile für
GEW-Mitglieder!
BB Bank
Better Banking
0 % Ausgabeaufschlag*
1 Prämie
100 % Zukunft
Schon ab 25,– Euro monatlich mit
Fonds von Union Investment sparen
Aus Geld Zukunft machen
SAVE THE OCEAN
Jetzt limitierten adidas
Rucksack mit Parley
Ocean Plastic© sichern**
Teilnahmebedingungen unter
www.union-investment.de/
teilnahmebedingungen
Union
Investment
* 0 % Ausgabeaufschlag gilt ausschließlich bei einem Erwerb in das UnionDepot Komfort – dies ist bei vermögenswirksamen Leistungen, der UniProfiRente Select und bei Depots von Minderjährigen aktuell nicht möglich.
** Der adidas Rucksack ist Primeblue, ein High-Performance-Material mit mindestens 50 % Parley Ocean Plastic® – recyceltem Plastikmüll, der in Küstenregionen gesammelt wird, bevor er die Ozeane verschmutzen kann.
Den Verkaufsprospekt, die Anlagebedingungen, die wesentlichen Anlegerinformationen sowie die Jahres- und Halbjahresberichte erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache hier oder bei der Union Investment Service Bank AG, Frankfurt am Main. Verantwortlich für die Prämienaktion: Union Investment Privatfonds GmbH. Stand: 15. August 2021.

NACHRUF

Barbara Fabianke

* 27.04.1947 † 09.09.2021

Unsere Kollegin und Freundin Barbara Fabianke ist leider viel zu früh gestorben.

Barbara war eine leidenschaftliche, gute und fortschrittliche Erzieherin, die ihren Beruf mit viel Energie und Erfolg ausgeübt hat. Barbara war ihr ganzes Berufsleben in der Gewerkschaft. Sie ist im April 1972 in die ÖTV eingetreten und im April 2004 ist sie mit uns von dort in die GEW übergetreten. Sie war eine engagierte und verlässliche Gewerkschafterin, die sich an allen Aktionen und Streiks beteiligt hat. Sie hat immer versucht, Kolleginnen zum Mitmachen zu begeistern und für die Gewerkschaft zu gewinnen. Jahrelang hat sie die Interessen der Beschäftigten im Betriebsrat der Elbkinder vertreten.

Barbara ist für uns ein Vorbild und wir werden in ihren Sinne weitermachen und uns für die Interessen der Beschäftigten und der Kinder engagieren.

SABINE LAFRENTZ, im Namen der GEW/ DOL
Betriebsgruppe Elbkinder

Foto :privat

Wir trauern um unsere verstorbene Kollegin Barbara Fabianke

NACHRUF

Klaus-Dieter Lenthe

5. März 1958 - 13. Juni 2021

Mit schwerem Herzen und voller Trauer nehmen wir Abschied von unserem Kollegen Klaus-Dieter Lenthe.

Klaus-Dieter war viele Jahre im Schulpersonalrat der ehemaligen H20 Berufliche Schule Bramfelder See und später auch an der fusionierten BS28 Berufliche Schule City Nord und hat immer mit vollem Elan, kritisch hinterfragend und mit Blick auf die Kolleg_innen gehandelt. Klaus-Dieter war zudem langjähriges GEW-Mitglied, aktiv in der Betriebsgruppe und Delegierter zum Gewerkschaftstag.

Lieber Klaus-Dieter,

wir vermissen dich, seitdem du aufgrund deiner schweren Krankheit aus dem Dienst ausscheiden musstest. Deine plötzliche Erkrankung hat uns schwer getroffen und dein Tod hat uns in tiefe Trauer gestürzt. Wir wollten noch so viele schöne Momente gemeinsam mit dir erleben. Du wirst uns unvergessen bleiben mit deinen satirischen Auftritten bei Kollegiums- und Verabschiedungsfeiern und deiner ganz speziellen kritischen Ader. Wie gerne hätten wir mit dir noch viele Feste gefeiert, Sektrunden genossen und über neue Sketche gelacht. Das alles fehlt uns sehr… DU fehlst uns sehr!

Wir werden dich niemals vergessen und wünschen uns, dass es dir jetzt gut geht. Bestimmt wirst du deinen Fußballverein, den SV Werder Bremen, von oben unterstützen. Vielleicht guckst du uns ja auch ab und an mal über die Schulter und uns klingt dein humorvoller Kommentar in den Ohren.

Mach es gut, lieber Klaus-Dieter.

Ganz liebe und kollegiale Grüße
Deine Kolleginnen und Kollegen der BS28 und die
Betriebsgruppe der BS28

Ein Nachruf auf Harm Prior

Der engagierter Hochschullehrer ist am 7. August 2021 im Alter von 94 Jahren in Buxtehude verstorben

Foto: privat

Wir sind dankbar, dass wir zu jener Gruppe von Studierenden gehören, die in ihrem Studium am PI (Pädagogisches Institut / Fachbereich Erziehungswissenschaft der Uni HH) bei Harm Prior Didaktik-Seminare belegt und in der Folge sogar mit ihm gemeinsam geplant, gestaltet und ausgewertet haben. Die anfängliche 'Schüler-Lehrer-Beziehung' verwandelte sich zunehmend in eine kooperative und sich gegenseitig befruchtend-herausfordernde intensive Arbeitsbeziehung ‚auf Augenhöhe', in der Emotionalität gewollt einbezogen wurde: Modell schulischen und universitären Lernens und Lehrens, für das Harm sich in Lehre und Forschung engagierte (auch im Arbeitskreis Hochschuldidaktik war er aktiv). Seine klassische politologische Doktorarbeit, vorgelegt an der Uni Hamburg, kam 1968 unter dem Titel „Die interministeriellen Ausschüsse der Bundesministerien. Eine Untersuchung zum Problem der Koordinierung heutiger Regierungsarbeit" heraus.

Unser Studium 1969: Eine uns vitalisierende Aufbruchstimmung! Gruppendynamik / Soziales Lernen – dieses Begriffspaar gibt eine passende Kennzeichnung des Anliegens von Harm Prior als Dozent und von 1972 – 1989 als Professor für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Didaktik der Politik / Sozialkunde. Dazu hielt er Vorträge, wurde auch außerhalb des universitären Rahmens im sich entwickelnden Gesamtschulbereich eingeladen, Fortbildungen zu geben und veröffentlichte in diversen Schriften seine Thesen – so auch in der hlz 1/72 und 9/73. 1976 gab er das umfangreiche Schwann-Handbuch „Soziales Lernen" (438 Seiten, mit Personen- und Sachregister) heraus.

Für die inhaltliche Gestaltung der 11. Ausgabe von „Blickpunkt: Hochschuldidaktik: Gruppendynamik in der Seminararbeit" moderierte er ein Autoren_innenkollektiv von uns Studierenden. Wieviel haben wir dabei motiviert gelernt…!

1972 erschien ‚Das kleine graue Referendarbuch' im Umfang von 59 Seiten, *1973* kam es in 4. Auflage im Hamburger Verlag Association nun mit über 143 Seiten heraus (Auflage: 5000 – 7000 Exemplare). Es wurde über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannt, bestellt, gelobt, auch regional nachgemacht, diskutiert oder empört abgelehnt (z. B. von Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft). Das Büchlein entstand aus einem Seminar, das zusammen mit Studierenden und Studienreferendar_innen am PI zur sog. 2. Phase der Lehrerausbildung durchgeführt wurde, und zwar weitgehend selbstorganisiert – auch Druck und Vertrieb geschahen so. Im Vorwort der 1. Auflage heißt es: „Die Verfasser dieses Buches hüllen sich nicht freiwillig in Namenlosigkeit: Kritische Lehrerstudenten bedürfen z. Z. der schützenden Anonymität, um sich der Politik der Schulbehörde zu entziehen. Deshalb sind alle Anregungen, Neuigkeiten, Kritiken, Berichte, die im Zusammenhang mit der Problematik des Referendari-

C 3428 D

HAMBURGER LEHRERZEITUNG

Zeitschrift für Schul- und Sozialpädagogen

HARM PRIOR

Gesamtschule - Sozialerziehung - Gruppendynamik

18 Thesen*

1. Zusammenhang von äußerer und innerer Reform

Ebenso wichtig wie die äußere Reform unserer Schule (z. B. durch neue Organisationsformen zur Schüler-Integrierung und Lern-Differenzierung oder durch gesetzliche Maßnahmen wie Einführung der Vorschulerziehung) ist ihre innere Reform. Gleichwohl besteht die Gefahr, daß die äußere Reform – da sie spektakulär und für jedermann greifbar ist – isoliert diskutiert und realisiert wird, die innere Reform hingegen vernachlässigt wird – da sie für die Nicht-direkt-Betroffenen nicht-spektakulär ist, für die Betroffenen (vor allem die Lehrer) einen radikalen und deshalb schmerzhaften Einstellungswandel voraussetzt.
Denn: Kern der inneren Reform ist eine Änderung im Lehrer-Schüler-Verhältnis. »Die Ziele des Strukturplans können nicht erreicht werden, wenn sich nicht auch das Lehrer-Schüler-Verhältnis ändert.« (Strukturplan/ Bildungsrat 1970.)

2. Ein kooperatives Lehrer-Schüler-Verhältnis

Weithin noch vorherrschend in unseren Schulen ist ein Lehrer-Schüler-Verhältnis der autoritären Unterordnung – aus Tradition, aufgrund der

Einer von Harm Priors Artikel in der hlz 1/72

ats stehen, an Prior am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, 2000 Hamburg 13, Von-Melle-Park 8 (anonym oder gezeichnet) zu senden.“ Übrigens: Auf den Seiten 44 – 47 befindet sich im „Anhang“ der Aufruf: „Gewerkschaftlich organisieren!“

Wir Studentinnen und Studenten aus jener Aufbruchszeit behielten – mehr oder weniger – Kontakt untereinander und zu Harm. Jahre später trafen sich einige von uns anlässlich seines 60. Geburtstages bei ihm zuhause in Wiegersen (nahe Buxtehude), wo er übrigens von 1954 – 1965 Volkschullehrer war und übergaben ihm eine Schrift, die der inzwischen zum Professor ernannte Jürgen Oelkers einige Monate zuvor initiiert hatte: Wir reflektierten mit unseren Beiträgen, welche Bedeutung wir nun nach Jahren unserem seinerzeitigen theoretischen und praktischem Engagement geben, etwa in Bezug auf unsere weitere berufliche Tätigkeit.

Der ‚Unruhegeist‘ Harm Prior trug nach dem Ende seiner Hochschultätigkeit weitere ‚Früchte‘: Regional-geschichtliche Recherchen mündeten in Veröffentlichungen der Reihe „Beiträge zur Geschichte und Kultur des Elbe-Weser-Raumes“, z. B. Sozialgeschichte der Landschule von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg. Wenn ich (Rudolf) ihn besuchte, strömte er über voll Erzähllust über all das, womit er sich gerade beschäftigte. Die Stunden mit ihm waren für mich eher spannend als entspannend! Noch 2016 schickte er mir sein Script „Martin Luther – Abschnitte seines Lebens“.

Harm – nun hat Dein Geist Ruh! Du bleibst in Erinnerung als ein wesentlicher Impulsgeber für uns persönlich und ‚‘für die Sache‘ in jener 1968er Umbruchzeit und darüber hinaus. Dein Geist lebt in uns weiter!

RUDOLF ABRAMS
(bis 2012 tätig als Diplom-Psychologe und Sonderschullehrer bei Rebus Harburg)

PROF. DR. GERD KOCH
(in den 1970er Jahren wissenschaftlicher Assistent in der Didaktik der Politik / Sozialkunde am PI und ehemaliges Mitglied der Redaktion der hlz)

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: hlz/Jason Tsiakas

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 12/2021: 25.11.2021

Adolf Denys (Teil 2)

NS-Aktivist auf vielen Feldern

Als NSDAP-Mitglied war Denys nach 1933 zum Leiter einer Gauführerschule und zum Berufsschuldirektor aufgestiegen; im Krieg wurde er Major bei der Wehrmacht. Trotz seiner SS-Mitgliedschaft erreichte er nach 1945 seine Wiedereinstellung als Lehrer und später als Direktor.

Foto: Staatsarchiv

Adolf Denys 1948 bei seiner Wiedereinstellung in den Schuldienst

Adolf Denys war im September 1945 im Auftrag der britischen Militärregierung aus dem Schuldienst entlassen worden. Als größter Hinderungsgrund für die Wiederbeschäftigung galt seine Zugehörigkeit zur SS.

Der zuständige Fachausschuss für die Entnazifizierung erhielt neben einigen Leumundszeugnissen zugunsten von Denys auch einen ungewöhnlichen Hinweis von einem Zeugen aus einer Schulung:

„Denys Behauptung, weltanschaulich nicht geschult zu haben, ist unwahr. Von ihm stammt bei der Schulung der Ausspruch: Feinde – Landesfeinde – bekämpft man, Gegner vernichtet man. Wer ist Gegner? Marxisten und Kommunisten."

Denys' Weg zur Wiedereinstellung

Denys erhielt in Bezug auf die SS-Mitgliedschaft ein Entlastungsschreiben von dem Universitäts-Reitlehrer Albert Jahn. Dieser erklärte, „dass Herr Adolf Denys als Mitbegründer seit 1923 Mitglied der Universitäts-Reitschule ist, deren Gründer ich bin. Da im Sommer 1933 auf Anordnung der damaligen Dienststelle die gesamte Universitäts-Reitschule in die neu aufgestellte SS-Reiterei zwangsweise überführt wurde, kam auch Herr Denys in diese Formation hinein. Bei der Einrichtung der Volkssportlehrgänge durch die Schulverwaltung in Hamburg wurde Herr Denys auf meinen Vorschlag, da er der SS-Reiterei angehörte, von dem damaligen Landesschulrat Schulz beauftragt, die Interessen der Schulverwaltung der SS gegenüber zu wahren. Herr Denys hatte darauf bestanden, keinen Dienst in irgendeiner Einheit mitmachen zu müssen, da er durch seinen Schuldienst und die ihm übertragenen neuen Aufgaben stark überlastet sein würde."

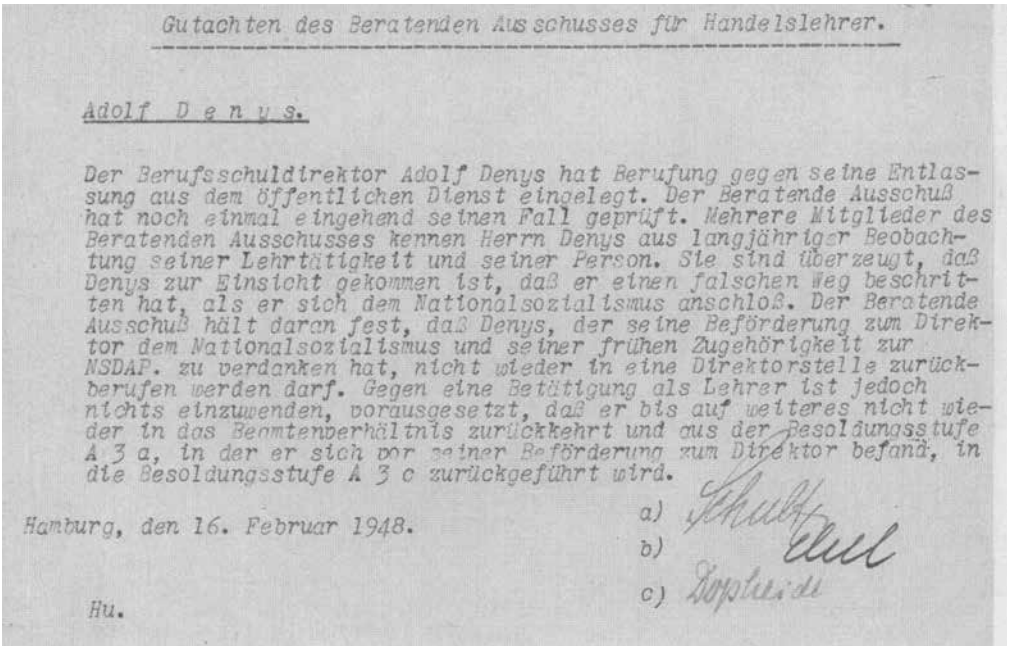
> *„Ich glaubte damals, dass mein Eintritt in die NSDAP durchaus legal sei, da ich mich als Beamter dem Staate gegenüber zur Treue verpflichtet fühlte."*

Gewicht hatten sicherlich auch zwei Schreiben eines ehemaligen Berufsschulleiters und von einem neu eingesetzten Schulleiter. Beide waren NS-Gegner gewesen und verwiesen darauf, dass sich Adolf Denys ihnen gegenüber fair verhalten und sich für sie gegenüber der Schulverwaltung und im Kollegium stark gemacht habe.

Auch in zwei anderen Fällen, in denen Soldaten in der Wehrmacht in politische Schwierigkeiten gerieten, habe Adolf Denys sich für diese eingesetzt, wie der Vater eines ehemaligen Schülers von Denys bezeugte und erklärte, dass Adolf Denys „zu den wenigen gehörte, die es wagten, sich für einen Menschen einzusetzen", der sich in einem Kriegsgerichtsverfahren befand.

Adolf Denys, der seit 1946 als Aushilfsarbeiter in einem Industriebetrieb arbeitete und dort inzwischen zum Prokuristen aufgestiegen war, konnte auf dieser Grundlage für seine Rehabilitierung argumentieren.

Zu seiner NSDAP-Mitgliedschaft schrieb er, dass er „aus ehrlicher Überzeugung im Mai 1933 eingetreten" sei: „Aufgrund meines Studiums als Diplom-Volkswirt war ich zu der Erkenntnis gekommen, dass die damaligen Verhältnisse in Deutschland entweder zum Kommunismus oder zum Nationalsozialismus führen mussten. Ich entschied mich für den Nationalsozialismus und wollte mit ehrlichem Willen in anständiger Weise am Wiederaufbau Deutschlands mitarbeiten. Ich glaubte damals, dass mein Eintritt in die NSDAP durchaus legal sei, da ich mich als Beamter dem Staate gegenüber zur Treue verpflichtet fühlte."



Gutachten des Beratenden Ausschusses für Handelslehrer.

Adolf D e n y s.

Der Berufsschuldirektor Adolf Denys hat Berufung gegen seine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst eingelegt. Der Beratende Ausschuß hat noch einmal eingehend seinen Fall geprüft. Mehrere Mitglieder des Beratenden Ausschusses kennen Herrn Denys aus langjähriger Beobachtung seiner Lehrtätigkeit und seiner Person. Sie sind überzeugt, daß Denys zur Einsicht gekommen ist, daß er einen falschen Weg beschritten hat, als er sich dem Nationalsozialismus anschloß. Der Beratende Ausschuß hält daran fest, daß Denys, der seine Beförderung zum Direktor dem Nationalsozialismus und seiner frühen Zugehörigkeit zur NSDAP. zu verdanken hat, nicht wieder in eine Direktorstelle zurückberufen werden darf. Gegen eine Betätigung als Lehrer ist jedoch nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß er bis auf weiteres nicht wieder in das Beamtenverhältnis zurückkehrt und aus der Besoldungsstufe A 3 a, in der er sich vor seiner Beförderung zum Direktor befand, in die Besoldungsstufe A 3 c zurückgeführt wird.

Hamburg, den 16. Februar 1948.

a) Schult
b) Ebel
c) Lopteide

Hu.

Der Beratende Entnazifizierungsausschuss für Handelslehrer empfiehlt 1948 nach Denys' Berufung gegen seine Entlassung, ihn als Lehrer wieder zuzulassen, nicht aber als Direktor einer Handelsschule

Dann behauptete Denys: „Eine Mitarbeit in der Partei oder NS-Lehrerbund kam für mich nicht in Betracht, weil ich aufgrund meiner beruflichen Überzeugung es für notwendig hielt, mich vollkommen meinen beruflichen Verpflichtungen zu widmen, die mich völlig auslasteten."

Das hatte Heinrich Hehn anders dargestellt. Er beschrieb, dass Denys seiner Meinung nach von NSLB-Gauamtsleiter Willi Schulz »als Spitzel« in die Geschäftsstelle des NSLB eingeschleust worden war (siehe Hehn-Biographie in HLZ 5-6/2021, S. 60).

In dem geschickt aufgebauten Schreiben leitete Adolf Denys seine SS-Mitgliedschaft damit ein, „ein begeisterter Sportsmann gewesen zu sein. Als die Schulverwaltung 1934 die Volkssportlehrgänge für die Hamburger Lehrerschaft einrichtete, [...] wurde ich auf Vorschlag von Herrn Jahn, dem Leiter der Universitäts-Reitschule und dem damaligen Ausbildungsleiter dieser Lehrgänge, durch den damaligen Landesschulrat Schulz beauftragt, die Interessen der Schulverwaltung als Verbindungsmann gegenüber der SS wahrzunehmen. Ein wichtiger Grund für meine Beauftragung war meine Berechtigung, Prüfungen für den Erwerb des Reichssportabzeichens abzunehmen. Im Verlaufe dieses Auftrages kam es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen mit dem Führer der 28. SS-Standarte, die mich veranlassten, eine Übung bei der Wehrmacht mitzumachen, da ich mich nicht entschließen konnte, aktiven Dienst bei der Reiter-SS zu leisten."

„Es ist nicht beabsichtigt, Herrn Denys wieder zum Berufsschuldirektor zu ernennen."

Denys ergänzte aber auch: „Bekanntlich gehört die SS-Reiterei nicht zu den verbrecherischen Organisationen."

Interessant ist, dass der Beratende Ausschuss für Handelslehrer, dem immer noch OSR Johannes Schult und OSR Dr. Karl Ebel angehörten, am 16.2.1948 zu einer differenzierten Einschätzung gelangte:

„Mehrere Mitglieder des Beratenden Ausschusses kennen Herrn Denys aus langjähriger Beobachtung seiner Lehrtätigkeit und seiner Person. Sie sind überzeugt, dass Denys zur Einsicht gekommen ist, dass er einen falschen Weg beschritten hat, als er sich dem Nationalsozialismus anschloss. Der Beratende Ausschuss hält daran fest, dass Denys, der seine Beförderung zum Direktor dem Nationalsozialismus und seiner früheren Zugehörigkeit zur NSDAP zu verdanken hat, nicht wieder in eine Direktorstelle zurückgerufen werden darf. Gegen eine Betätigung als Lehrer ist jedoch nichts einzuwenden, vorausgesetzt, dass er bis auf weiteres nicht wieder in das Beamtenverhältnis zurückkehrt und aus der Besoldungsstufe A 3 a, in der er sich vor seiner Beförderung zum

Direktor befand, in die Besoldungsstufe A 3 c zurückgeführt wird.“

Erst ein Blick in das Lehrerzeugnis des Schuljahres 1938-1939 hat mir gezeigt, dass Karl Ebel Studienrat an der Handelsschule VI. Altona gewesen war, als Adolf Denys dort als Schulleiter fungierte. Da wäre es wünschenswert gewesen, wenn Ebel ebenso wie es OSR Heinrich Schröder im Bereich der höheren Schulen tat, ein separates Gutachten über die Erfahrungen mit Schulleiter Adolf Denys verfasst und zur Verfügung gestellt hätte.

Der Berufungsausschuss 17 unter Leitung des für milde Urteile bekannten Rechtsanwalts Soll entschied am 5.5.1948, „der Berufung stattzugeben und Denys als Studienrat im Angestelltenverhältnis bis Ostern 1951 einzustellen und ihn dann als Studienrat im Beamtenverhältnis zu bestätigen.“ Er stufte Denys in Kategorie IV ein. Festgestellt wurde: „Wenn Denys auch ohne sein Zutun in die SS-Reiterei überführt wurde, so kann es doch bei seinem freiwilligen Eintritt in die NSDAP im Mai 1933 und bei der von ihm ausgeübten Funktion keinem Zweifel unterliegen, dass er sich fördernd für den Nationalsozialismus eingesetzt hat.“ Und es kann auch kein Zweifel daran bestehen, dass die SS-Mitgliedschaft förderlich für Adolf Denys Schulleiterkarriere gewesen war.

„Herr Denys ist nach übereinstimmendem Urteil … ein ganz vortrefflicher Lehrer, Erzieher und Mensch.“ (Senator Landahl)

Vor dem Berufungsausschuss hatte Adolf Denys bestritten, die Aussage „Feinde bekämpft man, Gegner vernichtet man“, getätigt zu haben oder „einen solchen Ausspruch angewandt“ zu haben.

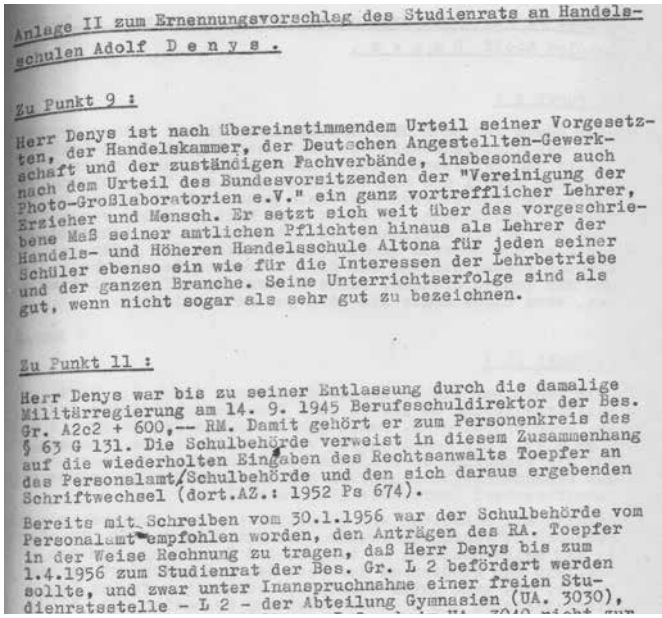
Es ist bedauerlich, dass dies nicht überprüft wurde, obwohl ein Zeuge dafür genannt worden war. Bemerkenswert ist auch, dass die Tätigkeit von Adolf Denys in der Gauführerschule weder bekannt noch ermittelt oder thematisiert wurde. So kam es dazu, dass Adolf Denys es sich leisten konnte, wieder eingestellt zu werden, aber zugunsten seiner bisherigen Tätigkeit als Prokurist ohne Gehalt noch knapp vier Monate beurlaubt zu werden.

Anschließend hatte Denys sogar den Antrag gestellt, die Beurlaubung noch zu verlängern, da seine bisherige Firma noch nicht unmittelbar einen Nachfolger einstellen konnte. Dies wurde allerdings nicht genehmigt, so dass Denys am 1.10.1948 wieder als angestellter Studienrat an der Handelsschule tätig wurde. Am 1.4.1951 wurde er wieder Beamter auf Lebenszeit. Und am 2.10.1952 stellte die Schulbehörde noch einmal fest: „Es ist nicht beabsichtigt, Herrn Denys wieder zum Berufsschuldirektor zu ernennen.“

Erneut Direktor – mit Hilfe von Oscar Toepffer

Adolf Denys hatte sich Rechtsanwalt Oscar Toepffer zur Unterstützung genommen, der in der NS-Zeit Leiter des Personalamtes gewesen war, eine Zeit lang sogar Senator für den Schulbereich und der nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst unter anderem ehemalige hochrangige Nationalsozialisten als Rechtsanwalt wieder in alte Rechte, Amtsbezeichnungen und ehemalige Besoldungen gebracht hatte. Er unterstützte das Bemühen von Denys, wieder zum Berufsschuldirektor bestellt zu werden. Dabei konnte er sich sogar auf ein fachliches Urteil, unterschrieben von Senator Heinrich Landahl, stützen:

„Herr Denys ist nach übereinstimmendem Urteil seiner Vorgesetzten, der Handelskammer, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und der zuständigen Fachverbände, insbesondere auch nach dem Urteil des Bundesvorsitzenden der ‚Vereinigung der Foto-Laboratorien e.V.’



Anlage II zum Ernennungsvorschlag des Studienrats an Handelsschulen Adolf D e n y s .

Zu Punkt 9 :

Herr Denys ist nach übereinstimmendem Urteil seiner Vorgesetzten, der Handelskammer, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und der zuständigen Fachverbände, insbesondere auch nach dem Urteil des Bundesvorsitzenden der "Vereinigung der Photo-Großlaboratorien e.V." ein ganz vortrefflicher Lehrer, Erzieher und Mensch. Er setzt sich weit über das vorgeschriebene Maß seiner amtlichen Pflichten hinaus als Lehrer der Handels- und Höheren Handelsschule Altona für jeden seiner Schüler ebenso ein wie für die Interessen der Lehrbetriebe und der ganzen Branche. Seine Unterrichtserfolge sind als gut, wenn nicht sogar als sehr gut zu bezeichnen.

Zu Punkt 11 :

Herr Denys war bis zu seiner Entlassung durch die damalige Militärregierung am 14. 9. 1945 Berufsschuldirektor der Bes. Gr. A2c2 + 600,-- RM. Damit gehört er zum Personenkreis des § 63 G 131. Die Schulbehörde verweist in diesem Zusammenhang auf die wiederholten Eingaben des Rechtsanwalts Toepfer an das Personalamt/Schulbehörde und den sich daraus ergebenden Schriftwechsel (dort.AZ.: 1952 Ps 674).

Bereits mit Schreiben vom 30.1.1956 war der Schulbehörde vom Personalamt empfohlen worden, den Anträgen des RA. Toepfer in der Weise Rechnung zu tragen, daß Herr Denys bis zum 1.4.1956 zum Studienrat der Bes. Gr. L 2 befördert werden sollte, und zwar unter Inanspruchnahme einer freien Studienratsstelle - L 2 - der Abteilung Gymnasien (UA. 3030),

Auszug aus dem Ernennungsvorschlag, der von Rechtsanwalt Oscar Toepffer erstritten wurde. Er musste ausführlich begründet werden und fand dann die Unterschrift von Senator Heinrich Landahl

Oscar Toepffer nach 1945

Christel Sachs, Enkelin von Oscar Toepffer, strengte 2019 gegen Hans-Peter de Lorent, den Autor der Toepffer-Biographie, einen Prozess vor dem Landgericht an. Bisher hat das Gericht noch keine Entscheidung getroffen. Die Biographie ist in hlz 5-6/2019 und hlz 7-8/2019 nachzulesen.

DIE REDAKTION

Oscar Toepffer verteidigte weitere ehemalige Nationalsozialisten und trug dazu bei, dass diese Pensionen nach ihren ehemaligen in der NS-Zeit erworbenen Funktionen bekamen und z.T. auch ihre ehemaligen Dienstbezeichnungen verwenden konnten:

• Albert Henze: Zum 14.1.1941 beauftragte der zwischenzeitlich auch für die Schule zuständige Senator Oscar Toepffer den NS-Aktivisten „mit der leitenden Bearbeitung der Schul-und Erziehungsangelegenheiten". Henze war dadurch für alle Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Lehrkräften zuständig und übernahm später auch die Aufgaben des zur Wehrmacht eingezogenen Schulsenators. (Täterprofile Bd. 1, S. 167)

Für Albert Henze übernahm Oscar Toepffer nach 1945 in dessen Entnazifizierungsverfahren die Anwaltschaft. Henzes Belastung war so gravierend, dass er in Hamburg nicht wieder in den Schuldienst gelangte.

• Walter Behne: Oscar Toepffer übernahm auch die Anwaltschaft für die Witwe des NS-Aktivisten, der durch Urteil eines jugoslawischen Gerichtes als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt worden war. Toepffer erwirkte einen Vergleich zur Regelung der Hinterbliebenenbezüge, die sich an der Besoldung eines Schulrates orientierten. (Siehe die Biografie Walter Behne, Täterprofile Bd. 1, S. 473 f.)

• Hugo Millahn: Oscar Toepffer übernahm die Anwaltschaft für den Schulrat und erwirkte, dass dieser die Pension eines Schulrates erhielt. Als Zeugen benannte Oscar Toepffer den ehemaligen NS-Schulsenator Karl Witt. (Täterprofile Bd. 2, S. 184)

• Wilhelm von Allwörden: Toepffer übernahm die Rechtsanwaltschaft für seinen ehemaligen Kollegen im NS-Senat. (Täterprofile Bd. 3, S. 119 f.)

• Kurt Uhlig: Toepffer übernahm die Verteidigung des ehemaligen Schulrats in der Schulverwaltung. Er erwirkte eine Pension, die sich an der Besoldung in der NS-Schulverwaltung orientierte. (Täterprofile Bd. 3, S. 223f.)

• Gerhard Riecks: Toepffer übernahm die Interessenvertretung für die Witwe des ehemaligen SS-Hauptsturmführers und Berufsschuldirektors. Toepffer erreichte in einem Vergleich mit der Schulverwaltung, dass die Witwe von Riecks ein Witwengeld erhielt, das sich an der Besoldung eines Berufsschuldirektors orientierte.

ein ganz vortrefflicher Lehrer, Erzieher und Mensch. Er setzt sich weit über das vorgeschriebene Maß seiner amtlichen Pflichten hinaus als Lehrer der Handels- und Höheren Handelsschule Altona für jeden seiner Schüler ebenso ein wie für die Interessen der Lehrbetriebe und der ganzen Branche. Seine Unterrichtserfolge sind als gut, wenn nicht sogar als sehr gut zu bezeichnen."

Und so kam es, dass laut Protokoll vom 2.3.1959 an der Handelsschule Museumsstraße 15 der Vorschlag gemacht wurde, Adolf Denys zum Direktor der H VI zu ernennen. In der anschließenden Konferenz stimmten von 20 Wahlberechtigten 18 Kollegen für diesen Vorschlag bei einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung. Vorsitzender des Findungsausschusses war Oberschulrat Dr. Ebel, der zehn Jahre zuvor dem Beratenden Ausschuss angehört hatte und 1938 Lehrer an dieser Schule unter dem damaligen Schulleiter Denys gewesen war.

Zwei Jahre später wurde Adolf Denys auf der Lehrerkonferenz endgültig zum Direktor dieser Schule bestellt, 22 Kollegen stimmten für ihn, bei drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Im Weiteren war Adolf Denys häufig auch außerhalb der Schule aktiv. So beispielsweise bei Tagungen des Verbandes Deutscher Drogisten. Denys stellte am 8.5.1961 den Antrag, zur Verabschiedung des Bürgermeisters der Kreisstadt Hünfeld, Rudolfsdorff, für drei Tage beurlaubt zu werden. Seine Begründung: „Fast zwei Jahre war ich bis zum Kriegsende engster Mitarbeiter des Generals a.D. Rudolsdorff im O.K.W."

Als Denys bei einer Tagung im Bundesverteidigungsministerium zum Thema „Innere Führung" einen Unfall hatte, musste geprüft werden, ob dies ein Dienstunfall sei und ob die Reise „in Ausübung seines Dienstes unternommen worden war".

Adolf Denys hatte seine Umtriebigkeit nicht verloren.

Am 31.3.1966 trat er in den Ruhestand und übernahm danach noch bis zum 31.3.1969 Lehraufträge.

Adolf Denys starb am 5.5.1987.

HANS-PETER DE LORENT

Gekürzte Fassung der Biographie aus „Täterprofile" Band 3 (2019). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet. Sie können beim Autor angefragt werden: hpdelorent@aol.de

Das HLZ-Rätsel

Geliebte Rentnerband

Das Ableben ihres Schlagzeugers Charlie Watts brachte die *Rolling Stones* in die Schlagzeilen. Die *Beatles*, die andere große Band der 60er Jahre, werden in Hamburg mit einem Denkmal und einem Platz in St. Pauli gewürdigt. Aber gibt es hierzulande auch etwas zu Ehren der „Greatest Rock & Roll Band in the World"?

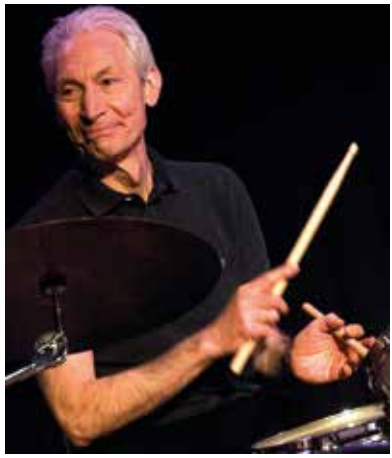


Foto: Poiseon AG (Ausschnitt) - CC BY 2.0

Spielte 58 Jahre bei den Rolling Stones: Jazz-Fan Charlie Watts (1941-2021), hier mit der Band *The ABC&D of Boogie Woogie*

Wo in Norddeutschland gibt es eine Gedenkstätte für die *Rolling Stones?*

A) Bad Doberan
B) Hannover
C) Kiel
D) Lüchow
E) Lüneburg

Einsendungen bitte bis zum 24.11.2021 mit Postanschrift an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Gewinn winkt *A Bigger Bang, Live on Copacabana Beach* oder eine andere CD der Rolling Stones eigener Wahl.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Des letzten Rätsels Lösung…

Foto: Michael Lucan (Ausschnitt) – CC-BY-SA 3.0 de

Ob Ampel oder doch noch Jamaika – seine Partei könnte die heimliche Wahlsiegerin sein: Christian Lindner, FDP

… steht noch nicht endgültig fest, wird aber vermutlich die Ampelkoalition (A) sein. Diese Lösung liegt auch bei unseren Einsendungen vorn, gefolgt von Großer Koalition (C) und Rot-Grün-Rot (F). Auf die auch noch mögliche Jamaika-Variante tippte niemand.
Die Gewinner_in ermitteln wir nach der Regierungsbildung. Bis dahin bitte noch etwas Geduld.

MH/MK

Aus dem Gesamtkunstwerk…

Also: wie viele Stunden stand Picasso nun täglich wirklich an der Staffelei? Wie viel Zeit verbrachte er mit dem Aufbereiten der Malutensilien? Wie lange beschäftigte er sich mit dem Reinigen seiner Gerätschaften und wie viel WAZe nahm es in Anspruch, ein Modell zu finden und wiederum wie lange sprach er mit diesem, um die notwendige Bereitschaft, ihm Modell zu sitzen, herzustellen? Man kann auch noch fragen, wie viel Zeit es in Anspruch nahm, mit seinem Galeristen über die Vermarktung seiner Werke zu sprechen etc.

Niemand würde auf die Idee kommen, sowas in Zeiteinheiten messen zu wollen und wenn er oder sie es täte, würde dieser Mensch sich der Lächerlichkeit preisgeben. Nicht so die Bürokraten, die meinten, die Arbeit von Pädagog_innen minutengenau festlegen zu können.

Natürlich hinkt der Vergleich. Warum es nicht völlig gaga ist, ihn anzustellen, liegt aber darin begründet, dass sich die Arbeit von Pädagog_innen eben wie die des Künstlers oder der Künstlerin nicht so ohne weiteres messen lässt bzw. wenn man es täte, dies nur ans Absurde grenzende Ergebnisse liefern würde.

Insofern nähert sich die pädagogische Arbeit aus meiner Sicht eher dem, was das ‚Zentrum für politische Schönheit' aufs Schild gehoben hat, nämlich: einem politischen Prozess keine nur auf Rationalität beruhende, sondern auch eine ästhetische Dimension zuzusprechen. Sich dem humanistischen Bildungsideal vom Wahren, Guten und Schönen verpflichtet zu fühlen, nähert sich in der pädagogischen Praxis dem, was man aus meiner Sicht auch als Gesamtkunstwerk ansehen kann: Eine Klassengemeinschaft zu formen, in der dem Individuum jene Entfaltungsmöglichkeiten im Zusammenspiel mit den anderen gegeben wird, an deren Ende etwas herauskommt, das mehr ist als die Summe aller Anstrengungen. Ein Zugewinn für den Einzelnen wie für die Gemeinschaft bedeutet, dem Anspruch der genannten Bildungsideale gerecht zu werden. Das stelle ich mir auf jeden Fall vor, wenn die Akteur_innen des ‚Zentrums für politische Schönheit' – wie immer umstritten – über ihre Vorstellungen sprechen. Und genau dies ist m. E. auch im Hamburger Schulgesetz als Bildungsauftrag festgehalten. (s. S. 19)

Foto: Kayilu

…und wieviel WAZe fürs Pinselauswaschen?

Ich finde in Bezug auf die Hamburger Arbeitszeitregelung für Lehrer_innen meine Analogie zu Picasso also ganz treffend. Was aber soll diese Kopfgeburt eigentlich, wenn es um den Kampf für die Reduzierung der Arbeitsbelastung geht? Außer, dass sie vielleicht bei dem einen oder der anderen ein Lichtlein aufgehen lässt, kommt da nicht viel bei heraus. Das, was ich mir davon erhoffe, ist, dass man über diese auf den ersten Blick verrückte Analogie redet. Das führt dann vielleicht zum Entschluss, seinen Protest auf die Straße zu bringen. Dass der Entschluss die eigentliche Herausforderung sei, meinte selbst schon ein Mann des Biedermeiers, Franz Grillparzer (1791-1872): „Man sage nicht, das Schwerste sei die Tat! / Da hilft der Mut, der Augenblick, die Regung. / Das Schwerste dieser Welt ist der Entschluss". Damit aber jetzt mich niemand in die vom Idealismus infizierte Ecke stellt, reicht dies eben noch nicht ganz, die Welt zu einer besseren werden zu lassen.

Erst wenn der Entschluss dazu führt, dass wir den Mut haben, unseren Protest gegen die Arbeitszeitregelung auf die Straße zu bringen, bewegt sich etwas. Nur so kann die Politik unter Zugzwang gesetzt werden. Wenn denn also dies ganze Geschreibsel einen Sinn macht, dann eigentlich nur, wenn am Ende aus dem Entschluss auch Taten werden.

JOACHIM GEFFERS

GEW TERMINE – GESCHÄFTSSTELLE – NOVEMBER/DEZEMBER 2021	
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Referat F / Gruppe Gewerkschaftliche Bildung	rolandstolze@gwhmail.de
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	16.11.2021, 18.00-22.00 Uhr, GBW
FG Grundschule	18.11.2021, 17.00-20.00 Uhr, Raum ABC
AG Vorschule	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Stadtteilschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Berufliche Schulen	15.12.2021, 17.00-19.00 Uhr, Raum ABC
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	20.12.2021, 17.00-20.00 Uhr, Raum ABC
FG Hochschule u. Forschung	22.11.2021, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	In der Geschäftsstelle nachfragen
LAMBDA – Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus	21.12.2021, 18.30 Uhr, Raum GBW
AG Bildung statt Kinderarbeit	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ausschuss für Friedensbildung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Religion und Philosophie	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ruheständler_innen	01.12.2021, 10.00-13.00 Uhr, Raum ABC
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	01.12.2021, 10.00-13.00 Uhr, Raum ABC
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	christoph.janzen@ajum.de
Bildungsclub	25.11.2021, 19.00 Uhr, Raum ABC
AG Queere Lehrer_innen	16.12.2021, 19.30-21.30 Uhr, Raum C

Für aktuelle Termine bitte auf unsere website gehen unter https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen, da aufgrund der Corona-Situation manche Termine nur mit Voranmeldung geplant werden bzw. ausfallen.

GEW Geschäftsstelle wie zuvor geöffnet

Laut der aktuellen Hamburger Corona Eindämmungsverordnung dürfen wir in der GEW weiterhin Versammlungen und Gruppentreffen abhalten, natürlich unter entsprechenden gesundheitsförderlichen Bedingungen. Weitere Infos für GEW Gruppen und der Hygieneplan finden sich unten. Auch die Geschäftsstelle ist zu den genannten Bedingungen geöffnet. Bitte klingeln!

Für GEW-Gruppen gilt:

Ihr könnt weiterhin Räume bei uns reservieren. Dabei gelten folgende Voraussetzungen:

1. Wir haben Raumobergrenzen, bedingt durch den vorgegebenen Mindestabstand von 1,5 Metern A: 10 TN, B: 3 TN, C: 5 TN, GBW: 7 TN
2. Außerhalb des Sitzungsraums muss in der Geschäftsstelle ein Mund-Nasenschutz getragen werden. Innerhalb des Sitzungsraums ist es euch als Gruppe freigestellt.
3. Personen mit Atemwegserkrankungen dürfen nicht teilnehmen.
4. Ihr müsst eine Teilnehmer_innenliste führen (die Vorlage legen wir euch in den gebuchten Raum), die bei der Geschäftsführung hinterlegt und dort 4 Wochen aufbewahrt werden muss. Im Infektionsfall wird diese Liste dem zuständigen Gesundheitsamt ausgehändigt. Nach vier Wochen wird diese Liste vernichtet.

Für externe Gruppen stellen wir Räume zur Zeit nur unter den Bedingungen von 2G zur Verfügung, weil wir das vom Hygienekonzept nicht zusätzlich bewältigen können.

Hier könnte Ihre Anzeige stehen **04101-842 671**

DVPi Gesellschaft für Verkehrspädagogik mbH,
Brandstücken 21, 22549 Hamburg Tel. 040/8400 431 - 0

Fahrlehrerausbildungsstätte sucht

Lehrkraft / Pädagoge, Erziehungswissenschaften mögl. mit Fahrlehrerlaubnis (w/m/d)

Die DVPi Gesellschaft für Verkehrspädagogik mbH in Hamburg ist eine Fahrlehrerausbildungsstätte in der Fahrlehrer aus- und fortgebildet werden. Heute ist das DVPi® ein eingetragenes Warenzeichen und eine erfolgreiche Bildungseinrichtung im verkehrspädagogischen Bereich. In den letzten 20 Jahren wurden hier um die 4000 Menschen zum Fahrlehrer/zur Fahrlehrerin der Klasse BE ausgebildet.

Ihre zukünftigen Aufgaben:

- Sie unterrichten und betreuen die Ausbildung im theoretischen Teil von Fahrlehreranwärtern (pädagogischen Grundlagen)

Ihr Profil:

- Sie verfügen über ein erfolgreich abgeschlossenes Hochschulstudium mit Bildungswissenschaftlichem Schwerpunkt und Diplom oder gleichwertigem Studienabschluss, (Master, Magister, Diplom) oder ein abgeschlossenes Lehramtsstudium (2. Staatsexamen)

Das bieten wir Ihnen unter anderem:

- Gestaltungsspielräume im Rahmen der Fahrlehrerausbildungsordnung (Rahmenlehrplan)
- Fachliteratur Verkehrspädagogik
- Unterstützung durch das gesamte Kollegium.
- Die Möglichkeit der flexiblen Nebentätigkeit auf Honorarbasis

Diese Aufgabe reizt Sie und Sie haben Lust auf unser tolles Team?

Dann freuen wir uns auf Sie und Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Anschreiben, Lebenslauf) mit Angabe Ihrer Gehalts-/ Honorarvorstellung und Ihres frühesten Eintrittstermins.

Ansprechpartner: Kirsten Saker, Tel. 040 8400 431 24 oder saker@dvpi-hamburg.de

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch u.a. über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Der nächste Termine ist Dienstag, 30.11.21, 15-17 Uhr.** Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT, ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Hier könnte Ihre Anzeige stehen **04101-842 671**

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de

fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood.* Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

Ausgabe

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

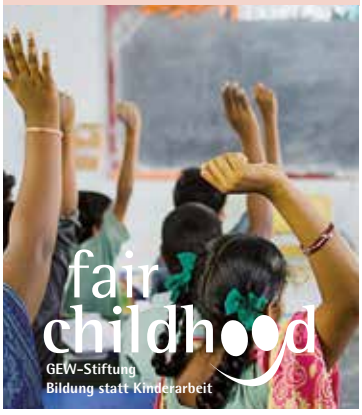
E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit"
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



ANZEIGEN SPEZIAL

Schleim im Rachen und Räusperzwang

Expertentipp von
Dr. med. R. Dannesberger

Wiederkehrendes Räuspern, Verschleimung im Rachen und Druckgefühl am Kehlkopf - viele Menschen leiden seit Jahren unter diesen Beschwerden. Da die Ursache häufig nicht gefunden wird, laufen die Therapieversuche mit schleimlösenden Medikamenten und Kortisonsprays häufig ins Leere.
Seit wenigen Jahren ist bekannt, dass die Ursache dieser Beschwerden im Bereich der Speiseröhre und der Magenklappe liegt. Mithilfe der Befragung des Patienten und der Untersuchung des Kehlkopfs kann der HNO-Arzt erste Hinweise für die Erkrankung finden. Die 24-Stunden Messung des pH-Wertes im Rachen führt zu weiteren Erkenntnissen. Typischerweise kommt es bei diesen Patienten nachts zu einem starken pH-Wert-Abfall.
Vom HNO-Arzt wird folgend eine funktionelle Endoskopie der Speiseröhre und der Magenklappe durchgeführt. Im Gegensatz zur Magenspiegelung, ist der Patient bei der Untersuchung wach. Der Vorteil liegt darin, dass die Funktion der Magenklappe und der umgebenden Strukturen beurteilt werden kann. Ist die Ursache der Beschwerden gefunden, kann nach einem ausführlichen Gespräch die richtige, meist medikamentöse Therapie, durch den HNO-Arzt eingeleitet werden.

HNO in Wellingsbüttel
Dr. med. Rainer Dannesberger
Facharzt für HNO-Heilkunde

Wellingsbüttler Weg 119
22391 Hamburg
Telefon: 040 - 46 65 37 28
www.hnopraxis.hamburg

Praxis für Privatpatienten und Selbstzahler

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN

Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de

Hier könnte Ihre Anzeige stehen **04101-842 671**

albersdesign

Media-Agentur
Mediengestaltung
+Druckproduktion

DTP . Layout . Reinzeichnung
Grafik . Anzeigenverwaltung
Horn 33 . 25421 Pinneberg
ca@albers.design . **www.albers.design**

Haben Sie weitere Anliegen – sprechen Sie mich gerne an!

Praxis für Psychotherapie und Supervision

- Freude am Leben
- Selbstvertrauen
- Gelassenheit
- Videositzungen möglich

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HeilprG, ehem. Lehrer

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de

STORCH HEINAR

HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2021 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
040 333 505 14 (Tobias Mittag)
040 796 128 25 (Georg Plicht)
040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) / **info@h-l-f.de**

WWW.GEW-HAMBURG.DE

LEHRERKAMMERWAHL 22.11.-26.11.2021

STIMMEN STÄRKT

GEW, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

Kai Kobelt
Berufsb. Schulen
Berufliche Schule BS 27,
Gewerbl. Logistik u. Sicherheit

Sabine Bielefeldt
Grundschulen
Ganztagsgrundschule
Mümmelmannsberg

Sven Baake
Stadtteilschulen
Stadtteilschule
Finkenwerder

Sven Quiring
Sonderpädagogik
ReBBZ Mitte Bildungs-
bereich, Schule Pröbenweg

Gabriele Mai
(nicht im Bild)
Gymnasien
Gymnasium Allee

V. i. S. d. P.: Dirk Meschar, GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 HH | Konzept, Design, Composing: www.blum-design.net | Fotos: michael... und Kathrin Baumhofer